

Unser Weg



Revisionismus- Kritik

Angelika Thies

Revisionismuskritik

REVISIONISMUS-KRITIK

Verlag J.Reents, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35
2.Auflage 1.-4.tausend.

Okt.1972

Für den Inhalt verantwortlich: Kai Ehlers ,
Verlagsadresse

Unser Weg



Dieses Heft enthält eine Reihe von Nachdrucken inzwischen vergriffener Artikel zur Revisionismus-Kritik.

INHALTSVERZEICHNIS:

1. PROBLEME DER MARXISTEN-LENINISTEN DER BRD.
Das ist ein Papier der damals in der verbotenen KPD arbeitenden revolutionären Gruppe "Spartakus" (nicht identisch mit heute bestehenden Organisationen dieses Namens). Das Papier stammt vom September/Oktober 1967 und ist damit unseres Wissens die erste in der BRD erschienene grundlegende Kritik am modernen Revisionismus. Seite 2
2. AUF KAUTSKYS UND TOGLIATTIS SPUREN;
Eine Auseinandersetzung mit dem 1968 vorgelegten Programmentwurf der KPD. Dieser Text, der im August 1968 als Sonderheft des "Roten Morgen" erschien, wurde von einem Genossen geschrieben, der heute Mitglied des KB ist. Verwegenerweise will die Gruppe um den "Roten Morgen" ausgerechnet mit diesem Artikel ihr antirevisionistisches Erstgeburtsrecht in der kommunistischen Bewegung "beweisen". Seite 21
3. "DEMOKRATISCHE ERNEUERUNG VON STAAT UND GESELLSCHAFT".
Die DKP-Studentengruppe "AMS-Spartakus" (jetzt MSB) in Hamburg gab Anfang 1971 ein umfangreiches Papier mit dem Titel "Revisionismus-Kritik" heraus. Unter schein-"radikaler" und "orthodoxer" Umhüllung sollten die revisionistischen Ladenhüter noch geschickter an den Mann gebracht werden. Die Gruppe KAB Hamburg legte dazu damals die hier nachgedruckte Stellungnahme als "Revisionismuskritik 1" vor. Seite 38
4. VR POLEN - KRISE DES REVISIONISMUS!
Artikel der "KAB-Arbeiterzeitung", Nr. 3, zur Dezember-Revolte des polnischen Proletariats 1970. Seite 59
5. ANMERKUNGEN ZUR POLITIK DER KP CHILES.
2. Teil des Artikels der "KAB-Arbeiterzeitung" (erschieden in Nr. 3) zur Entwicklung in Chile. Seite 70
6. DIE DKP AUF DEM WEG DES REFORMISMUS UND ÖKONOMISMUS!
Aus einem Artikel der "KAB-Arbeiterzeitung", Nr. 7. Der Artikel enthält u. a. einen Vergleich des DKP-Statuts mit dem Statut der KPD von 1951. Seite 76
7. 25 JAHRE SED!
Artikel der "KAB-Arbeiterzeitung", Nr. 6. Der Artikel geht besonders auf das in der DDR zu Anfang der 60er Jahre eingeführte sogenannte "Neue Ökonomische System der Planung und Leitung" (NÖSPL) ein. Seite 87
8. DIE THESEN DES DKP-PARTEIVORSTANDES.
Im Herbst 1971 als "Revisionismuskritik 2" der Gruppe KAB Hamburg erschienen. Seite 102
9. DIE ENTWICKLUNG DER KPD NACH 1933.
Aus der "Revisionismuskritik 2" der Gruppe KAB Hamburg. Dieser Artikel enthält Fehler in der Einschätzung des VII. KOMINTERN-Kongress und fällt hinter korrekte Positionen der "Revisionismuskritik 1" zurück. Es ist falsch, die damalige KOMINTERN-Politik an Hand der Geschichtsfälschungen der aktuellen DDR-Historik kritisieren zu wollen. Falsch ist außerdem die Kennzeichnung des VII. Kongress der KOMINTERN als "Meilenstein des Revisionismus". Richtig wäre es gewesen, von einem Meilenstein in der Entwicklung zum modernen Revisionismus zu reden. Denn festzuhalten ist, daß sich die Ansätze zum modernen Revisionismus schon in der Politik während des antifaschistischen Kampfes und während der ersten Nachkriegs-Jahre finden. Wir grenzen uns damit ausdrücklich ab gegenüber einer Haltung, die heute jede Kritik an der früheren KPD-Politik diffamiert bzw. auf einen Zeitpunkt verschieben will, wo es wieder eine kommunistische Partei geben wird (ABG München und KB Bremen). Seite 132
10. DAS KPD-VERBOT UND SEINE FOLGEN.
Aus der "Revisionismuskritik 3" der Gruppe KAB Hamburg Seite 150

Probleme der Marxisten-Leninisten der BRD

Zur Entwicklung der KPD und SED

(Nachdruck eines Textes der ehemaligen kommunistischen Gruppe "Spartakus" aus dem Jahre 1967)

Ein Thema beherrscht heute in zunehmendem Maß die gesamte Auseinandersetzung zwischen den Marxisten-Leninisten und den modernen Revisionisten in der illegalen KPD Westdeutschlands und erfaßt darüber hinaus immer größere Kreise von Arbeitern, Intellektuellen, Studenten und Jugendlichen:

Wird die DDR von den modernen Revisionisten aller Länder — mit den Revisionisten der Sowjetunion an ihrer Spitze — verraten und verkauft?

Welche Rolle spielen die modernen Revisionisten der SED in der DDR?

Welche Auswirkungen hat diese reaktionäre Entwicklung der DDR für die gesamte politische Situation in Deutschland und darüber hinaus in ganz Europa?

Wie wirkt sich diese negative Entwicklung auf die Arbeiterbewegung in Westdeutschland und insbesondere der KPD aus?

Voller Sorge wird von allen dem Marxismus-Leninismus verbundenen Genossen in Westdeutschland der heute eindeutig revisionistische Weg der DDR und seine Auswirkungen insbesondere auf Westdeutschland verfolgt. Daß dieser

Weg immer mehr in revisionistischer — d. h. reformistischer und letzten Endes kapitalistischer — Richtung verläuft, darüber gibt es keinen Zweifel. Die Tatsachen sprechen für sich.

Ausgehend von dieser Feststellung wundert es keinen Genossen, daß der revisionistische Kurs unserer Partei — der KPD in Westdeutschland — nur eine nahezu zwangsläufige Folge dieser degenerierten Entwicklung der SED in der DDR ist. Schließlich weiß jeder um die starken Verbindungen dieser beiden Parteien, die durch die Bedingungen der Illegalität in Westdeutschland bestimmt nicht schwächer geworden sind.

Es herrscht also bei fast allen Marxisten-Leninisten Westdeutschlands darüber Klarheit, daß der gesamte moderne Revisionismus die DDR verrät und verkauft, daß damit der gesamte moderne Revisionismus ein gewaltiges Hindernis und eine große Gefahr für ein künftiges sozialistisches Deutschland ist. Darüber hinaus herrscht Klarheit darüber, daß die modernen Revisionisten in der SED und der KPD den gesamten Parteiapparat beherrschen und weitestgehend den Kurs dieser Parteien und damit unserer Partei bestimmen. Weitestgehende Unklar-

heit herrscht dagegen über die wahren und tiefen Ursachen dieser revisionistischen Entwicklung in der KPD und SED.

Diese mangelnde Kenntnis der Wurzeln des Revisionismus in der gegenwärtigen Entwicklung in Deutschland ist natürlich auf große ideologische Schwächen in der Avantgarde der deutschen Arbeiterklasse zurückzuführen, einer schon beinahe traditionellen Unterschätzung der revisionistischen Gefahr in der deutschen Arbeiterbewegung.

Diese ideologische Schwäche, verstärkt durch sehr starke bürgerliche Umwelteinflüsse und verbunden mit einem ausgeprägten Wunschenken, erzeugt selbst bei dem Marxismus-Leninismus treu verbundenen Genossen illusionäre Vorstellungen über die gegenwärtige und künftige Rolle der SED in der DDR. Viele ehrliche Genossen können und wollen es einfach nicht wahrhaben, daß die revisionistische Entwicklung in der DDR und die Entartung der SED mehr als nur eine vorübergehende Erscheinung sind. Sie wollen es einfach nicht wahrhaben, daß der Revisionismus in der DDR und auch im gesamten Parteiapparat der KPD in Westdeutschland bereits tiefe Wurzeln geschlagen hat.

Wollen wir aber die Gefährlichkeit und den ganzen Umfang der revisionistischen Seuche erkennen, müssen wir zu den Wurzeln vordringen. Nur so können wir auch die Auswirkungen mit aller Aussicht auf Erfolg und mit unserer ganzen revolutionären Leidenschaft bekämpfen und austrotten. Unterlassen wir das, dann überlassen wir den modernen Revisionisten — der 5. Kolonne der Imperialisten in den Reihen der

Arbeiterklasse — das Feld. Das aber wäre gleichbedeutend mit Verrat an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, Verrat an der Partei Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns. Das hieße die Arbeiterklasse ohne Führung und ihrer stärksten Waffen beraubt sich selbst zu überlassen und würde darum letzten Endes Kapitulation vor dem US-Imperialismus und seinen deutschen Lakaien bedeuten.

Versuchen wir also zu den Wurzeln des modernen Revisionismus in Deutschland und insbesondere in der DDR vorzudringen.

Verteidigen wir den Marxismus-Leninismus! Verteidigen wir die DDR und ihre sozialistischen Erregenschaften, solange es noch etwas zu verteidigen gibt! Eröffnen wir die Diskussion und damit unsere Offensive gegen die revisionistischen Bastionen!

Der Weg der Revolution ist in Deutschland mit Niederlagen und Verrat gepflastert

„Wer nur die Lichtseiten sieht und die Schwierigkeiten nicht wahrnimmt, der wird nicht erfolgreich für die Erfüllung der vor der Partei stehenden Aufgaben kämpfen können.“

Mao Tse-tung, „Über Koalitionsregierung“ (24. April 1945).

Deutschland hat in seiner Geschichte große revolutionäre Erhebungen erlebt und nicht wenige hervorragende Revolutionäre her-

vorgebracht. Mit großem Stolz können wir darauf verweisen, daß die Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus — Marx und Engels — Söhne Deutschlands waren. Die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus — das Kommunistische Manifest — war zugleich das erste entscheidende und bedeutende Dokument der deutschen Arbeiterbewegung.

Alle diese hervorragenden Beispiele, die sich in einer nahezu endlosen Kette fortsetzen ließen, können aber nicht die Tatsache verdecken, daß in der gesamten deutschen Geschichte alle großen revolutionären Erhebungen mit Niederlagen endeten und diese Niederlagen sehr oft durch Verrat und Versagen der Führungskräfte verursacht wurden.

Wir können natürlich nur ganz kurz, zum besseren Verständnis der gegenwärtigen Situation, einen kleinen historischen Rückblick versuchen.

Der Große Deutsche Bauernkrieg endet mit einer Niederlage durch das Versagen und den Verrat des gerade entstehenden jungen deutschen Bürgertums. Deutschland wird um Jahrhunderte in seiner gesamten Entwicklung zurückgeworfen.

Die Revolution des deutschen Bürgertums beginnt 1848 erfolgreich und endet mit einer entscheidenden Niederlage durch den Verrat des entstehenden kapitalistischen Großunternehmertums. Aus Furcht vor der deutschen Arbeiterklasse die bereits organisiert auftritt, schließt es mit dem feudalistischen Staat und dessen Junkern einen Pakt — sie werden zu „Schlotbaronen“.

Die Einheit Deutschlands wird nicht auf revolutionärem Wege erkämpft, sondern auf kaltem militärischem Machtweg von „oben“ 1870 erreicht.

Die ersten größeren Arbeiterorganisationen in Deutschland waren durchaus keine revolutionären Organisationen. Es waren Gewerkschaften und der rein reformistische „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ von Ferdinand Lassalle. Selbst als die SPD, gegründet von Wilhelm Liebknecht und August Bebel, die politische Bühne betritt, gleicht sie trotz eines mehr oder weniger marxistischen Programms einem Wahlverein.

Von Anfang an macht sich im Schoße der alten SPD revisionistisches und reformistisches Gedankengut breit, das noch stärker wird, als sich diese Partei mit den Lassalleern auf dem Vereinigungsparteitag in Gotha 1875 „vereint“. Marxens Programmkritik spricht Bände. Daß sich in dieser Partei die Stammväter des klassischen Revisionismus, wie Eduard Bernstein und Legien, breit machten, kann schon niemand mehr wundern.

Unter völliger Verkennung der ökonomischen und sozialen Wurzeln des Revisionismus wurde dieser, trotz Lenins Warnungen, selbst von den besten Vertretern der deutschen „Linken“ in der Partei nur in seinen Auswüchsen und an der Oberfläche durch Diskussionen bekämpft. Das geschah so lange, bis es zu spät war. 1914 brach die II. Internationale zusammen und mit ihr die letzten, kaum noch vorhandenen Reste einer revolutionären Arbeiterpartei in Deutschland. Der Revisionismus hatte gesiegt — die deutsche Arbeiterklasse

wurde als Schlachtvieh verkauft und war ohne revolutionäre Führung.

1918 schlugen die Fluten der Oktoberrevolution nach Deutschland. Es gab eine akute revolutionäre Situation, aber keine starke, den revolutionären Anforderungen entsprechende Führung. Es fehlte eine bolschewistische Partei mit ihren stählernen und erfahrenen Kadern. Die Novemberrevolution wurde von den Revisionisten bewußt fehlgeleitet und verraten. Sie endete mit einem Scheinsieg.

Die Gründung der KPD war die notwendige — aber leider verspätete — Konsequenz aus dem Verrat der Revisionisten. Die Gründung einer neuen revolutionären Partei ist und bleibt das Verdienst von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die dafür auch ihr Leben lassen mußten. Daß die Gründung dennoch sehr spät — fast zu spät — erfolgte, bewies die mangelhafte Nutzung der revolutionären Nachkriegsepoche bis 1923. Daß es möglich war, revolutionäre Kämpfe erfolgreich zu führen, bewies Ernst Thälmann im Hamburger Aufstand. Der Aufstand blieb jedoch isoliert — auch die KPD versagte unter der rechten Führung von Brandler und Thalheimer.

Erst danach entwickelte sich die Partei durch lange Kämpfe unter der Führung von Ernst Thälmann zu einer wirklichen Partei neuen Typus, zu einer leninistischen Partei. Diese Partei errang große Erfolge — insbesondere zur Zeit der Weltwirtschaftskrise von 1928 bis 1933.

Aber als dann der Faschismus die Macht ergriff, versagte auch diese zahlenmäßig stärkste Sektion

der III. Internationale außerhalb der SU. Sie hatte den Faschismus in seinem ganzen Wesen und seiner ganzen Gefährlichkeit nicht erkannt. Hier konnte man nicht mehr abwarten, hier galt es zu kämpfen — notfalls auch zu unterliegen, erneut zu kämpfen — mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Nichts dergleichen geschah, die ersten zaghaften Versuche eines politischen Widerstandes waren bald im Blut erstickt und Tausende deutscher Kommunisten wanderten in die KZs und ließen ihr Leben. So auch der beste Sohn der deutschen Arbeiterklasse — Ernst Thälmann.

Zwar kämpften viele Tausende deutscher Kommunisten weiter und setzten ihr Leben im Kampf gegen den Faschismus ein. Sie kämpften in Spanien, in der Widerstands Bewegung in Deutschland und an fast allen Fronten des II. Weltkrieges. Sie vermochten aber nicht, das deutsche Volk von seinen faschistischen Verführern zu trennen und diese Verbrecher auf revolutionärem Wege zu beseitigen. Die Revisionisten hatten gute Vorarbeit geleistet, große Teile der Arbeiterklasse ideologisch entzweit und sie zusammen mit Massen von enttäuschten Mittelständlern und Bauern in die Arme der Faschisten getrieben.

1945: Zerschlagung des deutschen Nazi-Faschismus ohne maßgebliche Mitwirkung des deutschen Volkes

Der deutsche Nazi-Faschismus — als Ausdruck der größten Machtentfaltung des deutschen Imperialismus — kapitulierte 1945 bedingungslos. Seine Militärmaschine und sein Staatsapparat lagen zerschmettert am Boden.

Die deutsche Wirtschaft war zwar auch stark angeschlagen, aber insbesondere die mächtige und eng mit dem US-Kapital verflochtene Chemieindustrie hatte eigenartigerweise die Bombenteppiche und in Westdeutschland auch die Kriegshandlungen ganz gut überstanden.

Die Ideologen des deutschen Imperialismus, die sich in chauvinistischem Nationalismus schier überschlugen, waren in die Geschichte der deutschen Nation als die größten nationalen Bankrotteure eingegangen. Dasselbe hätte man auch von den klassischen Revisionisten sagen müssen, die dieselbe Rolle ja im I. Weltkrieg gespielt und dem Faschismus Zutreiberdienste geleistet hatten.

Die Voraussetzungen für einen Neubeginn auf völlig veränderter Grundlage hätten also sehr günstig sein müssen.

Aber war der deutsche Imperialismus und seine ideologische Basis im Volk wirklich zerschlagen?

Eine Tatsache ist, daß sogar große Teile der deutschen Arbeiterklasse bis 5 Minuten nach 12 noch den Durchhalteparolen der Nazis folgten. Die nicht durch Bomben zerstörte Rüstungsindustrie funktionierte bis zum Schluß, und nur wenige deutsche Soldaten wagten

ohne Befehl die Waffen wegzulassen. Günstigenfalls konnte man bei großen Teilen des deutschen Volkes von Verzweiflung und enttäuschter Hoffnung über nicht eingelöste Versprechungen von seiten der Faschisten sprechen.

Der deutsche Staatsapparat war zwar weitgehend zerschlagen. Der deutsche Staat aber sollte, so wie es Stalin versprochen hatte, als eine Einheit bestehen bleiben. Das Potsdamer Abkommen sah die Aufteilung in 4 Besatzungszonen nur als eine vorübergehende und grundsätzlich nicht die Einheit Deutschlands berührende Erscheinung vor. Das Potsdamer Abkommen hat — laut Urteil vieler Völkerrechtler — auch heute noch für Deutschland verfassungsmäßigen Charakter und hätte bei konsequenter Anwendung in ganz Deutschland eine wahrhaft demokratische Entwicklung auf revolutionärer Grundlage eingeleitet, es hätte die schon lange fällige bürgerliche Revolution vollenden und darüber hinaus das deutsche Volk einen großen Schritt voranbringen können.

Gerade dieses Kapitel ist für die revisionistischen Anbeter des „friedlichen Weges zum Sozialismus“ sehr lehrreich. Liefert uns doch die jüngere deutsche Geschichte und ihr Produkt — die BRD — das beste Anschauungsmaterial, was auch die beste geschriebene Verfassung, und der schönste Vertrag wert sind, wenn das Volk nicht mit revolutionärer Entschlossenheit dahintersteht. War das aber der Fall?

Nein! — Trotz aller Bemühungen der gerade erst wieder zugelassenen KPD war es nicht möglich, diese notwendige Volksbewegung in den westlichen Besatzungszonen zu entfachen. Die KPD war und blieb die einzige Partei, die diesen Versuch unternahm, um gegenüber den imperialistischen Besatzungsmächten vollendete Tatsachen zu schaffen. Der Sieg über den deutschen Faschismus war eben nicht vom deutschen Volk selbst unter maßgeblicher Mitwirkung seiner Arbeiterklasse errungen worden, sondern durch die Waffen der Roten Armee und der in der Anti-Hitler-Koalition vereinigten Völker. Trotz allen Heldennutes deutscher Kommunisten, trotz all ihrer Opfer blieb der Anteil des deutschen Volkes an seiner Befreiung vom Faschismus sehr, sehr gering. Das gilt es, nüchtern und klar zu erkennen, wollen wir uns nicht selbst und unserem Volk etwas vormachen.

Von der SBZ zur DDR

Die imperialistischen Besatzungsmächte im Westen Deutschlands gingen sofort nach ihrer Etablierung unter Führung des US-Imperialismus dazu über, das imperialistische System zu retten. Sie kümmerten sich einen Dreck um das Potsdamer Abkommen. (Kümmern sich denn jemals Imperialisten um irgendwelche Abkommen, die ihnen nichts nützen?)

In der damaligen Sowjetisch besetzten Zone (SBZ) wurde, entsprechend Stalins Anweisungen, konsequent das Potsdamer Abkommen verwirklicht und auf dessen Grundlage ein wahrhaft demokratischer Umwandlungsprozeß eingeleitet.

Es galt, den Faschismus und damit das imperialistische System zumin-

dest in diesem Teil Deutschlands mit seinen Wurzeln auszurotten.

Welchen Anteil hatte die deutsche Arbeiterklasse und ihre führende Partei — die KPD — bei der Lösung dieser Aufgabe?

Die Reihher der KPD hatten sich 1945 stark gelichtet. Er waren nicht die schlechtesten Genossen, die gleich Ernst Thälmann ihr Leben hatten lassen müssen. Diejenigen deutschen Kommunisten, die dennoch überlebten, waren nicht sehr zahlreich. Vor allen Dingen kamen sie aus einer anderen Welt zu ihrem Volk zurück. Sie kamen aus der Welt der Zuchthäuser und KZs, aus der Welt der Strafkompagnien und aus der Welt der im eigenen Land Verfolgten und Gehetzten. Sie kamen aus der Welt der Emigration und des Kampfes gegen ein verbrecherisches, faschistisches System, das von der Mehrheit ihres Volkes gestützt wurde. Sie kamen also aus einer Isolierung von ihrem eigenen Volk, das zu großen Teilen willig einem verbrecherischen System gedient hatte.

Auf den Schultern dieser Kommunisten lastete nun die gesamte Verantwortung für die Gestaltung eines neuen, sozialistischen Deutschlands. Denn, daß nur ein sozialistisches Deutschland eine Wiederholung der verbrecherischen Vergangenheit unmöglich machen konnte, war ihnen mehr als jedem anderen klar.

Die Chance war da, sie durfte nicht — wie schon so oft in der deutschen Geschichte — ungenutzt verstreichen.

Gestützt auf die bewaffnete Macht der Roten Armee wurde in der damaligen SBZ das Potsdamer Abkommen verwirklicht. Unter der Führung deutscher Antifaschisten mit der KPD als Motor, wurde

zum ersten Male in der deutschen Geschichte eine umfassende Industrie- und Bodenreform durchgeführt. Die Schlotbarone wurden entmachtet. Damit wurde die entscheidende, führende Schicht der deutschen Kapitalisten und Junker, die den deutschen Imperialismus verkörperte, zumindest in einem Teil Deutschlands aus ihren Machtpositionen entfernt.

Alle entscheidenden Schlüsselpositionen in Staat, Wirtschaft und Verwaltung sowie das gesamte politische Leben mußten neu gestaltet und von neuen Kräften besetzt werden. Diese Aufgabe fiel in der SBZ vor allen Dingen den alten, bewährten deutschen Arbeiterfunktionären zu — insbesondere aber den Kommunisten. Obwohl dem eigenen körperlichen Zusammenbruch sehr nahe, packten sie zu und übernahmen die Verantwortung. Ihr Ziel war aber die einheitliche sozialistische deutsche Republik. Diesem Ziele glaubten sie sich höher denn je, als sich die KPD mit der SPD in der damaligen SBZ zur SED vereinigte.

Diese historisch notwendigen Schritte in der SBZ und ihre Erfolge beunruhigten natürlich in starkem Maße die in- und ausländischen Imperialisten in ihrem eigenen Machtbereich. Sie taten alles in ihren nicht unbeträchtlichen Kräften Stehende, um ein Übergreifen dieser Entwicklung auf Westdeutschland zu verhindern und — wenn möglich — die Entwicklung in der SBZ aufzuhalten, zu stören oder gar rückgängig zu machen.

Das von Viktor Agartz einige Zeit vor seinem Tod inspirierte Buch „Verraten und verkauft“ beweist auch für einfältige Gemüter, wie insbesondere die US-Imperialisten im Bunde mit den an-

deren — einschließlich den deutschen — Imperialisten vor keinem verbrecherischen Mittel zurückschreckten, um ihre Positionen zu retten. Insbesondere gelang es ihnen, in der SPD und den Gewerkschaften nahezu alle Schlüsselpositionen mit ihren eigenen Agenten und Werkzeugen zu besetzen. Das geschah so massiv, daß man das in der Arbeiterbewegung verbreitete Schimpfwort „Agent“ in diesem Zusammenhang schon nicht mehr im Übertragenen Sinn anwenden kann. Sogar in die Reihen der KPD in Westdeutschland schleusten sie nicht wenige dieser gedungenen Werkzeuge ein.

Diese kriminellen Elemente in den Reihen der Arbeiterbewegung haben diese Stellungen in Westdeutschland nicht nur behalten, sondern bis zu Ministerposten ausgebaut.

Zuvor aber verhinderten sie die Einheit der deutschen Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage in den westlichen Besatzungszonen, verhinderten die demokratische Umgestaltung der Westzonen und sicherten den aus- und inländischen Imperialisten ihre Positionen ab bzw. halfen ihnen bei deren neuerlicher Festigung.

Als die Imperialisten erkannten, daß die Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands in absehbarer Zeit nicht aufzuhalten war, da die von Stalin geführte Sowjetunion als Garant hinter dieser Entwicklung stand, schritten sie zur Spaltung des deutschen Staates, der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes.

Der Weg der Spaltung mit dem versklavenden Marshall-Plan als materielle Grundlage ist markiert durch die Bi-Zone, die Tri-Zone, Währungsreform, Ausrufung der

BRD, NATO und EWG. Maßgebliche Werkzeuge waren insbesondere die Verräter und Agenten in den Reihen der Arbeiterklasse — in der SPD und den Gewerkschaften.

Indem die Imperialisten die BRD als Sperrriegel und zugleich als Angriffsbasis gegen das gesamte sozialistische Lager ausbauten, hofften sie zugleich, den östlichen Teil Deutschlands, in dem die von Kommunisten geführte deutsche Arbeiterklasse die Geschicke lenkte, von seiner natürlichen Rohstoffbasis abzuschneiden, auszuhungern und zur Kapitulation zu zwingen.

Tatsächlich entstand für eine lange Periode eine schwierige Situation in der damaligen SBZ, die durch die offene Sabotage hineingeschleust oder angeworbener Agenten und Diversanten noch verschlimmert wurde. Es bedurfte der ganzen Anstrengung aller Kräfte und insbesondere der damals noch starken und unverbrüchlichen Solidarität des einheitlichen und geschlossenen sozialistischen Lagers. Es gab also in Deutschland eine sowohl in nationaler wie auch in

internationaler Hinsicht ausgesprochene Klassenkampfsituation. Da zu dieser Zeit der Geist des Marxismus-Leninismus noch alle kommunistischen und Arbeiterparteien erfüllte, die sich hinter das Banner der von Stalin geführten und darum noch revolutionären KPD/SU scharten, wurde diese schwierige Situation auch gemeistert:

Im Osten Deutschlands entstand aus der antifaschistisch-demokratischen Ordnung der erste Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden — die DDR.

Die DDR war im Klassenkampf — durchaus nicht friedlich — entstanden: als Basis für ein künftiges einheitliches und sozialistisches Gesamtdeutschland. Diesen ehrenvollen Kampfauftrag wird die DDR jedoch nur erfüllen können, wenn sie ihren Klassencharakter wahrte. Verliert die DDR aber ihren Klassencharakter, dann verliert sie auch jeden Führungsanspruch im Kampf für eine einheitliche deutsche sozialistische Republik und sinkt auf die Stufe eines kleinen deutschen Separatstaates zurück und begeht damit nationalen Verrat.

DIE DDR — REPUBLIK OHNE LEIDENSCHAFT

Der moderne Revisionismus hat in der DDR tiefe sozialökonomische und historische Wurzeln

Hat die DDR in der Vergangenheit vielen Schwierigkeiten getrotzt und sich allen Angriffen und Sabotageversuchen von seiten der Imperialisten in einem mehr oder weniger offenen Kampf widersetzt, so droht ihr jetzt eine viel tückischere Gefahr aus den eigenen Reihen, aus dem eigenen Hinterland — der moderne Revisionismus. Daß der moderne Revisionismus heute

wie ein Polyp in der DDR nahezu alle Bereiche in Partei, Staat, Wirtschaft und Verwaltung erfaßt hat, darüber gibt es leider keinen Zweifel mehr. Leider gibt es aber nicht wenige Genossen, die das zwar auch erkennen, die Ursache aber einzig und allein in der revisionistischen Entwicklung der KPD/SU sehen. Sie sehen die revisionistische Entwicklung in der DDR

nur als eine mehr taktische Kompromißlösung an, um sich nicht in einen totalen ideologischen Gegensatz zur revisionistischen KPdSU zu begeben, der sofort wirtschaftliche, militärische und politische Konsequenzen nach sich ziehen würde. Sie kennen die Verhältnisse in der DDR und glauben, sie wäre zu schwach, um diesen Kampf zu überleben. Sie glauben also das „kleinere Übel“ wählen zu müssen und wollen im übrigen abwarten, um die DDR „ökonomisch stärken“ zu können.

Ganz davon abgesehen, daß solch ein Weg zur totalen Kapitulation führt, beruht diese Argumentation doch auf einer totalen Mißachtung der Gefahren, die der deutschen Arbeiterklasse aus den tiefen historischen, ökonomischen und sozialen Quellen des speziellen klassischen deutschen Revisionismus drohen. Wir haben versucht, am Eingang dieses Briefes auf einige dieser Quellen hinzuweisen. Viel besser und gründlicher ist es jedoch bei Lenin nachzulesen und kann nicht oft genug studiert werden.

Eine noch größere Unkenntnis besteht jedoch über die Quellen des modernen Revisionismus in der DDR, deren Ursprung zumeist in der jüngeren Geschichte zu suchen sind und wiederum ständig neue Quellen des modernen Revisionismus gebären.

Machen wir also den Versuch, wenigstens einige dieser Quellen aufzuspüren, offenzulegen und Dämme dagegen zu errichten. Sie zum Versiegen zu bringen dürfte schon schwerer sein — aber auch das muß uns eines Tages gelingen.

Eingangs zeigten wir, welche schwierige Situation 1945 in der damaligen SBZ vorherrschte. Wir

zeigten, welche Aufgaben die Partei in der damaligen Lage lösen mußte und wie überbeansprucht und gering an Zahl die entscheidenden Kader der ersten Stunde waren. Eine echte Revolution von unten hatte es nicht gegeben. Diese Kader lebten in einer fortschrittlichen Ideenwelt, die nicht die Ideenwelt der meisten Menschen ihrer Umgebung war. Sie waren also gewissermaßen ideologisch isoliert. Da es überall an Kadern jeder Art mangelte, mußten viele reaktionäre Kräfte von geringerer Bedeutung auf ihren Posten bleiben, und nicht wenige hatten schon nach kurzer Zeit die Situation erfaßt und „stellten sich um“. Es war die große Stunde von Karrieristen und anderem Gesindel, das sich schnell an die Rockschröte der Sieger hing. Nicht wenige haben inzwischen in der DDR beachtliche Positionen — im wahrsten Sinn des Wortes — erklommen.

Auch die Vereinigung von KPD und SPD zur SED hatte nicht nur positive Wirkungen. Der „Sozialdemokratismus“ hatte Einzug in die Partei gehalten. Viele Sozialdemokraten waren in entscheidende Schlüsselpositionen gerückt. Noch gefährlicher aber war das große Heer der vielen kleinen Funktionäre, die zwar gegenüber dem Marxismus-Leninismus Lippenbekenntnisse ablegten, aber ansonsten wie eh und je emsig und fleißig reinsten Pragmatismus pflegten. Sie hatten den ganzen opportunistischen, reformistischen und letzten Endes auch revisionistischen Ballast mitgebracht.

Da die meisten und besten Kommunisten in verantwortliche Positionen gerückt waren, andererseits viele ganz reaktionäre und faschistische Elemente ihre Positionen räumen mußten, ging in der Arbeiter- und Bauernklasse der dama-

ligen SBZ ein Umstrukturationsprozeß vonstatten. Gute Revolutionäre gingen in die Verantwortung und wurden von ihren Aufgaben fast erdrückt, kamen aus der Isolierung und isolierten sich wiederum. Reaktionäre Kräfte wurden zur „Bewährung“ in die Arbeiter- und Bauernklasse gedrückt, ihr Einfluß wirkte sich verheerend aus — wie der 17. Juni 1951 bewies.

Zur gleichen Zeit ging in ganz Deutschland ein gewaltiger Umstrukturierungsprozeß vonstatten, der ohne Beispiel war, die gesamte Sozialstruktur veränderte und sich im Klassenkampf auswirken mußte. Millionen von Umsiedlern aus den Gebieten östlich der Oder und Neisse kamen auch in die damalige SBZ, mitsamt ihren ganzen Ressentiments gegen die Rote Armee, Polen- und Tschechenhaß im Rucksack. Zudem kamen sie aus den rückständigsten Gebieten des ehemaligen Deutschen Reiches und gehörten zumeist zur bäuerlich-kleinbürgerlichen Bevölkerung, die besonders an ihrem Besitz hing, und nun ebenfalls hauptsächlich in die Arbeiterklasse hineingepumpt wurde. Durch die Bodenreform wurden hundertaussende deutscher Landarbeiter zu Kleinbesitzern und entwickelten bäuerlich-kleinbürgerliches Denken. Zur gleichen Zeit kehrten Millionen ehemaliger Soldaten der faschistischen Wehrmacht an ihre Arbeitsplätze zurück. Jahrelang hatten sie als Besatzungssoldaten andere Völker unterdrücken geholfen. Viele waren oft unmittelbar an Verbrechen beteiligt, und fast alle waren der faschistischen „Herrenrassen-Theorie“ erlegen gewesen. Einem normalen Arbeitsleben waren sie weitgehend entwöhnt, und auch die militärische Disziplin der Faschisten war in der letzten Zeit

stark gelockert gewesen, so daß man ohne weiteres gerade bei diesen Menschen von einer gewissen Verwilderung sprechen konnte.

Eine weitere, zahlenmäßig in die Millionen gehende Gruppe, stellten die Heimkehrer und insbesondere die sog. „Spätheimkehrer“ aus der Sowjetunion dar. Die Masse von ihnen kam mit starken antisowjetischen, d. h. antikommunistischen Ressentiments beladen nach Hause. Heute wissen wir, daß manche ihrer Kritiken nicht ganz unberechtigt waren und praktisch schon die künftige revisionistische Entwicklung ankündigten. Daß schon damals deutliche Anzeichen einer weitverbreiteten Korruption in der Sowjetunion sichtbar wurden und manch einen redlich denkenden deutschen Kriegsgefangenen abstieß, wissen wir heute alle, und das spricht nicht unbedingt gegen diese Menschen.

Anders war es jedoch mit den sogenannten „Antifa-Leuten“ aus den Kriegsgefangenen-Lagern der Sowjetunion. Mit diesen Menschen war der Versuch gemacht worden, aus faschistischen Söldnern „Antifaschisten“ zu machen. Ein sehr löbliches Unterfangen und in Einzelfällen sogar mit Erfolg. Aber wirklich nur in einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Fällen — wenn wir uns nicht an Zahlen und formalen Willenserklärungen berauschen wollen. Mit falschen Mitteln und Methoden wurde eine gute Sache ins Gegenteil verkehrt. Die heutige revisionistische Entwicklung in der Sowjetunion und der DDR wurde in diesen Lagern schon vorweggenommen. Wer formale „fortschrittliche“ Willenserklärungen abgab, sich „antifaschistisch“ gebärdete und zudem noch sein Arbeitssoll übererfüllte, bekam schnell neben den Sonder-

prämien den Status eines „Antifaschisten“ verliehen. Mit diesem Status begann er sich aber grundlegend von allen anderen Kriegsgefangenen zu unterscheiden. Er hatte jetzt den Zugang zu all den vielen kleinen Funktionen der Lagerverwaltung, konnte Brigadier werden und brauchte auf jeden Fall nicht mehr selbst schwer zu arbeiten. Zudem bekam er Sonderzuteilungen an Verpflegung, Kleidung und viele andere Möglichkeiten, sich materielle Vorteile zu verschaffen. Seine Überlebenschancen unter den oft sehr harten Lebensbedingungen im Lager wuchsen. Das hatten natürlich sehr schnell gerade diejenigen unter den Kriegsgefangenen erkannt, die wenig charakterfest, aber dafür um so beweglicher in ihrer „Anpassungsfähigkeit“ waren: Also im wesentlichen kleinbürgerliche und bürgerliche Kräfte, die sich im Faschismus und im faschistischen Militärapparat genauso „angepaßt“ hatten. Sie hatten in den Lagern bald alle „Machtpositionen“ inne und stellten auch die Masse der „Schüler“ auf den „Antifa-Schulen“. Während sie in den Lagern selbst sehr oft einen regelrechten Terror entwickelten, waren sie auf den „Antifa-Schulen“ natürlich die reinsten Musterschüler. Auf diesen Schulen selbst wurde mit rein scholastischen Lehrmethoden der unmögliche Versuch unternommen, Marxismus-Leninismus aus der Retorte zu züchten. Die besten Gedächtnisakrobaten und „Meinungsforscher“ schnitten mit den besten Noten ab und eröffneten sich damit die Chance, anschließend die nächsthöhere Stufe einer Schule zu erklimmen — bis zur zentralen Antifa-Schule in Moskau oder gar als Lehrer. Damit wären sie dem Lager entronnen und hätten sich gleichzeitig die Startlöcher für eine Karriere in Deutschland gegraben.

Warum müssen wir heute nach so vielen Jahren diese Tatsachen noch einmal in die Erinnerung zurückrufen?

Einfach deshalb, weil diese Elemente heute massenweise, zu Tausenden und Abertausenden, auf allen Ebenen und in nahezu allen Schlüsselstellungen der DDR und auch der KPD in der BRD anzutreffen sind. Sie stellen die Masse der Kader, wurden unter Verletzung der innerparteilichen Demokratie sogleich nach ihrer Rückkehr als hauptamtliche Kräfte in den Parteiapparat kooptiert und standen sehr oft in ihrem ganzen Leben noch keinen Tag an der Maschine.

In der DDR wirkte sich das noch besonders verheerend aus, weil diese Kräfte ihren ganzen Arbeitsstil, ihre scholastischen Lehrmethoden für die gesamte DDR und auch für die KPD der BRD allgemeinverbindlich machten. So ist es in der DDR ganz „normal“, daß derselbe Schüler oder Student, der in der Gesellschaftskunde eine „Zwei“ oder gar eine „Eins“ nach Hause bringt, der in einer öffentlichen Diskussion sich ungeheuer „fortschrittlich“ gebärdet. In seinem Privatleben und in den persönlichen Gesprächen sich völlig bürgerlich gibt und das in extrem entgegengesetzten Auffassungen zum Ausdruck bringt. Große Teile der Jugend sind bereits im großen Maße korrumpiert und leben ständig in einer ideologischen und geistigen Schizophrenie. Sie sind natürlich der beste Nährboden, das beste Mistbeet, auf dem der moderne Revisionismus prächtig gedeihen kann.

Lassen wir es mit diesen Aufzählungen zunächst bewenden. Wir wissen auch, daß die Ursachen für diese Erscheinungen zum Teil weit zurückreichen, teils objektiver Art

sind und zu einem großen Teil der DDR durch massiven ökonomischen, politischen und militärischen Druck — insbesondere von den Revisionisten der Sowjetunion — aufgezungen worden sind. Sicher war die revolutionäre Basis im Volk zu keinem Zeitpunkt so stark oder nur annähernd vergleichbar mit jener der VR China oder der VR Albanien. Für diese Ausgangslage können wir natürlich weder die SED noch die ulbrichtische Führungsgruppe allein verantwortlich machen. Wofür man sie aber verantwortlich machen muß, das ist, daß sie diesen Zustand noch verschlimmerten, daß sie nichts Entscheidendes taten, um die revo-

lutionäre Basis zu erweitern und zu stärken, daß sie die Partei auf den Weg des Revisionismus, auf den Weg der Isolierung vom Volk und auf den Weg der Korruption gebracht haben. Wir müssen sie auch dafür verantwortlich machen, daß sie in Erkenntnis ihrer isolierten Lage durch Nachtrabpolitik und Hinwendung zu den ideologisch zurückgebliebensten Schichten ihre „Massenbasis“ erweitern wollten.

Ja, man kann sagen, sie sind dabei, das Mistbeet, auf dem der moderne Revisionismus so prächtig gedeiht, zu hegen und zu pflegen und noch ganz neue Sorten und Abarten des Revisionismus zu züchten.

Die verstümmte Kulturrevolution

„Ein Kommunist soll offener, ehrlich und aktiv sein, das Interesse der Revolution muß ihm teurer sein als sein eigenes Leben, er hat seine persönlichen Interessen den Interessen der Revolution unterzuordnen, er soll immer und überall an den richtigen Grundsätzen festhalten und einen unermüdlichen Kampf gegen alle falschen Ideen und Handlungen führen, um so das kollektive Leben der Partei und die Verbindung zwischen Partei und den Massen zu festigen; er muß sich mehr um die Partei und um die Massen kümmern als um die eigene Person, mehr um die anderen Menschen als um sich selbst. Nur dann kann er als Kommunist angesehen werden.“

Mao Tse-tung, „Gegen den

Liberalismus“ (7. September 1937).

Jedem Marxisten-Leninisten ist klar, daß nach dem Sturz der Bourgeoisie und der Änderung der Besitzverhältnisse, die schwierigsten Probleme erst noch gelöst werden müssen. Die Etappe des Sozialismus, die Etappe der Diktatur des Proletariats ist in jedem Falle notwendig, und in ihr muß der neue Typ eines Menschen entstehen, der frei von jedem Egoismus den Kommunismus gestalten kann. Bis es jedoch so weit ist, ist die Frage „Wer — Wen“ noch nicht endgültig entschieden, wird der Klassenkampf unter veränderten und schwierigeren Bedingungen sich sogar noch verstärken.

In dieser Etappe des Sozialismus herrscht auch noch das Verteilungsprinzip: „Jeder nach seinen Fähigkeiten — Jedem nach seiner Leistung.“ Jede primitive „Gleichmacherei“ würde sich in dieser Etappe schädlich auswirken und zu

einer Hemmung der Entwicklung zu Anarchie führen.

Aber noch gefährlicher als jede Linksabweichung ist es, diese für die Etappe des Sozialismus richtigen Prinzipien formal, lebensfremd und ihres revolutionären Inhalts beraubt, rein pragmatisch, ohne revolutionäre Zielrichtung anzuwenden.

Entscheidend für die Festigung des Sozialismus und für die Erreichung des Endzieles — des Kommunismus — ist die Schaffung eines völlig neuen Menschen, erfüllt mit einem völlig neuen Bewußtsein. Das Bewußtsein entwickelt sich jedoch nicht von selbst. Gilt diese Binsenweisheit grundsätzlich für alle Länder, so für Deutschland und die DDR in besonderem Maße. Wie man dieses neue sozialistische Bewußtsein auf revolutionärer Grundlage entwickelt und ob es überhaupt gelingt, das hängt ganz und allein vom Zustand der Vorhut der Arbeiterklasse, von ihrer kommunistischen Partei ab. Das hängt aber auch von jedem Kommunisten ab, der in seiner Person schon den neuen, künftigen Menschen verkörpern muß. Er muß Leitbild und Vorbild insbesondere der Jugend sein. Das gilt für jeden Kommunisten jeden Landes. Das gilt aber in besonderem Maße für einen Kommunisten eines sozialistischen Landes, denn er trägt eine noch größere Verantwortung, sein Versagen wirkt sich noch verhängnisvoller aus. Und das gilt noch mehr für einen deutschen Kommunisten, der in ganz besonderem Maße die Schwerkraft des gesamten schon erwähnten Ballastes seiner Geschichte und seiner Umwelt überwinden muß. Hier in unserem Land — ganz Deutschland — werden an den einzelnen Kommunisten besonders hohe Anforderungen gestellt. Um die Massen und besonders die Jugend mitzureißen, muß man selbst vor Leidenschaft brennen, ein Vorbild an Opferbereitschaft, Mut und Prinzipienfestigkeit sein.

An einen Kommunisten in der DDR müßte man in jeder Hinsicht höhere Ansprüche stellen als an jeden beliebigen anderen Bürger. Ein Funktionär in der DDR, ganz gleich auf welcher Ebene, müßte sich auszeichnen durch Bescheidenheit, zugänglich für jede Kritik und selbstkritisch gegenüber der eigenen Person und den eigenen Handlungen, er müßte ständig von den Massen lernen, ohne sich von den negativen Strömungen unter den Massen unterkriegen zu lassen. Aber auch diese negativen Strömungen müßte er real und nüchtern zur Kenntnis nehmen und mit großer Entschlossenheit und Überzeugungskraft bekämpfen.

Wie sieht es aber in der Praxis der DDR aus?

Tatsächlich wird von jedem Funktionär viel verlangt, und er muß auch viel leisten. Tatsächlich sind auf ökonomischem Gebiet große Fortschritte erzielt worden, und es werden in Zukunft vielleicht noch größere erzielt werden. Dafür sorgt schon die erweiterte, moderne technologische Basis. Schließlich hat die BRD oder Japan ebenfalls eine schnelle, sprunghafte ökonomische Entwicklung durchgemacht, und man kann diese Länder wohl kaum als sozialistisch bezeichnen. Von den Managern in den kapitalistischen Ländern wird auch viel verlangt, wollen sie ihre einmal erklommenen und erboxten Positionen erhalten.

Nur behaupten die Revisionisten in der DDR, daß sie den Sozialismus aufbauen und ihre Privile-

gierten, ihre Manager deshalb so viel bekommen und auch zu beanspruchen haben, weil es dem sozialistischen Verteilungsprinzip entspreche. Das ist aber auch fast das einzige, was die „sozialistischen Manager“ von den kapitalistischen unterscheidet.

Wie lebt solch ein „sozialistischer“ Manager in der DDR, der zumeist wichtiger Partei-, Wirtschafts- und Verwaltungsfunktionär in einer Person ist?

Nachdem das Dienstmädchen (die gibt es auch dort noch) ihm das Frühstück bereitet hat, verläßt er seine Villa oder Komfortwohnung. Die Wohnungen werden in der Regel beige gestellt, kosten wenig, sie sind für diese speziellen Zwecke besonders komfortabel angelegt, befinden sich zumeist in einer besonderen Lage in einer Umgebung, in der ebenfalls nur ähnliche Wohnungen zu finden sind. Auf ihn wartet in der Regel ein Dienstwagen mit Chauffeur, während sein eigener Wagen seiner Frau, seinen Kindern bzw. seinem eigenen Wochenende vorbehalten bleibt. Zwar arbeitet er dann sehr intensiv, aber sein Arbeits- und Erlebnisbereich unterscheidet sich auch in nichts von dem eines kapitalistischen Managers.

Die Frauen dieser Männer sind zumeist noch bürgerlicher. Die wenigsten arbeiten zumeist „beschränkt“ sie sich auf den Haushalt und die „Pflege eines kultivierten Lebens“ sowie auf „Repräsentationspflichten“. Andere wiederum sind selbst Manager, und noch öfter findet man den Typ, der so eine Art Sekretär zur Verwaltung der Interessen des Mannes bzw. der Familie ist.

Die Gehälter mit allen anderen finanziellen Einkünften betragen natürlich das Mehrfache — oft

sogar das 10- bis 20fache eines Arbeitereinkommens. Früher kaufte man seine Lebensmittel und Bedarfsartikel in internen Läden mit speziellen Ausweisen — mitunter etwas verschämt. Heute geschieht das ganz offen in den „Exquisite“-Läden. Dort kann man sämtliche Spitzenprodukte der DDR, die sonst nur für den Export bestimmt sind, kaufen. Dort gibt es aber auch sämtliche Produkte aus dem kapitalistischen Ausland. Theoretisch kann dort natürlich jeder kaufen — vorausgesetzt, er hat das nötige Geld für die stark überhöhten Preise oder Devisen.

Da die Privilegierten zusammenwohnen, sind natürlich die Schulen, Kindergärten und sonstige soziale und kulturelle Einrichtungen in ihrer Umgebung besonders ausserlesen. Schließlich sitzen sie ja an der Quelle des Einflusses und der Beziehungen — und für die Jugend — insbesondere die eigenen Sprößlinge — ist natürlich nichts zu schade. Wie die Privilegierten der zweiten Generation, die unter den angeführten Bedingungen aufwachsen, aussehen und was sie anrichten werden, sich das vorzustellen, dazu bedarf es nicht mehr allzuviel Phantasie.

Damit aber nicht genug. Den Feierabend verbringen diese „Herrschaften“ standesgemäß in entsprechenden Klubs, die für spezielle Zwecke existieren, eine sehr „gepflegte Atmosphäre“ besitzen und nur für „Mitglieder“ bestimmt sind. Natürlich stehen außerdem entsprechende Bars u. ä. Einrichtungen zur Verfügung, die jedem westlichen Vergleich standhalten. Darüber hinaus besitzen diese „Sozialisten“ ihre Wochenendhäuser, ihre Segel- oder Motorboote und haben auch sonst noch genügend Gelegenheit, ihren oft nicht billigen „Hobbys“ zu frönen.

So „wertvolle“ Menschen müssen erhalten und gepflegt werden. Schließlich „sorgt man sich um den Menschen“ — insbesondere wenn er zu den Privilegierten gehört. Darum gibt es speziell für sie eigene Krankenhäuser, Sanatorien und Urlaubsstätten — damit sie ja nicht mit dem „gewöhnlichen“ Volk in Berührung kommen. Aber auch da gibt es noch, entsprechend der Stellung in der Hierarchie, Abstufungen. Für die ganz Privilegierten gibt es dann noch extra Stätten, die im Ausland, zumeist in der Sowjetunion liegen.

Selbst aus dem höchst alarmierenden Ereignis des 17. Juni 1951 wurde keine ernsthafte Lehre gezogen. Wo wäre die DDR ohne Rote Armee geblieben?

Natürlich hatten die US-Imperialisten mit Hilfe der deutschen Imperialisten und ihren Lakaien, insbesondere vom Ost-Büro der SPD, diesen konterrevolutionären Putsch geplant und organisiert. Was hinderte aber die führende Partei der Arbeiterklasse in der DDR — die SED — daran, jederzeit mit dieser Möglichkeit zu rechnen, sich auf revolutionärer Grundlage eng mit den Massen zu verbinden und die revolutionäre Wachsamkeit zu erhöhen? Wer konnte sie daran hindern, genauestens über das Fühlen und Denken der Massen orientiert zu sein und die Gefahr schon so frühzeitig zu erkennen, daß sie im Keim erstickt werden hätte können? Tatsächlich wurde die Partei und der Staatsapparat völlig überrascht — sie waren von den Massen total isoliert und konnten sich aus eigener Kraft nicht mehr halten. Das ist schmerzhaft festzustellen — aber eine durch die Ereignisse bewiesene unumstößliche Tatsache.

Spätestens nach diesen Ereignissen hätten grundsätzliche Änderungen erfolgen müssen. Eine umfassende Kulturrevolution unter den Bedingungen der damaligen Verhältnisse in der DDR wäre notwendig gewesen, um getreu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus die Partei auf revolutionärer Grundlage zu erneuern und von allen schädlichen Elementen zu säubern. Mit dieser Partei und ihren dann wirklich sich selbstlos aufopfernden revolutionären Kadern hätte man die Arbeiterklasse und das ganze Volk revolutionieren müssen, sich auf wirklich revolutionärer Grundlage mit ihm so verbinden müssen, wie die „Knochen mit dem Fleisch“. Nur so wäre es möglich gewesen, vor allen Dingen die Jugend zu gewinnen und zu guten Revolutionären zu erziehen.

Die Entwicklung nahm aber einen anderen Verlauf.

Die Partei begab sich auf die Linie der faulen Kompromisse, auf die Linie der Nachtrabpolitik. Darüber täuscht auch nicht hinweg, daß die Partei sich zunächst von den schlimmsten Kapitalanten trennte. Man schaute gebannt wie ein schlachtreifes Kaninchen auf die mit Dollarhaifre prosperierende BRD. Man sah nur noch die Lösung aller Probleme in der Lösung der ökonomischen Frage. Die ideologischen und politischen Fragen wurden immer mehr durch die Überbetonung der ökonomischen Fragen in den Hintergrund gedrängt. Das Prinzip des materiellen Anreizes wurde so hochgezüchtet und als „sozialistisches Leistungsprinzip“ so weit getrieben, daß die Korruptionierung großer Teile des Volkes schon zur Tatsache geworden ist. Natürlich

ging die Rechnung der modernen Revisionisten nicht ganz auf. Große Teile der Bevölkerung und insbesondere die jungen und im Arbeitsprozeß stehenden Menschen wurden sehr schnell ein Opfer dieser im Grunde genommen konterrevolutionären Orientierung. Sie folgten dem Prinzip des materiellen Anreizes auf ihre Weise und strömten in Massen in die kapitalistische Bundesrepublik. In wenigen Jahren waren es über 3 Millionen. Die Masse von ihnen war selbst nach ihren eigenen und den Aussagen der westdeutschen Staatsbehörden einzig und allein dem „ökonomischen Anreiz“ gefolgt. Sie versprochen sich in der BRD im Moment eben größere materielle Vorteile. Sie waren also korruptiert — aber von wem? Nicht wenige unter ihnen gehörten zu den enttäuschten jungen Menschen, die oft in den ersten Jahren des sozialistischen Aufbaues in der DDR begeistert mitgemacht und auch Opfer auf sich genommen hatten. Sie waren im Grunde genommen von der „Entartung des Sozialismus“ in der DDR enttäuscht, beteiligen sich in der BRD sehr oft aktiv an den Kämpfen der Arbeiterbewegung und der Studenten und zählen sich selbst zu einem großen Teil zur sogenannten „heimatlosen Linken“. Waren alle diese ehemaligen DDR-Bürger in der Vergangenheit für die Arbeiterklasse in der BRD eine ernste Belastung und drückten ihr Niveau noch mehr, so hat sich das inzwischen gewandelt und zum Teil ins Gegenteil verkehrt.

Anders die Auswirkungen in der DDR selbst. Der große Abfluß arbeitsfähiger Bevölkerung bewirkte eine Umschichtung der gesamten Bevölkerungsstruktur zum Nachteil der DDR und führte in der

letzten Konsequenz zu einer katastrophalen wirtschaftlichen Lage. Die Revisionisten drohten in den eigenen Schlingen gefangen zu werden. Sie sahen nur noch einen Ausweg — den Bau der Mauer. Es gibt für einen aufrechten Marxisten-Leninisten kaum ein beschämenderes Beispiel in der deutschen Geschichte, daß sich ein „Arbeiter- und Bauernstaat“ auf deutschem Boden durch eine Mauer im buchstäblichen Sinne des Wortes isolieren muß, damit ihm seine eigenen Arbeiter, Bauern und Studenten nicht fortlaufen.

Natürlich wirkte sich der Mauerbau in ökonomischer Hinsicht sehr vorteilhaft aus und wird sich auch in Zukunft so auswirken. Natürlich streben die Menschen in der DDR genau wie in der BRD nach materiellen Vorteilen und nehmen diese tatsächlich auch in steigendem Maße zur Kenntnis. Natürlich tolerieren sie schon aus diesem Grunde ihre führende revisionistische Ulbricht-Clique. Was hat das alles aber mit Sozialismus zu tun?

Kann man die gegenwärtige Entwicklung in der DDR nur noch als tragisch bezeichnen, so wird die Zukunft für manch einen ehrlichen Kommunisten noch böse Enttäuschungen bereithalten.

Inzwischen ist nämlich die zweite Generation von Technokraten, „Spezialisten“, Bürokraten und Apparatschiks herangewachsen. Und die ist weit schlimmer noch als die erste Generation — vor allen Dingen ist sie perfekter und trägt schon stärkere Züge einer neuen Klasse. Sie kommen zumeist von der Schulbank direkt in ihre Führungspositionen und haben zum Volk, zur Arbeiter- und Bauernklasse noch weniger

Verbindung als ihre Vorgänger. Sie kennen keine Klassensolidarität im Geiste des proletarischen Internationalismus, körperliche Arbeit ist für sie eine „Erniedrigung“ und für ihre eigene Person auch „unökonomisch“. Für sie zählen nur Produktionsergebnisse, taktische, politische Vorteile und nicht zuletzt ihre eigenen persönlichen Vorteile. Sie sind die Träger einer neuen konterrevolutionären, bourgeoisen Entwicklung in der DDR mit neuen Machtbeziehungen zu den Produktionsmitteln.

Sie können keinen Beitrag mehr zur Lösung der nationalen Frage und zum Sieg des Sozialismus in Deutschland leisten. Ohne ihren Sturz und ohne ihre Beseitigung ist der Sozialismus in der DDR für eine ganz erhebliche Zeitspanne zu-

rückgeworfen. Darüber hinaus sind sie ein ernstes Hindernis zur Er kämpfung eines einheitlichen sozialistischen Deutschlands.

Die Arbeiterklasse in der BRD und alle anderen unterdrückten Schichten in der BRD sind für sie nur ein von Fall zu Fall zu benutzender außenpolitischer Faktor, um ihre eigenen machtpolitischen und egoistischen Pläne zu verwirklichen. Wie oft wurden schon aufrechte und gutgläubige westdeutsche Kommunisten diesen Plänen kaltblütig geopfert. Wie oft verwechselte schon mancher junge unerfahrene Genosse, der ihren Anweisungen blindlings folgte, politische Arbeit mit nachrichtendienstlicher Tätigkeit und fügte damit unserer Bewegung großen Schaden zu.

Welche Schlußfolgerungen müssen die Marxisten-Leninisten in Westdeutschland ziehen?

Wir wissen, welche Rolle die DDR in der Vergangenheit als staatliche Basis für den Sozialismus in ganz Deutschland spielte. Jetzt gilt es aber, die gegenwärtige und völlig veränderte Situation zu erkennen und mit allen Illusionen über die DDR aufzuräumen.

Wir Kommunisten in der BRD wissen auch um die sehr starken Bindungen, die es zwischen SED und KPD gibt. Sehr einseitige Bindungen! Daß dabei schon lange die Prinzipien der Gleichberechtigung und natürlich auch des proletarischen Internationalismus genauso wie das Prinzip des demokratischen Zentralismus verletzt worden sind, ist uns allen bekannt und auch durch die Illegalität nicht zu entschuldigen.

Auch alle Hinweise auf unsere Illegalität und die vielleicht bald erreichte Legalität entschuldigen nicht, daß die ideologische Auseinandersetzung mit dem modernen Revisionismus in der KPD kaum richtig begonnen hat. „Einheit um jeden Preis“ ist keine Einheit. Eine legale KPD, die sich selbst kastriert hat und dem Klassengegner erst ihre eigene Ungefährlichkeit und Harmlosigkeit für das bestehende System nachweisen muß, ist völlig überflüssig

und sogar sehr schädlich.

Natürlich ist es notwendig, daß die Marxisten-Leninisten eine neue Plattform ausarbeiten müssen. Aber kommt diese von selbst als „Himmels Geschenk“? Muß man erst mit der Auseinandersetzung warten, bis die Plattform da ist?

Wir haben schließlich unsere stärkste Waffe in Gestalt der marxistisch-leninistischen Theorie und vor allen Dingen die Lehre Mao Tse-tungs, die den Marxismus-Leninismus der Gegenwart verkörpert. Wir haben auch noch die Deklarationen der kommunistischen und Arbeiterparteien von Moskau und Bukarest, die den Revisionismus als gegenwärtige Hauptgefahr klar beim Namen nannten. (Aber auch in diesen Deklarationen dürfen einige Mängel nicht übersehen werden.) Wir haben aber auch die alten Dokumente der KPD und auch der SED, von denen viele noch sehr brauchbar sind.

Die Marxisten-Leninisten der BRD müssen zur Offensive übergehen.

Bisher bestand für jeden Marxisten-Leninisten die revolutionäre Pflicht, konsequent die Positionen des Marxismus-Leninismus — seine Reinheit — gegen die Schlammschlacht des modernen Revisionismus zu verteidigen. Das wird auch in alle Zukunft notwendig sein. Genügt das aber?

Nein!

Es genügt nicht mehr, sich nur in endlosen Debatten mit eingefeihten Revisionisten oder korrupten Apparatschiks herumzuschlagen. Das hilft höchstens den Revisionisten, jeder Auseinandersetzung auf breiterer Front aus dem Wege zu gehen, die einzeln auftretenden Marxisten-Leninisten zu isolieren und sie unter Umständen noch durch rein pragmatische Arbeit zu

beschäftigen und sie so letzten Endes noch vor den revisionistischen Karren zu spannen.

Andererseits gilt es aber, sich vor Provokateuren, Abenteurern und getarnten Klassenfeinden zu schützen.

Revolutionäre Wachsamkeit ist erstes Gebot — darf aber nicht in engem, muffigem Mißtrauen enden.

Es genügt auf die Dauer nicht mehr, daß die einzeln auftretenden Marxisten-Leninisten sich darauf beschränken, isoliert zu bleiben. Auch die ersten kleineren Zusammenschlüsse zu örtlichen Gruppen werden in Zukunft nicht mehr ausreichen. Ebensovienig wird es in Zukunft genügen, sich nur auf die Herausgabe des einen oder anderen marxistisch-leninistischen Blättchens — wie es z. B. auch unsere „Spartakusbriefe“ darstellen — zu beschränken.

Was notwendig ist, das ist der Zusammenschluß von Marxisten-Leninisten zu örtlichen Gruppen, in denen der eine den anderen persönlich kennt.

Dieser Zusammenschluß muß sowohl innerhalb wie auch außerhalb unserer KPD erfolgen. Mögen die Revisionisten zetern und schreien. Mögen sie uns „Spalter“, „Fraktionsmacher“, „Chinesen“, „Abtuner“, „Dogmatiker“ oder „Sektierer“ nennen — wir wissen, wer die wirklichen Spalter sind und wer den Marxismus-Leninismus verraten hat. Uns ist die Partei kein Selbstzweck — und darf es nie werden. Nur eine mit der Theorie des Marxismus-Leninismus ausgerüstete Partei ist ein scharfes Schwert. Eine revisionistische Partei ist jedoch noch viel weniger wert als ein alter, abgetragener Hut.

Nur durch einen besseren organisatorischen Zusammenschluß kann

es uns gelingen, in die ideologische Offensive auf breiter Front überzugehen und den Revisionisten in- und außerhalb der Partei bedeutend geschlossener und wirkungsvoller entgegenzutreten.

Bei dieser Auseinandersetzung darf der Revisionismus in der DDR nicht geschont werden. Nur durch unsere konsequente und entschlossene Entlarvung des modernen Revisionismus in der DDR können wir auch den Revisionisten in der KPD entscheidende Schläge versetzen und unsere eigene revolutionäre Position stärken. Gleichzeitig leisten wir auf diese Art den Marxisten-Leninisten in der DDR die wirksamste Hilfe — verteidigen somit den Sozialismus in der DDR, der von der Ulbricht-Clique in der SED verraten wird.

Darüber hinaus gilt es insbesondere, die Lehren Mao Tse-tungs schöpferisch auf deutsche Verhältnisse — insbesondere auf die Verhältnisse in der BRD — anzuwenden. Es gibt genügend legale Möglichkeiten, sich mit den Lehren Mao Tse-tungs vertraut zu machen. Nutzen wir sie!

Dennoch wird all das nicht ausreichen, unsere Wirkungskraft entscheidend zu verstärken. Wir brauchen in der BRD ein großes überregionales Bindeglied, ein gemeinsames Forum. Das kann unter den Bedingungen der Illegalität nur eine überregionale Zeitung sein. Diese Zeitung muß entsprechend Lenins Rat unser kollektiver Propagandist, Agitator und nicht zuletzt Organisator werden. Dieses gemeinsame Sprachrohr muß es uns ermöglichen, in gründlicher und rückhaltloser, offener Sprache mit den Revisionisten abzurechnen und eine neue gemeinsame marxistisch-leninistische Plattform zu erarbeiten.

Dennoch wird all das nicht ausreichen, unsere Wirkungskraft entscheidend zu verstärken. Wir brauchen in der BRD ein großes überregionales Bindeglied, ein gemeinsames Forum. Das kann unter den Bedingungen der Illegalität nur eine überregionale Zeitung sein. Diese Zeitung muß entsprechend Lenins Rat unser kollektiver Propagandist, Agitator und nicht zuletzt Organisator werden. Dieses gemeinsame Sprachrohr muß es uns ermöglichen, in gründlicher und rückhaltloser, offener Sprache mit den Revisionisten abzurechnen und eine neue gemeinsame marxistisch-leninistische Plattform zu erarbeiten.

Auf dieser Grundlage aufbauend, wird es uns möglich werden, zu prüfen, ob unsere KPD noch zu retten ist.

Danach wird es uns möglich sein, auf dieser Grundlage eine entsprechende Strategie und davon abgeleitet eine entsprechende Taktik zu entwickeln.

Viel Zeit dürfen wir nicht verlieren. Gehen wir darum ans Werk und beschleunigen wir den ganzen Prozeß.

Kämpfen wir!

Kämpfen wir für die Reinheit des Marxismus-Leninismus!

Kämpfen wir für die schöpferische Anwendung der Lehren Mao Tse-tungs, des größten Marxisten-Leninisten der Gegenwart!

Verteidigen wir die DDR gegen Imperialismus und modernen Revisionismus!

Kämpfen wir für ein einheitliches sozialistisches Deutschland!

Kämpfen wir gegen den US-Imperialismus und seine treuesten Verbündeten und Statthalter in Europa — die deutschen Imperialisten!

Greifen wir die Imperialisten an ihrer Basis an, zerschlagen wir ihre 5. Kolonne in den Reihen der Arbeiterklasse — den modernen Revisionismus!

Betrachten wir uns als Teil der revolutionären Weltbewegung aller Völker und aller Länder — beweisen wir tatkräftige Solidarität besonders mit dem tapfer kämpfenden vietnamesischen Volk!

Kämpfen wir für organisatorischen Zusammenschluß und für unsere gemeinsame Zeitung!

Auf Kautskys und Togliattis Spuren

Wie die Programme anderer revisionistischer Parteien, gibt sich das Programm der KPD im vorliegenden Entwurf ohne weiteres als ein Programm des "italienischen bzw. französischen Weges", des "friedlichen Hinüberwachsens in den Sozialismus" zu erkennen. Von verschiedenen "grundlegenden demokratischen Reformen" ist in diesem Programm sehr viel, von Sozialismus selbst hingegen nur wenig die Rede. In dem entsprechenden Abschnitt II "Für die Umgestaltung der Bundesrepublik zu einem Staat der fortschrittlichen Demokratie und des Friedens" befassen sich von den sechs Unterabschnitten fünf mit Reformen, jedoch nur einer mit dem "Weg zum Sozialismus". Konkrete Anhaltspunkte über bloße Phrasen hinaus bietet dieser Unterabschnitt kaum. Konkret festgestellt wird lediglich, es würden "die Erfahrungen der demokratischen und sozialistischen Umgestaltung in der DDR von großem Nutzen sein" und es würde in einer zukünftigen sozialistischen Ordnung Westdeutschlands "das Parlament zu einem wirklichen Organ des Volkswillens werden, das auf dem Mehrparteiensystem (!) beruht".

Der Programmentwurf der KPD geht davon aus, daß "die Bedingungen für den friedlichen Weg der sozialistischen Revolution günstiger" werden, daß demnach ein Programm des "friedlichen Hinüberwachsens in den Sozialismus" wachsende Chancen hat. Diese Einschätzung wird im Unterabschnitt "Weg zum Sozialismus" so begründet: "Durch die grundlegende Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt, die weitere Schwächung des Imperialismus, die Festigung des sozialistischen Weltsystems, besonders durch die Stärkung des sozialistischen Staates auf deutschem Boden werden die Bedingungen für den friedlichen Weg der sozialistischen Revolution günstiger."

Nun hat sich allerdings seit der Großen Sozialistischen

Oktoberrevolution das Kräfteverhältnis zwischen den Kräften des Kapitalismus/Imperialismus einerseits und den Kräften des Sozialismus andererseits grundlegend verändert. Die Kräfte des Kapitalismus/Imperialismus nehmen ständig ab und nehmen noch weiterhin ab. Das heißt jedoch keineswegs, daß damit die Bedingungen für den "friedlichen Übergang" günstiger geworden sind. Der Genosse Mao-Tse-Tung sagt dazu: "Wie die Geschichte der Menschheit zeigt, führen stets die hart vor ihrem Untergang stehenden reaktionären Kräfte einen letzten Verzweiflungskampf gegen die revolutionären Kräfte" (Der Wendepunkt im Zweiten Weltkrieg).

Die historischen Ereignisse der letzten 20 Jahre haben diese Einschätzung vollauf bestätigt. Durch die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses werden die Imperialisten nicht "vernünftiger", die Bedingungen für ein "friedliches Hinüberwachen in den Sozialismus" keineswegs günstiger. Die Geschichte lehrt im Gegenteil, daß die Tendenz des Imperialismus, seine Probleme durch Krieg, Bürgerkrieg, Interventionen und konterrevolutionäre Staatsstreich zu lösen, zunimmt, je kritischer seine Lage wird. Je mehr die Imperialisten in die Enge getrieben werden, desto wahnwitziger gebärden sie sich.

Denken wir nur an die imperialistischen Interventionen in Laos und Südvietnam (eingeleitet von dem nach Lesart der Sowjetrevisionisten "vernünftigen" US-Präsidenten Kennedy!), in Griechenland, Santo Domingo, Libanon, Thailand, Korea, China, Kuwait. An den Indochina- und dann den Algerienkrieg des französischen Imperialismus. An die Suez-Krise, an den Überfall des letzten Sommers auf Syrien, Jordanien, und die VAR. An die vom CIA gesteuerten Konterrevolutionen in Guatemala, Bolivien, Iran, Griechenland, Indonesien und Ghana. An die gescheiterten Verschwörungen gegen Kambodscha, Guinea, Kongo-Brazzaville und gegen das sozialistische Kuba (ebenfalls unter dem Regime des "vernünftigen", "realistischen" Präsidenten John F. Kennedy!). Denken wir an die blutige Unterdrückung der amerikanischen Neger, der spanischen Arbeiter und Studenten. Erinnern wir uns daran, daß die französische Reaktion auf dem Höhepunkt der innenpolitischen Krise Panzer- und Armee-Einheiten in Marsch setzte, die

"Bürgermilizen" mobilisierte und sogar bei den faschistischen Horden der OAS Zuflucht nahm, um das französische Proletariat einzuschüchtern.

Angesichts dieser geschichtlichen Lehren, angesichts der Tatsachen unserer unmittelbaren Gegenwart, dienen alle Spekulationen über ein "friedliches Hinüberwachen in den Sozialismus" objektiv nur dazu, die Massen zu entwaffnen, Illusionen über ihre Lage zu nähren, sie widerstandslos in die Hand der Konterrevolution fallenzulassen - wie in Indonesien, wie in Griechenland, wie 1933 in Deutschland.

Die zweite "Säule", auf der das reformistische neue Programm der KPD ruht, ist die opportunistische Haltung gegenüber der Sozialdemokratie. Im Programmentwurf wird zwar ganz richtig festgestellt: "Das deutsche Großkapital spaltete Deutschland" und "das Großkapital beherrscht Gesellschaft und Staat". Jedoch vermissen wir einen Hinweis auf die historische Funktion der Sozialdemokratie im spätkapitalistischen System.

Die Sozialdemokratie ist seit Jahrzehnten - und Lenin hat das ausführlich begründet - eine Filiale der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung. Obwohl der Mitgliederstruktur nach "Arbeiterpartei", repräsentiert sie politisch bestimmte Teile des Bürgertums, besonders auch des Kleinbürgertums. Diese Schichten haben, solange sie gegen die halbfeudalistische Monarchie den Kampf um die bürgerliche Demokratie führen, auch einen revolutionären Aspekt, wie etwa die deutsche Sozialdemokratie des 19. Jh. Später sinken sie dann sehr rasch zum Anhängsel der Reaktion, zum verlängerten Arm der Konterrevolution herab: Die Menschewiki 1917, die SPD 1918 und in den folgenden Jahren.

Das Vertrauen breiter Massen in diese pseudosozialistischen Parteien (zu denen auch die "kommunistischen" Parteien in Ländern wie Italien oder Frankreich zu rechnen sind) und ihre Befangenheit in der kleinbürgerlich-reformistischen Ideologie sind eine der wichtigsten Grundlagen der monopolkapitalistischen Herrschaft. Denken wir daran, daß es die SPD war, die von der Reaktion nach 1918 aufgeboten wurde, um das Proletariat zu spalten, einen großen Teil der Arbeiterklasse irrezuführen und den Rest

brutal zusammenschießen zu lassen. Heute sind sozialdemokratische Minister z. B. in Westdeutschland und Italien (dort wenigstens bis vor kurzem) an der regierungsamtlichen Verwaltung der Interessen des Monopolkapitals beteiligt; in anderen Ländern, Skandinavien oder Großbritannien, regiert heute das Monopolkapital ausschließlich durch pseudosozialistische Parteien vom Schlage der britischen Labour Party.

Im Programmentwurf der KPD wird die Rolle der Sozialdemokratie historisch, gesellschaftlich und politisch isoliert betrachtet, als eine Art bedauerlicher Entgleisung gezielt verschleierte. Das geht so weit, daß an einer Stelle sogar die Rede davon ist, die Führung der Sozialdemokratie hätte nach 1945 "alle Lehren der Geschichte mißachtet". Als ob es wirklich nur das wäre! Im übrigen wird die verbrecherische Politik der Sozialdemokratie als das Ergebnis der Machenschaften einer Handvoll "rechter Führer" hingestellt. Aber historisch gesehen sind die Führer der Sozialdemokratie, wie wir oben zeigten, immer und notwendigerweise "rechts". Linke Führer hat es in der Sozialdemokratie, wenigstens seit der Entartung der II. Internationale, niemals gegeben; vom Standpunkt einer kommunistischen Partei aus ist es geradezu selbstmörderischer Unsinn, dem von der Sozialdemokratie verführten Teil der Arbeiterschaft zu erzählen, es könnte vielleicht in Zukunft auch einmal linke SPD-Führer geben. Genau diese Illusion hält letzten Endes den rechten Führern der SPD die Mitglieder bei der Stange.

Illusionen muß auch diese Erklärung erwecken: "Jede Regierung, die bereit ist, eine entschiedene Friedenspolitik zu führen, normale Beziehungen zur DDR aufzunehmen und die sozialen und demokratischen Forderungen des arbeitenden Volkes zu verwirklichen, kann mit der Unterstützung und Mitarbeit der KPD rechnen." Was soll denn das für eine Regierung sein, die bereit wäre, "die sozialen und demokratischen Forderungen des arbeitenden Volkes zu verwirklichen"? Etwa eine Regierung noch zu kürender "linker" SPD-Führer? Welche Klasse soll diese Politik durchführen? Die Arbeiterklasse oder die Bourgeoisie? Es wäre die Pflicht der KPD gewesen, klar zu sagen, daß nur eine sozialistische Regierung diese Politik tragen kann;

daß nur, wenn die Arbeiterklasse sich die Macht erobert, ihre sozialen und demokratischen Forderungen erfüllt werden können. Nach Ansicht der KPD jedoch kann eine solche Politik offenbar auch von einer fiktiven "links"-sozialdemokratischen Regierung durchgeführt werden, an der Kommunisten nicht einmal beteiligt sind. Woraus leitet dann die KPD ihre Daseinsberechtigung her?

Wie wir sehen, beruht das Programm des "friedlichen Hinüberwachsens in den Sozialismus" neben anderen auf zwei grundsätzlichen Illusionen: Illusionen über die Möglichkeiten des friedlichen Weges der sozialistischen Revolution, also Illusionen über die brutale und wehnwitzige Aggressivität des Spätkapitalismus. Illusionen aber auch über die Filiale des Monopolkapitals innerhalb der Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie. Illusionen über das System, unter dem wir leben, Illusionen über einen möglichen Ausweg.

Von einem der "Väter" des Revisionismus, dem Renegaten Kautsky, stammt der Satz: "Und das Ziel unseres Kampfes bleibt das gleiche, das es bisher gewesen: Eroberung der Staatsgewalt durch Gewinnung der Mehrheit im Parlament und Erhebung des Parlaments zum Herrn der Regierung". Im Programmentwurf der KPD finden wir dieses berühmte Zitat Kautskys kaum abgewandelt wieder: "Eine von der Arbeiterbewegung geführte breite außerparlamentarische Volksbewegung wird es als ihre Aufgabe betrachten müssen, eine fortschrittliche, sozialistische Mehrheit im Parlament zu erlangen. In einer sozialistischen Ordnung der Bundesrepublik wird das Parlament zu einem wirklichen Organ des Volkswillens werden, das auf dem Mehrparteiensystem beruht." Derselbe Mechanismus: zunächst soll durch Gewinnung einer Parlamentsmehrheit die Staatsgewalt erobert werden, anschließend wird das Parlament zum Herrn der Regierung ("zu einem wirklichen Organ des Volkswillens") umfunktionierte. Was Lenin damals über den Renegaten Kautsky sagte, trifft heute auf die Renegaten der KPD zu: "Nur Schufte oder Einfaltspinsel können glauben, das Proletariat müsse zuerst durch Abstimmungen, die unter dem Druck der Bourgeoisie, unter dem Joch der Lohnsklaverei vor sich gehen, die Mehrheit erobern und können erst dann die Macht ergrei-

fen. Das ist der Gipfel der Borniertheit oder Heuchelei, das hieße den Klassenkampf und die Revolution durch Abstimmungen unter Beibehaltung der alten Gesellschaftsordnung, unter der alten Staatsmacht, zu ersetzen". (Lenin: Gruß den italienischen, französischen und deutschen Kommunisten).

Heute sind angeblich "günstigere" Bedingungen für den "parlamentarischen Weg" entstanden; demnach sind die Theorien Lenins "nicht mehr anwendbar", demnach wäre heute richtig, was Lenin seinerzeit als Opportunismus kritisieren mußte. Aber derartige Behauptungen stehen, wie schon gesagt, mit den Tatsachen und historischen Erfahrungen nicht im Einklang. In seiner Schrift "Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky" betonte Lenin die Bedeutung der bürgerlichen Staatsmaschinerie (stehendes Heer, Polizeiapparat usw.) für die Frage des "friedlichen Überganges". Nun haben aber seither die kapitalistischen Staaten ihren Militär- und Polizeiapparat noch mehr aufgebläht, technisch perfektioniert, und wir haben eine große Zahl konterrevolutionärer Bürgerkriege erlebt. Jeder Versuch, das Parlament ernsthaft zur politischen Plattform, zum "wirklichen Organ des Volkswillens" zu machen, wird von den Reaktionen unweigerlich nach wie vor mit Wahlschwindel, Wahlrechtsmanipulationen, Parlamentsauflösung, Parteienverbot oder allseitiger konterrevolutionärer Aktivität beantwortet werden. Das Verhalten der modernen Revisionisten bleibt daher, was es auch "vor 30 Jahren" gewesen wäre, nämlich "waschechter, trivialster Opportunismus"!

In der gesamten Geschichte der Arbeiterbewegung ist noch keine sozialistische Regierung allein durch Abstimmungen, ohne bewaffneten Kampf, zur Macht gelangt. Die bisher einzige gewählte sozialistische Regierung, die des indischen Bundesstaates Kerala, wurde seinerzeit innerhalb weniger Monate von der reaktionären indischen Zentralregierung mit Waffengewalt "aufgelöst". Wo heute "Sozialisten" auf Grund von Abstimmungen regieren, dort nur als Kontoristen der Regierung, wie z. B. die britische Labour-Regierung. In Italien werden gegenwärtig einige größere Städte von "Kommunisten" regiert oder mitregiert. Das ändert jedoch absolut nichts an den

Macht- und Besitzverhältnissen in diesen Städten.

Die gesamte repressive Gesetzgebung bleibt bestehen; die "Kommunisten" haben nichts weiter zu tun, als diesen Schandgesetzen zur Durchführung zu verhelfen. In den Betrieben, an den Universitäten und Schulen regiert die Bourgeoisie, und die "kommunistischen" Bürgermeister, Senatoren und Stadträte sind nichts als Sachwalter der herrschenden Klasse, indem sie für den reibungslosen Produktionsablauf in diesen Institutionen die nötigen bürokratischen und administrativen Maßnahmen treffen. Da diese Menschen das Vertrauen breiter Teile der Arbeiterklasse genießen, sind sie für das Monopolkapital von besonderem Nutzen. Faktisch sind alle diese "kommunistischen" Platzhalter des Monopolkapitals nichts anderes als Sozialdemokraten, auch wenn sie sich noch einer pseudorevolutionären Terminologie bedienen, um das Vertrauen der Massen zu behalten.

Es ist wirklich kindisch und abgeschmackt, anzunehmen, man könne unter den Bedingungen der bürgerlichen Demokratie vom Parlament aus den Monopolkapitalismus kurzerhand wegreformieren, dem reaktionären Militär, das Bestandteil der bürgerlichen Unterdrückungsmaschine ist, "demokratische Führungskräfte" verpassen, die Jugend plötzlich "im Geiste des wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts" umerziehen lassen, die bürgerliche Lügenpresse einfach "enteignen" usw.

Lenin sagt zu dieser Frage klipp und klar: "Wenn der Staat das Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassegegensätze ist, wenn er eine über der Gesellschaft stehende und "sich ihr mehr und mehr entfremdende" Macht ist, so ist klar, daß die Befreiung der unterdrückten Klasse unmöglich ist, nicht nur ohne gewaltsame Revolution, sondern auch ohne Vernichtung des von der herrschenden Klasse geschaffenen Apparates der Staatsgewalt, in dem sich diese "Entfremdung" verkörpert" (Lenin: Staat und Revolution).

"Jeder Kommunist muß diese Wahrheit begreifen: Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen" (Mao-Tse-Tung, Probleme des Krieges und der Strategie).

Vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus ist absolut klar, daß allein durch Wahlen die Gesellschaft nicht zu verändern ist. Entscheidend ist nicht eine augenblickliche Parlamentsmehrheit, die von der herrschenden Klasse ohne weiteres liquidiert werden kann. Entscheidend ist stets die Frage der Macht: welche Klasse herrscht, besitzt die Produktionsmittel, hat die Staatsgewalt inne. Das ändert nichts daran, daß der Marxismus-Leninismus die Teilnahme an Wahlen im Prinzip befürwortet - aber nicht als Mittel zur Eroberung der Macht, sondern um "den rückständigen Massen zu beweisen, warum solche Parlamente es verdienen, auseinandergejagt zu werden". (Lenin, Linker Radikalismus)

Daß im vorliegenden Programmentwurf der KPD die Frage der Macht überhaupt nicht gestellt wird, geht schon aus dem umfangreichen Reformprogramm hervor, das die kümmerlichen Darlegungen über den "Weg zum Sozialismus" schier erdrückt. Welche Partei, welche Klasse soll diese Reformen verwirklichen? Abgesehen davon, daß es keine Partei gibt, die überhaupt Träger einer solchen Veränderung sein könnte, wären die Reformen, die Hand an die Positionen des Monopolkapitals zu legen wagten, augenblicklich von der Konterrevolution liquidiert.

Anscheinend sind sich die KPD-Revisionisten darüber auch durchaus im klaren. Im Abschnitt "Weg zum Sozialismus" heißt es: "Wir wissen..., daß das herrschende Großkapital seine Macht und seine Privilegien nicht freiwillig aufgeben wird, daß die Arbeiterklasse in ihm einem grausamen, erfahrenen und hochorganisierten Gegner gegenübersteht, der, wie die Geschichte beweist, vor nichts zurückschreckt, um seine Herrschaft zu erhalten." Dennoch kann nach Ansicht der KPD-Revisionisten das "friedliche Hinüberwachen" vollzogen werden: "Der friedliche Weg der sozialistischen Umwälzung hat ein solches Übergewicht der Kräfte auf Seiten der Arbeiterklasse und des Volkes zur Voraussetzung, das es der Reaktion unmöglich macht, gegen die demokratische Mehrheit des Volkes Gewalt anzuwenden."

In Wahrheit ist das jedoch keine Frage des "unmöglich"-machens. Die reaktionären Kräfte stemmen sich stets

mit allerletzter Kraft gegen ihren Untergang und werden ohne Zögern auch "gegen die demokratische Mehrheit des Volkes Gewalt anwenden." Wie groß soll denn die Mehrheit sein, die eine Konterrevolution von vorneherein unmöglich macht? Eine ganz andere Sache ist es, die aussichtslos zu machen. Das wird dann der Fall sein, wenn die Partei der Arbeiterklasse hinreichende erschiedene Vorbereitungen zur bewaffneten Machtergreifung getroffen hat. Die Konterrevolution wird sich auch angesichts der Aussichtslosigkeit nicht kampflös geschlagen geben, aber die bewaffnete Arbeiterklasse wird imstande sein, sie zu vernichten!!

Da die KPD-Führung zu den eifrigsten Nachbetern des jeweils "letzten Schreies" der Moskauer Revisionistenclique gehört, darf in ihrem Programmentwurf auch ein kräftiger Seitenhieb gegen China und andere nicht fehlen. Nach einigen Worten über Einheit und Geschlossenheit" und den "Geist des proletarischen Internationalismus" heißt es weiter im letzten Abschnitt des Programms (Entwurf):

"Die gemeinsame antiimperialistische Front wird heute von den Kräften geschwächt, die nicht bereit sind, den Kampf gegen die imperialistischen Aggressoren gemeinsam zu führen und die mit ihrem antisowjetischen und antileninistischen Kurs Spaltung in die Arbeiterbewegung tragen. Durch ihre abenteuerliche und nationalistische Politik diskreditieren sie die sozialistische Sache."

Das ist aber leider auch schon alles, was sie zu dieser Frage zu sagen haben. Da wird nicht bewiesen oder argumentiert, da wird nicht einmal offen gesagt, gegen wen man denn da eigentlich so giftig polemisiert. "Antisowjetisch", "antileninistisch", "abenteuerlich" und "nationalistisch" - das wird so hingesagt, ohne daß es in irgendeiner Weise auch nur ein wenig präzisiert würde. Als ob ein Kind einen Rosenkranz herunterbetet! Aber natürlich weiß man, daß hier in erster Linie China, die "Gruppe um Mao Tse-tung" gemeint ist. Und aus der revisionistischen Literatur lassen sich auch einige konkret erhobene Vorwürfe herausarbeiten.

Beispielsweise heißt es im Programm der KPD (Entwurf):

"Die gemeinsame antiimperialistische Front wird heute von den Kräften geschwächt, die nicht bereit sind, den Kampf gegen die imperialistischen Aggressoren gemeinsam zu führen..." Diesen Vorwurf hat der Ostberliner Professor Dr. Josef Schleifstein so präzisiert: "Der antiimperialistischen Sache, besonders dem Kampf gegen die amerikanische Aggression, ist dadurch außerordentlich geschadet worden, daß die Führer Chinas jede gemeinsame Aktion mit der Sowjetunion zur Hilfe für Vietnam abgelehnt haben. Sonst wäre allerdings die mörderische amerikanische Eskalation niemals möglich gewesen." (Marxistische Blätter 6/67)

Da haben wir nun allerdings ein konkretes "Argument"! Aber bekanntlich handelt es sich bei der sowjetischen Hilfe für Vietnam um materielle Lieferungen, z.B. Flugzeuge, Raketen, Flak-Waffen, Kraftfahrzeuge etc. Wenn die Sowjetunion diese Hilfe ausweiten will, so kann sie das jederzeit tun; wenn die Sowjetunion freiwillige Helfer nach Vietnam schicken will, z.B. Pioniere, Fachleute usw., so kann sie das ebenfalls tun. Die "gemeinsame Aktion" jedoch ist ein reines Phantom. "Gemeinsame Aktion" ist ein Schlagwort, mit dem man beliebig auffahren kann, mit dem sich alles beweisen läßt - man kann dann sogar ganz frech behaupten "gemeinsame Aktion" hätte die Eskalation verhindert.

Was hätte denn das für eine "Aktion" sein sollen? Eine gemeinsame militärische Aktion, unmittelbar nach den ersten Luftangriffen gegen die DRV im August 1964? Oder zu einem späteren Zeitpunkt? Aber Schleifstein erläutert im gleichen Atemzug: "Es gab stets Amateurstategen, die in solchen Situationen eifrig dabei sind, mit 'militärischen Lösungen' zu spielen, die das Risiko eines Weltkrieges unerhört vergrößern würden." - So also nicht! Wie aber dann?

Seit längerem propagiert die KPdSU ein Treffen aller kommunistischen Parteien, auf dem dann angeblich der Kampf gegen den Imperialismus koordiniert werden soll. Der Vorbereitung dieses Treffens diene das Budapester Konsultativtreffen im Februar/März 1968. Aber gerade die sozialistischen Länder, die im Kampf gegen den US-Imperialismus an vorderster Front stehen, die seinen ständi-

gen Kriegsprovokationen ausgesetzt sind, nämlich Vietnam, Cuba, Korea und China, waren auf dem Konsultativtreffen nicht vertreten. Das beweist klar, was diese Völker über den Wert der Budapester Konferenz denken.

Die KPD/SED-Revisionisten jedenfalls zogen es vor, das Fernbleiben der Chinesen, Vietnamesen, Cubaner und Koreaner sowie der meisten anderen kommunistischen Parteien Asiens lieber gar nicht erst zur Kenntnis zu nehmen. Es war auch gar zu peinlich, und eine logische Erklärung hätte man dem "Fußvolk", dem "einfachen" kommunistischen Parteigenossen, ohnehin nicht geben können. Tatsächlich zieht der US-Imperialismus aus der Konfusion im revisionistischen Lager, aus der Haltung der sowjetischen Führer einen gewissen Nutzen, selbstverständlich profitiert der US-Imperialismus von der "weltweiten Zusammenarbeit" mit den sowjetischen Führern. Dieser Zusammenarbeit, die soweit geht, daß man einer US-Militärmaschine mit 214 Soldaten für den Einsatz in Vietnam an Bord, die im Juni in sowjetisches Hoheitsgebiet eindrang und auf der Kurileninsel Iturup zur Landung gezwungen wurde, den Weiterflug zum Mordeinsatz nach Vietnam gestattete, nicht ohne vorher mit den GI's eine feucht-fröhliche Party zu feiern. Nicht ohne Grund wandten sich auch die US-Imperialisten, anlässlich der Aufbringung ihres Spionageschiffes "Pueblo" in Koreanischen Hoheitsgewässern, mit der Bitte um Vermittlung an die Moskauer Adresse.

Im Lauf der letzten Jahre wurden in Moskau eine ganze Reihe Politiker empfangen, die für den US-Imperialismus "vermitteln" wollten, z.B. der britische Premier Wilson, UN-Präsident U Thant, Tito, Indira Ghandi aus Indien und zahlreiche "Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens", darunter auch Abgesandte des Vatikans. Nach der israelischen Nahost-Aggression im Juni 1967 bereiste Tito im Auftrag der sowjetischen Führer die arabischen Staaten, um auch hier zu "vermitteln.". In der revisionistischen Presse Westdeutschlands wurde unlängst sogar die Parole "zwei, drei, viele Taschkents" ausgegeben, als Gegenparole zu den "zwei, drei, viele Vietnams" des Revolutionärs Che Guevara.

Was hat es denn mit diesen Taschkenter Gesprächen, um

die die Revisionisten so gewaltige Reklame machten, auf sich. Zwar haben diese Gespräche 1965 den Krieg zwischen Indien und Pakistan beilegen können, keineswegs aber haben sie vermocht, die Frage der Selbstbestimmung des Volkes von Kaschmir zu lösen. Objektiv haben die sowjetischen Führer, indem sie das leninsche Prinzip der gerechten und ungerechten Kriege verwarfen, dem aggressiven Hindu-Imperialismus Schützenhilfe geleistet.

Im "Geist von Taschkent" nun möchten die sowjetischen Führer am liebsten auch das "Vietnamproblem" gelöst sehen. Die propagierte "Lösung im Sinne der Genfer Abkommen" ist das konsequente Gegenstück des "Geist von Taschkent". Gerade das Genfer Abkommen von 1954 hat jedoch die gegenwärtigen Leiden des vietnamesischen Volkes hervorgerufen. Damals legte das vietnamesische Volk die Waffen nieder in der Hoffnung auf "freie Wahlen innerhalb von zwei Jahren". Aber in Wahrheit leitete die Diem-Clique nach 1956/57 die Verfolgung aller Sozialisten, Kommunisten und Patrioten ein. Die zunächst völlig schutzlosen Widerstandskämpfer mußten nun wieder ganz von vorn beginnen mit der Organisation lokaler Selbstverteidigungsverbände, und es dauerte immerhin acht Jahre, bis 1965, bis das Volk von Vietnam die Stellungen zurückgewonnen hatte, die 1954 um das Linsengericht leerer Versprechungen verkauft worden waren.

Heute, nachdem auch mehr als eine halbe Million US-Soldaten nicht imstande waren, diesen Freiheitskampf zu liquidieren, nachdem die Aggressoren mit dem Rücken an der Wand stehen, möchten sie das Spiel von 1954 wiederholen. Einigen Vertretern des amerikanischen Großkapitals, z. B. dem Kennedy-Clan, würde auch eine zeitweilige Beteiligung der FNL an einer "Koalitionsregierung" akzeptabel erscheinen. "Einzige" Bedingung: das Volk von Vietnam legt die Waffen nieder. Dann könnten sogar die Interventionstruppen zurückgezogen werden. Denn die Positionen des US-Imperialismus in Südvietnam wären innerhalb eines halben Jahres wiederherstellbar, während sich natürlich ein Partisanenkrieg nicht nach Belieben an- und abschalten läßt.

Es ist doch klar: ohne Volksarmee besäße das Volk Süd-

vietnam kein Stück Macht, auch wenn der FNL ein paar Ministersessel eingeräumt würden. Aber das ist genau der Weg, auf den die Führer der Sowjetunion und der USA das vietnamesische Volk bugsieren wollen, wenn jetzt das Genfer Abkommen aus dem Papierkorb geholt wird. Das ist genau der "Geist von Taschkent": Hauptsache Krieg zuende - Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit Nebensache!

Hier haben wir den Grund für das Fernbleiben gerade der Vietnamesen, Koreaner und Cubaner von dem Budapester Treffen. Die Völker, die täglich mit dem aggressivsten Imperialismus der Geschichte konfrontiert sind, wollen sich nicht "im Sinne des Genfer Abkommens", "im Geist von Taschkent" abservieren lassen. Sie wissen recht gut, daß die "gemeinsame Aktion", zu der man sie bewegen will, Kapitulation vor dem Imperialismus im Weltmaßstab ist.

Notwendig ist allerdings die unbedingte Einheit aller revolutionären Kräfte, die Koordination des weltweiten Kampfes gegen den Imperialismus gerade im Sinne des "zwei, drei, viele Vietnam"! Die Revisionisten jedoch, die jetzt offenbar entschlossen sind, ihr "antiimperialistisches Treffen noch in diesem Jahr stattfinden zu lassen - notfalls auch ohne die gegenwärtigen Opfer der imperialistischen Aggression - haben eine ganz andere "Einheit" im Auge.

Wenn man die Propaganda der KPD/SED in den letzten Monaten betrachtet (und die Äußerungen einiger ausländischer "Kommunisten"), so ergibt sich, daß man längst eine "Einheit" eigener Art hergestellt hat, und zwar mit Pazifisten, Pseudopazifisten, "aufgeschlossenen" Vertretern der katholischen Kirche, bürgerlichen "Intellektuellen" und sogar mit Vertretern des amerikanischen Großkapitals. Da wird freudig berichtet, ein führendes Mitglied des Kennedy-Clan habe die Einstellung der Bombenangriffe gegen die DRV gefordert, ein bekannter Pazifist sei "besorgt" über den Vietnam-Krieg und ein Abgeordneter der SPD halte Demonstrationen für legitim.

Jeder Marxist-Leninist weiß, welche Gefahr Pazifismus und Reformismus in der Arbeiterbewegung darstellen.

Aber die Revisionisten sind viel zu aufgeregt, daß wieder jemand ihr Spiel mitmacht, als daß sie ernsthaft eine Diskussion über Pazifismus und Reformismus eröffnen würden. Folge: Alleingelassen gerät besonders die Jugend, auch in der DDR, immer mehr unter den Einfluß von Pazifismus und Reformismus. Aber wie will man sich gegen diese Erscheinungen kleinbürgerlicher Denkweise abgrenzen, wenn bedenkenlos U Thant, Niemöller, Abendroth, bisweilen: gar de Gaulle und der Papst als "Friedenskämpfer" vorgestellt werden? Wenn sogar die reaktionärsten Institutionen unserer Epoche, dem Vatikan, im Programmentwurf der KPD "neue Tendenzen" untergejubelt werden, nur weil der Papst etwas Kritisches über gewisse "Entartungen des Kapitalismus" verlauten ließ?

Die katholische Kirche hat aus leicht einsichtigen Gründen dem Kapitalismus stets reserviert gegenübergestanden, da sie ihre ideologische Basis im Feudalismus, in den Millionenmassen ländlicher Analphabeten hat. Überdies ist der Vatikan, allen schönen "antikapitalistischen" Reden zum Trotz, einer der größten Konzernherren der Welt, der über Fabriken, Bergwerke und Minen sowie über einen ungeheuren Bodenbesitz verfügt. Die "neuen Tendenzen" sind wirklich ein glatter Hohn auf die unterbezahlten italienischen Arbeiter in den Fabriken des Vatikan, auf die lateinamerikanischen Indios, die unter den Bedingungen der Sklaverei in den Minen des Vatikan schufteten. Aber im Programm der KPD (Entwurf) ist die Erwähnung dieser "neuen Tendenzen" mehr als nur ein "peinlicher Zufall", ist sie ein Ausdruck einer völligen Abkehr von den revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus zugunsten der Ausöhnung mit Kapitalismus und Feudalismus. Äußerungen des Pazifismus und Reformismus sollen den Unterdrückten "beweisen", daß ihre Unterdrücker "vernünftiger" geworden, daß die Bedingungen für ein "friedliches Hinüberwachsen in den Sozialismus" günstiger geworden seien, da ja sogar de Gaulle, Niemöller, Indira Ghandi und der Papst schon halbe Sozialisten seien. Aber so einfach lassen sich natürlich die Unterdrückten nicht übers Ohr hauen. Die italienischen Arbeiter, die Indios, die vom Vatikan ausgebeutet werden, wissen recht gut, daß es in ihrem täglichen Leben auch nach den päpstlichen Enzykliken

keinerlei "neue Tendenzen" gegeben hat.

Von "Einheit" reden die Revisionisten gern. Das erinnert uns an einen Ausspruch Friedrich Engels, der vor fast hundert Jahren erklärte: "Man muß sich durch das Geschrei nach 'Einigung' nicht beirren lassen. Die dieses Wort am meisten im Munde führen, sind die größten Zwiethachtstifter..." Es sind "die größten Sektierer und die größten Krakeeler und Schurken in gewissen Momenten die lautesten Einigungsschreier." (Engels an A. Bebel, 20. 6. 1873)

Aber wie ist es wirklich mit ihrer "Einheit"? In den Jahren 1957-60 stellte die Sowjetunion ihre gesamte wirtschaftliche Hilfe an China ein, nachdem es zu politischen Differenzen gekommen war. Andererseits hat jedoch die Sowjetunion im Jahre 1967 verschiedenen reaktionären Regierungen solche Hilfe geleistet, z. B. an Indonesien, Iran, Brasilien, Indien, Kongo-Kinshasa usw. Die Sowjetunion hat Ende 1961 einseitig die Beziehungen zu Albanien abgebrochen, aber sie unterhält heute Beziehungen zu den USA, Westdeutschland, Indonesien, sogar zu den griechischen Faschisten. China wird in der sowjetischen Presse aufs übelste beschimpft; das ging so weit, daß bei uns die "Zeit" und die "Welt" Hetzartikel der "Prawda" und "Iswestija" genüßlich nachdrucken konnten. Motto: das ist sogar den Russen zuviel... Aber die reaktionäre Regierung Burmas wird in der DDR-Presse, in den Kommentaren des Deutschlandsenders stets als "revolutionär" verherrlicht, obwohl mehr als die Hälfte Burmas bereits in der Hand der Revolutionäre ist. Als der westdeutsche Bundeskanzler Kiesinger der "revolutionären" Regierung Burmas einen Besuch abstattete und dabei ein Reisanbaugebiet besichtigte, waren mehrere Kompanien im Einsatz, um das Gebiet zu "säubern" und "abzuschirmen". Als "antiimperialistisch" bezeichnete die revisionistische Presse die Herren der Kongo und Indonesiens, Mobuto und Nasution-Suharto, obwohl diese ihr Land Stück für Stück an das amerikanische Großkapital verkaufen. Alle Begriffe werden vollkommen auf den Kopf gestellt, Kommunistische Genossen sind "verbohrt" und "dogmatisch", der Papst hingegen "aufgeschlossen" und "um den Frieden besorgt". Indien ist "friedliebend" und "demokratisch", China hingegen "kriegslüstern" und

"arbeiterfeindlich". Die Gruppe um Mao Tse-tung ist "abenteurerlich", "antisowjetisch" und "chauvinistisch", der Kennedy-Clan hingegen "vernünftig", "um Ausgleich bemüht" usw.

Als Kossygin fast unmittelbar nach dem Überfall Israels auf die arabischen Staaten im Juni 1967 nach Glassboro eilte, um mit dem Mörder des vietnamesischen Volkes, Johnson, Geheimverhandlungen zu führen, war der Teufelspakt der neuen Einheit perfekt. Nicht nur die Kapitulation der arabischen Staaten vor dem israelischen Aggressor wurde beschlossen, sondern darüber hinaus in beiderseitiger Abstimmung der Interessensphären ein Komplott zur Einkreisung der Volksrepublik China ausgeheckt,

Die BILD-Zeitung schrieb damals: "Kossygin und Johnson in den Gesichtern der beiden Männer liegen die Sorgenfalten einer unruhigen Welt. Zwei Männer, zwei Machtblöcke ... aber die Welt hofft, daß sich die beiden Großen dieser Erde auf einen Kurs einigen: auf den Kurs eines dauerhaften Friedens ..." (26. 6. 67). Ein freundschaftlicher Händedruck mit dem Aggressor, ein Prosit auf den US-Imperialismus, das ist "friedliche Koexistenz" nach dem Herzen der Herren Springer und Konsorten.

Abstrakte "Einheit" ist nicht möglich. Es wäre vollkommen sinnlos, wenn sich jetzt die Marxisten-Leninisten mit den Verrätern des Marxismus-Leninismus an einen Tisch setzen, die Augen schließen und auf ein Wunder hoffen würden. Jeder Kommunist weiß, daß sich mit Renegaten vom Schlage eines Ruhnau, Schmidt, Wehner, Schiller usw. keine Einheit herstellen läßt, auch wenn man wochenlang mit ihnen konferieren würde. Ebenso wenig ist Einheit möglich mit jenen, die unbedingt aus der amerikanischen Aggression in Vietnam ein Problem machen wollen, aus der israelischen Aggression eine "beidseitig interessierende Frage", aus dem Dilemma des US-Imperialismus "die großen Fragen ... , vor denen unsere beiden Länder und die Welt stehen".

Es gäbe noch manches zum Programmwurf der KPD zu sagen, doch lassen wir es bei dem hier aufgezeigten bewenden. Fest steht, daß dieses Programm, vom Gei-

ste des Revisionismus geprägt, offener Verrat am Marxismus-Leninismus bedeutet, daß es das schandbarste Dokument ist, das bisher unter dem Namen KPD erschien. Die Verfasser dieser Arbeit haben weder das Recht im Namen Marx, Engels und Lenins, noch im Namen Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann zu sprechen.

Es ist an der Zeit, daß alle Marxisten-Leninisten Westdeutschlands sich sammeln, zusammenschließen und dem KPD-Programm der Kapitulation vor der Monopolbourgeoisie, das revolutionäre Programm einer marxistisch-leninistischen Partei entgegensetzen.

"Demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft"

Dies ist die überarbeitete Fassung eines Papiers, das wir zur Kritik der AMS/Spriakus herausgegeben hatten.

Damals war von der AMS ein umfangreiches Papier, betitelt "Studienmaterial Nr. 1", vorgelegt worden, das in konzentrierter Form die Thesen und Dogmen des modernen Revisionismus zusammenfaßt

Die Broschüre stellt zuerst die Frage des demokratischen Kampfes, die aber von den Genossen der AMS mit der Frage der von der DKP-Führung verfolgten "Strategie der demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft" durcheinandergebracht wird.

Beim demokratischen Kampf geht es darum, daß das Proletariat bei seinem Kampf zum Sturz der Kapitalistenherrschaft den Spielraum der bürgerlichen Demokratie ausnutzen und nach Möglichkeit erweitern muß. Wie Lenin sagt: "Die Demokratie ist im Befreiungskampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten von gewaltiger Bedeutung", denn "eine breitere, freiere, offenere Form des Klassenkampfes und der Klassenunterdrückung bedeutet für das Proletariat eine riesige Erleichterung im Kampf um die Aufhebung der Klassen überhaupt." (Staat und Revolution)

Die AMS scheint aber unter demokratischem Kampf etwas ganz anderes zu verstehen. Was bedeuten sonst folgende Aussagen: "Ob die Marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse demokratische Forderungen aufstellen und ein demokratisches Programm zur Grundlage ihrer Politik machen muß, hängt von den historischen konkreten, objektiven und subjektiven Bedingungen ab, unter denen die Arbeiterklasse kämpft." (S. 6 unten) und "Die Notwendigkeit des demokratischen Kampfes ergibt sich aus dem Charakter der historischen Situation, in der wir uns befinden." (S. 31)

Eben nicht! Die Kommunistische Partei wird grundsätzlich demokratische Forderungen aufstellen und unterstützen! Der demokratische Kampf ist grundsätzlich notwendig! Die Kommunistische Partei stellt grundsätzlich ein demokratisches Programm auf. Übrigens ist die Kommunistische Partei auch die einzige Partei, die ein demokratisches Programm aufstellt, weil allein das Proletariat von allen Klassen und Schichten der kapitalistischen Gesellschaft konsequent demokratisch ist.

Wenn die Genossen von der AMS behaupten, daß diese Fragen von der historischen Situation abhängen, so meinen sie offensichtlich mit "demokratischem Kampf" und "demokratischem Programm" etwas ganz anderes als die Kommunisten.

Uns scheint - wir hoffen ehrlich, das richtig zu interpretieren - daß AMS folgendes meint: daß unter gewissen Bedingungen der demokratische Kampf zur Hauptseite im Kampf der Arbeiterklasse werden kann, und daß die Kommunistische Partei unter gewissen Bedingungen Programme und Forderungen aufstellen muß, die völlig oder weitgehend im Rahmen der bürgerlichen Demokratie bleiben. Diese Interpretation entspricht dem weiteren Gedankengang der Broschüre.

Bei den Genossen von der AMS scheint ein ziemliches theoretisches Konfusus zu herrschen, wenn sie von der grundsätzlichen Frage des demokratischen Kampfes plötzlich zur spezielleren Frage der bürgerlich-demokratischen Revolution in Deutschland (1848) und Rußland (1905/1917) überspringen (S. 3) oder von der "demokratischen Erneuerung" ebenso unvermittelt wieder beim demokratischen Kampf landen (S. 31). Die "Strategie der demokratischen Erneuerung" läßt sich weder mit allgemeinen und ganz banalen Hinweisen auf "demokratischen Kampf" noch mit historischen Exkursen zur 48er bürgerlich-demokratischen Revolution belegen.

AMS entdeckt "neue Situation"

In der Broschüre heißt es: "Angeichts der Tatsache, daß sowohl für den Kampf gegen den Faschismus als auch für die erfolgreiche sozialistische Revolution die Aktionseinheit der Arbeiterklasse unabdingbare Voraussetzung ist und darüber hinaus das Bündnis der Arbeiterklasse mit anderen werktätigen Schichten angestrebt werden muß, kann es im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht Aufgabe der Kommunisten sein, den unmittelbaren Kampf für den Sozialismus zu propagieren. Notwendig ist vielmehr in der gegenwärtigen Etappe des Kampfes die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse

und des Bündnisses der Arbeiterklasse mit anderen antimonopolistischen Klassen und Schichten im demokratischen Kampf und der Kurs auf die demokratische Erneuerung, d. h. auf eine entscheidende Veränderung des Kräfteverhältnisses der Klassen zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Bündnispartner." (S. 34) Richtig ist, daß es ohne Aktionseinheit der Arbeiterklasse keine fortschrittlichen gesellschaftlichen Veränderungen geben wird. Falsch ist aber, daß die AMS ihre Hoffnungen darauf setzen will, "daß die SPD zu einer Partei wird, die im Bündnis mit den Kommunisten gegen die Monopole kämpft und sich dabei auf das Volk stützt".

Hätten die russischen Arbeiter darauf warten wollen, "daß die Menschewiki zu einer Partei werden, die im Bündnis mit den Bolschewiki gegen den Zarismus kämpft und sich dabei auf das Volk stützt" und davon überhaupt die Möglichkeit einer sozialen Revolution in Rußland abhängig gemacht, so hätte es nicht einmal die bürgerlich-demokratische Februar-Revolution gegeben. Es war im Gegenteil so, daß die Menschewiki zu einer Partei wurden, die im Bündnis mit der Konterrevolution gegen das Volk kämpfte. Genauso war es mit der SPD nach der bürgerlich-demokratischen Novemberrevolution 1918. AMS meint aber: "Eine SPD, die im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes handelt, kann auch über den demokratischen Kampf hinaus, im Kampf um den Sozialismus, ein wichtiger Bündnispartner der Kommunisten sein." Worin würde sich eine "SPD, die im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes handelt", noch von der Kommunistischen Partei unterscheiden? Und wozu braucht die Arbeiterklasse zwei Parteien, die im Grunde das Gleiche wollen? Die Erfahrung hat doch gelehrt, daß im Sozialismus für eine selbstständige Sozialdemokratische Partei kein Platz ist.

In das "Bündnis der Arbeiterklasse mit anderen werktätigen Klassen und Schichten" sind laut AMS-Papier und DKP-Grundsatzserklärung einzubeziehen: "die Bauern, die Intelligenz, das Kleinbürgertum und die nichtmonopolistische Bourgeoisie" (S. 39). Diese "Klassen und Schichten" sollen eine "Regierung der fortschrittlichen Kräfte, der Arbeiter und Angestellten, der Geistesschaffenden, der Bauern und des nichtmonopolistischen Bürgertums" bilden, die als "politische Herrschaft des Volkes" bezeichnet wird. (S. 32/33) Im AMS-Papier wird argumentiert: "Das neue an der Klassensituation, die Imperialismus und staatsmonopolistischer Kapitalismus erzeugen, ist, daß neben der Verschärfung des grundlegenden Klassengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit die Interessen aller

Klassen und Schichten in einen unversöhnlichen Gegensatz zur Monopolbourgeoisie geraten. Ein Teil von ihnen, wie die Bauern und Kleingewerbetätigen, werden durch den Konzentrationsprozess in Industrie und Landwirtschaft direkt in ihrer Existenz bedroht und können als Klasse langfristig nur in einer Gesellschaft überleben, in der die Arbeiterklasse die politische Macht hat. Mit ihnen kann die Arbeiterklasse dauerhaft ein Bündnis eingehen." Und von den "nichtmonopolistischen", d. h. kleinen und mittleren Kapitalisten, glauben die Genossen der AMS, sie könnten "zumindest im demokratischen Kampf Bündnispartner der Arbeiterklasse sein" (S. 38).

Anscheinend ist diese Situation so "neu", daß Lenin sie in seiner Imperialismus-Theorie nicht berücksichtigen konnte?

Lenin jedenfalls war der Meinung - und zwar gerade in der Auseinandersetzung mit dem Revisionisten Kautsky, der damals ähnliche Thesen vorbrachte wie heute DKP/AMS - : "Da zu den politischen Besonderheiten des Imperialismus die Reaktion auf der ganzen Linie sowie die Verstärkung der nationalen Unterdrückung in Verbindung mit dem Druck der Finanzoligarchie und mit der Beseitigung der freien Konkurrenz gehören, so tritt mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts in fast allen imperialistischen Ländern eine kleinbürgerlich-demokratische Opposition gegen den Imperialismus auf. Und der Bruch Kautskys und der weitverbreiteten internationalen Strömung des Kautskyanertums mit dem Marxismus besteht gerade darin, daß Kautsky es nicht nur unterlassen und nicht verstanden hat, dieser kleinbürgerlichen, reformistischen, ökonomisch von Grund aus reaktionären Opposition entgegenzutreten, sondern, im Gegenteil, sich praktisch mit ihr vereinigt hat." (Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus). Lenin stellte fest: "Das Proletariat kämpft für den revolutionären Sturz der imperialistischen Bourgeoisie, das Kleinbürgertum für eine reformistische "Vervollkommnung" des Imperialismus." (Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky). Lenin schätzte ein, daß mit den "schwankenden, unsicheren, unbeständigen Zwischenelementen, d. h. das Kleinbürgertum, die kleinbürgerliche Demokratie im Unterschied zur Bourgeoisie" ein "dauerhaftes Bündnis" ganz unmöglich ist (Der Linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus, Kap. X). Lenin war der Auffassung, daß die Arbeiterklasse jedes sich bietende Bündnis ausnützen, jede Opposition gegen die herrschende Gesellschaftsordnung unterstützen, vorübergehend jeden noch so schwankenden Bündnispartner akzeptieren müsse. Das war nur möglich, weil die rus-

sischen Kommunisten in der Arbeiterklasse unbedingte Klarheit über die Lage aller Klassen zueinander und den schwankenden Charakter der zeitweiligen Bündnispartner erarbeitet hatten. Eben das tut die DKP nicht, wenn sie von "alle fortschrittlichen Kräfte", "dauerhaftes Bündnis" spricht, Banalitäten über den "unversöhnlichen Gegensatz" der Kleinproduzenten zum Monopolkapital von sich gibt, aber darüber hinwegredet, wie die Frage der Kleinproduzenten im Sozialismus entschieden wird.

Es ist ja wohl ein schlechter Witz, wenn die Genossen von der AMS behaupten, die Kleinproduzenten "können als Klasse langfristig nur in einer Gesellschaft überleben, in der die Arbeiterklasse die politische Macht hat." (S. 38). Nein, Genossen! Die Kleinproduzenten können langfristig als Klasse überhaupt nicht überleben! Das gehört doch wohl zum ABC des Marxismus! Es ist doch gerade jetzt wieder am Beispiel der Klassenkämpfe in der VR Polen deutlich geworden, daß die Existenz einer Klasse kleiner Eigentümer (85% des bewirtschafteten Bodens im Besitz von Privathauern!) auf die Dauer mit der sozialistischen Gesellschaftsordnung unvereinbar ist und zu verheerenden Folgen führen muß. Lenin hat darauf hingewiesen, daß die Stärke der gestürzten Bourgeoisie "nicht nur in der Stärke des internationalen Kapitals ... sondern auch in der Macht der Gewohnheit, in der Stärke der Kleinproduktion" liegt, denn "die Kleinproduktion ... erzeugt unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie." (Linker Radikalismus, Kap. II). Lenin spricht hier vom Rußland des Jahres 1920, von der jungen Sowjetunion. Die langfristige Existenz der Kleinproduzenten "als Klasse" ist nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch eine Absurdität.

AMS will Kleinbürger-"Sozialismus"

Wie steht es unter diesen Umständen mit dem "dauerhaften Bündnis"? Die Genossen von der AMS haben ja Marx/Engels zur bürgerlich - demokratischen Revolution und Lenins "Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der Epoche der demokratischen Revolution" gelesen und und zitieren ausgiebig daraus, um teilweise haarsträubende Analogien zu ziehen. Sie sehen aber verschämt darüber hinweg, was Marx, Engels und Lenin zur Frage des "dauerhaften Bündnisses" gesagt haben. Marx und Engels stellten fest: "Die demokratischen Kleinbürger, weit entfernt, für die revolutionären Proletarier die ganze Gesellschaft umwälzen zu wollen, erstreben

eine Änderung der gesellschaftlichen Zustände, wodurch ihnen die bestehende Gesellschaft möglichst erträglich und bequem gemacht wird." Marx und Engels rieten den Arbeitern zur Unterstützung der bürgerlich - demokratischen Revolution, aber gleichzeitig zum "unverhohlenen Mißtrauen gegen die neue Regierung": "Sie müssen neben den neuen Regierungen zugleich eigene revolutionäre Arbeiterregierungen, sei es in der Form von Gemeindevorständen, Gemeinderäten, sei es durch Arbeiterclubs oder Arbeiterkomitees, errichten, sodaß die bürgerlichen demokratischen Regierungen nicht nur sogleich den Rückhalt an den Arbeitern verlieren, sondern sich von vornherein von Behörden bedroht und überwacht sehen, hinter denen die ganze Masse der Arbeiter steht. Mit einem Worte: vom ersten Augenblick des Sieges an muß sich das Mißtrauen nicht mehr gegen die besiegte reaktionäre Partei, sondern gegen ihre bisherigen Bundesgenossen, gegen die Partei richten, die den gemeinsamen Sieg allein ausnützen (für sich ausnützen) will. Um aber dieser Partei deren Verrat an den Arbeitern mit der ersten Stunde des Sieges anfangen wird, energisch und drohend entgegenzutreten zu können, müssen die Arbeiter bewaffnet und organisiert sein." (Marx und Engels, Ansprache der Zentralbehörde an den Bund, März 1850). Marx und Engels sprachen also für die Beteiligung der Arbeiter an der bürgerlich - demokratischen Revolution, wiesen aber auf die Notwendigkeit hin, daß sich die Arbeiter zugleich eigene politische und militärische Machtorgane schaffen. Von einem "dauerhaften Bündnis" war bei ihnen keine Rede, vielmehr von "Mißtrauen gegen ihre bisherigen Bundesgenossen." Die Geschichte hat gezeigt, daß allein auf diesem Weg die bürgerlich - demokratische in die sozialistische Revolution übergeleitet werden kann, nicht aber im "dauerhaften Bündnis" mit den Kleinbürgerlichen Demokraten.

Lenin war der Meinung: "Ein Sozialdemokrat darf den unvermeidlichen Klassenkampf des Proletariats für den Sozialismus gegen die Bourgeoisie und die Kleinbourgeoisie, mögen sie auch noch so demokratisch und republikanisch sein, nie und nimmer vergessen ... Daraus folgt, daß unser 'vereinnt schlagen' mit der Bourgeoisie zeitweiligen Charakter trägt, daß wir die Pflicht haben, auf den Verbündeten wie auf den Feind' scharf aufzupassen usw." (Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution)

Die Genossen von der AMS haben sich als Feinschmecker bei Marx, Engels und Lenin die "Rosinen" für ihren Einheits-Brei zusammengelesen, aber alles unterschlagen, was nicht in ihr Konzept mit

hinein paßte.

Hinweise auf ein "dauerhaftes Bündnis" der Arbeiterklasse mit den Kleinproduzenten wird man bei Marx, Engels und Lenin nicht finden. Und liegt denn die Annahme so fern, daß die seltsame These vom "Überleben" der Kleinbürger "als Klasse" sich einfach daraus erklärt, daß sich die kleinbürgerlichen Genossen von der AMS einen "Sozialismus" wünschen, in dem sie als Kleinbürger "überleben" können? Nein, sondern das ist die natürlichste Erklärung.

"Politische Herrschaft des Volkes" im Rahmen der bürgerlichen Demokratie?

DKP/AMS propagieren aber noch über ein bloßes "dauerhaftes Bündnis" hinaus eine regelrechte "Regierung der fortschrittlichen Kräfte, der Arbeiter und Angestellten, der Geistesschaffenden, der Bauern und des nichtmonopolistischen Bürgertums" (DKP-Grundsatzerklärung)

Den Kampf für eine derartige Regierung will die DKP der westdeutschen Arbeiterbewegung als verbindliche Strategie aufnötigen. Es stellt sich zunächst die Frage nach dem Klassencharakter einer solchen Regierung. Sie ist laut AMS "nicht gleichzusetzen mit der Diktatur des Proletariats" (S. 33 oben), ist aber auch kein "besonderes demokratisches Zwischenstadium" zwischen Diktatur der Bourgeoisie und Diktatur des Proletariats (S. 11 unten). Wenn weder Diktatur des Proletariats noch Zwischenstadium, was dann? AMS nennt es "die politische Herrschaft des Volkes" (S. 33), meint aber zugleich, diese Regierung würde sich "völlig im Rahmen der bürgerlichen Demokratie" bewegen (S. 11 unten). Das ist seltsam genug. Aber mehr noch: "Die DKP erstrebt diese Umgestaltung auf der Basis der im Grundgesetz verkündigten demokratischen Prinzipien und Rechte" (Grundsatzklärung der DKP). Falls wir nicht annehmen wollen, daß "die politische Herrschaft des Volkes" eine Form der Diktatur der Bourgeoisie sein soll, (was noch verwirrender wäre!) so ist sie eben doch ein gedachtes "Zwischenstadium" zwischen Diktatur der Bourgeoisie und Diktatur des Proletariats. Es ist aber auch klar, warum die Genossen nicht zugeben wollen, daß sie an ein "Zwischenstadium" denken. Sie haben ein schlechtes Gewissen, weil sie ja bei Dimitroff gelesen haben: "... Die Rechtsopportunisten aber versuchten, ein besonderes 'demokratisches Zwischenstadium' zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats herzustellen, um in der Arbei-

terklasse die Illusion eines friedlichen parlamentarischen Spazierganges aus der einen Diktatur in die andere zu wecken..." (Rede Dimitroffs auf dem VII. Kongress der KOMINTERN, August 1935). Ja eben, und was uns DKP/AMS als "Strategie" aufdrängen wollen, ist gerade ein solcher "parlamentarischer Spaziergang". Das "Volk" soll zuerst per Stimmzettel für eine "veränderte Zusammensetzung des Parlaments" sorgen. Danach sorgt dann eine "Regierung der fortschrittlichen Kräfte" für die "Umwandlung" des Parlaments "aus einem Herrschaftsinstrument des Großkapitals in ein Organ der Volksinteressen" (DKP-Grundsatzklärung). DKP/AMS sehen gerade über die Faktoren weg, die schon Marx und Engels als unabdingbare Voraussetzungen für die Führung der Arbeiterklasse in der bürgerlich-demokratischen Revolution ansahen: Die bewaffnete Macht der Arbeiterklasse (Arbeitermiliz, Rote Garden) und die selbstständige politische Macht der Arbeiterklasse (Sowjets, Räte). Man mag sich einmal überlegen, was aus der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution in Rußland geworden wäre ohne die bewaffnete Macht der Arbeiterklasse, ohne eigene Machtorgane der Arbeiterklasse. Es ist doch ganz klar, daß nicht einmal die bürgerliche Republik sich hätte behaupten können, sondern von der Konterrevolution erdrückt worden wäre. Erst recht hätte nicht innerhalb weniger Monate die proletarische, sozialistische Revolution folgen können.

Marx und Engels gegen die "roten" Kleinbürger

Man muß die Behauptungen der AMS über das "dauerhafte Bündnis" der Arbeiterklasse mit den Kleinproduzenten, über das "Überleben" der Kleinproduzenten "als Klasse" und ihr Hinwegreden über den Klassencharakter der "Regierung der fortschrittlichen Kräfte" im Zusammenhang sehen. Man muß weiterhin beachten, daß sie über die eigenen Machtorgane der Arbeiterklasse als Voraussetzung der Führung der Arbeiterklasse in der bürgerlich-demokratischen Revolution kein Wort verlieren und stattdessen aus dem bürgerlichen Parlament ein "Organ der Volksinteressen" machen wollen. Es wird dann klar, daß es sich um die Ideologie radikalisierten Kleinbürger handelt, die sich den lästigen Druck der imperialistischen (monopolistischen) Bourgeoisie vom Hals schaffen wollen, aber selbst natürlich "als Klasse überleben" wollen. Weil sie realistisch genug sind, zu merken, daß sie sich nur mit Hilfe der Arbeiterklasse die imperialistische Bourgeoisie vom Hals schaffen können, biedern sie sich den Arbeitern an und hoffen, daß die Arbeiter mit ihnen ein "dauerhaftes Bündnis" eingehen. Es ist genau, wie

Marx und Engels nach der 48er Revolution feststellten: "Im gegenwärtigen Augenblick, wo die demokratischen Kleinbürger überall unterdrückt sind, predigen sie dem Proletariat im allgemeinen Einigung und Versöhnung, sie bieten ihm die Hand und streben nach der Herstellung einer großen Oppositionspartei, die alle Schattierungen in der demokratischen Partei umfaßt, das heißt sie streben danach, die Arbeiter in eine Parteiorganisation zu verwickeln, in der die allgemein sozial-demokratischen Phrasen vorherrschend sind, hinter welchen ihre besonderen Interessen sich verstecken, und in der die bestimmten Forderungen des Proletariats um des lieben Friedens willen nicht vorgebracht werden dürfen." (Ansprache der Zentralbehörde an den Bund, März 1850). Im selben Zusammenhang sprachen Marx und Engels auch von den "republikanischen Kleinbürgern . . . , die sich jetzt rot (!) und sozialdemokratisch nennen, weil sie den frommen Wunsch hegen, den Druck des großen Kapitals auf das kleine, des großen Bourgeois auf den Kleinbürger abzuschaffen. . . . Es versteht sich übrigens, daß der veränderte Name dieser Partei gegenüber den Arbeitern nicht das mindeste ändert, sondern bloß beweist, daß sie nun gegen die mit dem Absolutismus vereinigte Bourgeoise Front machen und sich aufs Proletariat stützen muß."

Für das Kleinbürgertum wäre es natürlich ideal, wenn sie "langfristig als Klasse überleben" könnten. Ihr Pech ist, daß die Arbeiter das nicht akzeptieren werden. "Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoise, um ihre Existenz als Mittelklasse vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, denn sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sind sie revolutionär, so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Übergang ins Proletariat, so verteidigen sie nicht ihre gegenwärtigen, sondern ihre zukünftigen Interessen, so verlassen sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen." (Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, 1848).

Die "Volksfront" in der Geschichte

AMS stellt kategorisch fest, es könne in der BRD "nicht Aufgabe der Kommunisten sein, den unmittelbaren Kampf für den Sozialismus zu propagieren" (S. 34), sondern erst müsse jetzt "Kurs auf die demokratische Erneuerung" (S. 34) und die "Regierung der fortschrittlichen Kräfte" (S. 32) genommen werden. Diese "Strategie" erklärt AMS

für verbindlich und begründet das mit angeblichen Beschlüssen des VII. Kongreß der KOMINTERN zur "Volksfrontpolitik".

Genossen von der AMS, die Dimitroff-Rede ist doch wohl bei Euch Pflichtlektüre? Der Genosse Dimitroff hat aus der "Volksfront" kein Dogma gemacht - wie ihr es gegenwärtig tut! - sondern sagte damals unmißverständlich: "Möglicherweise (!) wird die Einheitsfrontregierung in einer Reihe (!) von Ländern sich als eine (!) der wichtigsten Übergangsformen erweisen" und "Wir ziehen in Betracht (!), daß eine solche Lage eintreten kann (!), wo die Bildung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront nicht nur möglich, sondern auch im Interesse des Proletariats notwendig sein wird." Dimitroff war also weit davon entfernt, die "Volksfront"-Strategie für alle kapitalistischen Länder für verbindlich zu erklären.

Außerdem meinte Dimitroff: "Die endgültige Rettung kann diese Regierung nicht bringen. Sie ist nicht imstande, die Klassenherrschaft der Ausbeuter zu stürzen und kann daher auch die Gefahr der faschistischen Konterrevolution nicht endgültig beseitigen. Folglich muß man sich zur sozialistischen Revolution vorbereiten. Die Rettung wird einzig und allein die Sowjetmacht bringen!"

Aber was machen die Genossen von der AMS daraus? Sie meinen, diese "Regierung der fortschrittlichen Kräfte" würde "grundlegende demokratische Umgestaltungen gegen die Monopole durchsetzen", "die Einschränkung und schließlich Überwindung der Macht der Monopole" (also letzten Endes doch Sturz der Klassenherrschaft der Ausbeuter?), "die Überführung der Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in öffentliches Eigentum" (S. 33). Dimitroff war also der Meinung, diese Regierung könnte nicht die Klassenherrschaft der Imperialisten stürzen, während AMS diese Regierung ganz kühn als "politische Herrschaft des Volkes" bezeichnet (S. 33). Genossen, ihr könnt euch nicht auf Dimitroff berufen! Diesen Mist müßt ihr schon auf eure eigne Kappe nehmen!

Gegenüber dem Versuch der DKP/AMS, den "Kurs auf eine Regierung der fortschrittlichen Kräfte" für verbindlich zu erklären - unter Berufung auf Dimitroff! - sei an den Schluß der Dimitroff-Rede erinnert, wo er sagte: "Wir sind Feinde jedes Schematismus. Wir wollen die konkrete Lage in jedem Moment und an jedem gegebenen Ort berücksichtigen und nicht überall nach einer bestimmten Schablone handeln, wir wollen nicht vergessen, daß unter verschiedenen Bedingungen die Stellungnahme der Kommunisten nicht die gleiche sein kann."

Der ganze Dogmatismus der Genossen von der AMS wird

darin sichtbar, daß sie zwar die theoretische Konzeption der "Volksfront" einigermaßen richtig wiedergeben (durchaus nicht völlig richtig, wie wir sahen!), aber nicht den leisesten Gedanken an die praktischen Erfahrungen verschwenden.

In Frankreich legte noch vor dem VII. Kongreß der KOMINTERN die Parteikonferenz der PCF (23.-25. Juni 34 in Ivry) fest, Frankreich stünde "nicht vor einer Wahl zwischen Kommunismus und Faschismus, sondern vor der Entscheidung zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie". Einen Monat später, am 27. Juli 34, schloß die Führung der PCF ein "Einheitsfrontabkommen" mit den Sozialdemokraten ab. Am 30. Mai 35 wurde auf die Initiative der Führung der PCF eine "Volksfront" gebildet, an der PCF, Sozialdemokraten, Radikale Partei, Radikalsozialistische Partei und Republikanisch - Sozialistische Partei beteiligt waren. Im Januar 36 stellte die "Volksfront" ihr Programm auf: Verbot der faschistischen Organisationen, politische Amnestie, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Reform der Einkommenssteuer, Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und staatlich Aufsicht über die Bank von Frankreich.

Bei den Wahlen April/Mai 36 gewann die Front Populaire 375 von 610 Mandaten, darunter die PCF 72.

Die aus diesen Wahlen zustandekommene "Volksfront-Regierung" des Sozialdemokraten Léon Blum (an der die PCF nicht beteiligt war) führte zunächst eine Reihe scheinbarer Zugeständnisse durch, wie Lohnerhöhungen, Zulassung der Gewerkschaften in den Betrieben, Einführung der 40-Stunden-Woche und Verbot einiger paramilitärischer faschistischer Organisationen. Danach verkündeten sie eine "Atempause", d.h. den Stopp weiterer Reformen. Außerdem weigerte sich die "Volksfront"-Regierung, der kämpfenden Spanischen Republik irgendeine Form von Unterstützung zu gewähren!

Im Juni 37 wurde Blum durch Chautemps vom rechten Flügel der "Radikalsozialisten" (Kleinbürgerpartei) abgelöst. Nach einem nochmaligen Zwischenspiel Blums (März 38) hob die Französische Bourgeoisie schließlich Daladier in den Sattel, der laut Regierungserklärung dem "Volksfrontprogramm treu ergeben" war. Das bewies die Regierung Daladiers sogleich durch die "Notverordnungen" vom Mai 38, die dem werktätigen Volk Steuererhöhungen, steigende Lebenshaltungskosten und die Abschaffung der 40-Stunden-Woche bescherte.

In Spanien kam auf Initiative der Führung der Spanischen KP ein "Volksfront-Abkommen" im Januar 36 zustande, woran die KP, die Sozialistische Arbeiterpartei, zwei republikanische Parteien, der Allgemeine Gewerkschaftsbund und kleinere regionale Parteien beteiligt waren.

Die "Volksfront" forderte: Amnestie, Demokratisierung der Armee, Landverteilung, Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten, Senkung von Steuern und Pachtsätzen und Lohnerhöhungen. Die Wahlen vom Februar 36 gewann die "Volksfront" mit 268 Sitzen (Republikaner 158, Sozialisten 88 und Kommunisten 88) gegen 205 Sitze der Rechtsparteien. Die Republikaner bildeten die Regierung. Sie führten kleinere soziale Verbesserungen ein und begannen eine zaghafte Agrar-Reform, ließen aber vor allem die reaktionären Kräfte und die faschistischen Banden ungeschoren, zum Verhängnis der bürgerlich-demokratischen Republik. Am 18. Juli 36 begann der Putsch faschistischer Truppen, der im März 39 mit dem Einmarsch der Franko-Truppen in Madrid sein Ende fand. Die kleinbürgerliche "Volksfront"-Regierung brachte es während des fast dreijährigen Bürgerkriegs nicht einmal fertig, entschlossen mit den faschistischen Banden in den republikanischen Städten ("5. Kolonne") Schluß zu machen, die ganz offen Sabotage betrieben und die anrückenden faschistischen Truppen durch Militärrupte unterstützten.

In Chile proklamierten im Juni 1932 pro-US-Kreise der Bourgeoisie eine "Sozialistische Republik" (!) und gaben Erklärungen ab, in denen sie versprachen, ein staatliches Außenhandelsmonopol (!) einzuführen und "Chile vom Joch des internationalen und nationalen Kapitals zu befreien" (gemeint war: Zurückdrängung des englischen zugunsten des US-Kapitals!). Diese Regierung brach zwei Wochen später an ihren inneren Widersprüchen auseinander. Es folgte eine Zeit verschärfter Reaktion. Die KP Chiles wurde verboten. Die Verschärfung der Klassenkämpfe in Chile führte schließlich zum Austritt der Radikalen Partei und der Demokratischen Partei aus der Regierung.

Am 26. März 1936 wurde eine "Volksfront" aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Radikaler Partei und Gewerkschaften gebildet. Bei den Präsidentschaftswahlen 1938 erhielt der Kandidat der "Volksfront" Cerda (Radikale Partei), die meisten Stimmen. Er versprach: "Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten, Beschränkung der Macht der Monopole, Bodenreform, Verbesserung der Sozial- und Arbeitsgesetzgebung sowie des Bildungssystems, Verteidigung des Friedens und Festigung der Unabhängigkeit des Landes. 1941 zerbrach die Volksfront, Ohne ihre Ziele auch nur annähernd verwirklicht zu haben.

Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung mit der "Volksfront"-Politik sind demnach keineswegs so, daß es zulässig wäre, daraus eine verbindliche "Strategie" abzu-

leiten. Die Erfahrungen bewiesen im Grunde nur, was schon Marx und Engels feststellten, daß nämlich ohne selbstständige politische und militärische Macht der Arbeiterklasse nicht einmal bürgerlich-demokratische Umgestaltungen Bestand haben können. Anfänglich bei dem radikal-reformistischen Teil des Kleinbürgertums und der "Arbeiteraristokratie" liegend (Sozialdemokraten) ging die Führung der "Volksfront" schließlich an die versöhnlerischen, pseudo-reformistischen Schichten des Kleinbürgertums und der kleinen Bourgeoisie über. Das Kleinbürgertum erwies sich als völlig unzuverlässiger Verbündeter der Arbeiterklasse. Die Etikettierung dieser Koalition als "Volksfront" - wie sie auch von den kommunistischen Parteien vorgenommen wurde - erwies sich als bloße Demagogie.

Die "Zurückdrängung der Macht der Monopole",

Der AMS dient die unreflektierte "Volksfront"-Konzeption dazu, sich möglichst unbemerkt am Imperialismus und an der Frage der politischen Macht vorbeizumogeln.

DKP/AMS wissen natürlich recht gut: "Eine solche Regierung kann noch nicht die sozialistische Umwälzung durchführen, dazu ist die politische Herrschaft der Arbeiterklasse notwendig" (Grundsatzerklärung der DKP). Aber: wie erobert denn die Arbeiterklasse die politische Macht?

Lenin sagte einmal über einen der "geistigen Väter" des Revisionismus, Kautsky: "Alle Ausflüchte, Sophismen, betrügerischen Fälschungen braucht Kautsky gerade, um über die gewaltsame Revolution hinwegzureden, um seine Verleugnung der Revolution, seinen Übergang auf die Seite der liberalen Arbeiterpolitik, d. h. auf die Seite der Bourgeoisie, zu verhüllen. Hier liegt der Hund begraben." (Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky)

In der Tat! Natürlich ist es unter der Kapitalistenherrschaft, Fortbestehen des KPD-Verbots usw. nicht einfach, die Grundsätze des Marxismus-Leninismus auch bezüglich der proletarischen Revolution zu propagieren. Aber gerade darauf kommt es an!

Die Revisionisten sind so in ihre eigenen Ausflüchte und Herumredereien verstrickt, daß sie bereits schlichtweg dummes Zeug reden und sich selbst widersprechen.

Sie behaupten, mit ihrer "demokratischen Erneuerung" eine "Herrschaft des Volkes" zu errichten, die indessen "völlig im Rahmen der bürgerlichen Demokratie" bleiben soll. Verstehe das wer will! Die Kommunisten waren bisher der Meinung, daß die bürgerliche Demokratie eine Form der Herrschaft der Kapitalistenklasse, und nicht

der "Herrschaft des Volkes" ist.

Die Revisionisten behaupten sogar, mit ihrer seltsamen "Herrschaft des Volkes" eine "Einschränkung und schließlich Überwindung der Macht der Monopole" erreichen zu können. Wer soll das machen? Die JUSOs vielleicht, wenn die DKP-Führung ihnen gut zuredet? Es ist doch offenbar, daß jeder ersatzunehmende Angriff auf die ökonomische und politische Macht der Kapitalistenklasse keineswegs "im Rahmen der bürgerlichen Demokratie" vor sich gehen kann, sondern nur durch verschiedene Maßnahmen zur Unterdrückung und Niederhaltung der Kapitalisten und der reaktionären Elemente im Staatsapparat, Bundeswehr, Polizei usw.

Die Formel von der "Zurückdrängung der Macht der Monopole" macht klar, was sich die Revisionisten so vorstellen. Sie machen aus dem Klassenkampf, aus dem Kampf um die Macht im Staat ein läppisches Tauziehen, dessen Spielregeln überdies von der "bürgerlichen Demokratie", von der bürgerlichen Verfassung bestimmt werden. Ein bißchen Schubsen, ein bißchen drängeln, schon kippen die Kapitalisten?...

Wer von der "Überwindung der Macht der Monopole" spricht, aber verschweigt, was das bedeutet, nämlich nicht ein paar JUSO-"Reformen", sondern tatsächlich Kampf um die Macht im Staat - wer darüber wegschwätzt, handelt nach unserer Auffassung im höchsten Maß verantwortungslos.

Revolutionäre Propaganda ist zur Zeit nicht einfach. Aber das gibt keinem das Recht, der Arbeiterklasse einen Weg in die Sackgasse zu weisen - am Ende noch mit dem "schlauren" Hintergedanken: "Die Arbeiter werden dann schon merken, daß es auf dem friedlichen Weg und mit Reformen gar nicht geht..." Dafür wäre nämlich der Preis zu hoch!

Die bewaffnete Arbeiterklasse

ist der beste Garant für einen

möglichen "friedlichen Übergang"

Wie wir sahen schenken Marx und Engels der Frage der Arbeiterklasse in der bürgerlich-demokratischen Revolution große Aufmerksamkeit. Und Lenin schätzte ein, ein Sieg über den Zarismus werde eben eine Diktatur sein, d. h., er wird sich unvermeidlich auf militärische Gewalt, auf die Bewaffnung der Massen, auf den Aufstand stützen müssen, nicht aber auf diese oder jene, auf "legalem, "friedlichem Wege" geschaffte Einrichtungen." (Zwei Taktiken). Erstens könne nur so die

Reaktion niedergehalten werden und zweitens könne nur so dem Verrat der zeitweiligen Verbündeten der Arbeiterklasse ein Riegel vorgeschoben werden. In diesem Sinne ist die bewaffnete Arbeiterklasse der beste Garant für einen möglichen "friedlichen Übergang". Seit Lenin gilt der Grundsatz: wir streben den unblutigsten Weg an, aber wir bereiten uns auf die Möglichkeit vor, daß die Kapitalisten ihre Herrschaft mit Gewalt verteidigen.

Die Genossen von der AMS hätten eine relativ gute Position, wenn sie es einfach dabei beließen, oder wenn sie sich darauf zurückziehen würden, daß diese Frage überhaupt nicht offen diskutiert werden kann (KPD-Verbot). Sie müssen aber unbedingt ihre Eselsohren zeigen, indem sie zusätzlich behaupten, "die Möglichkeiten für eine friedliche Entwicklung der Revolution" seien "heute, wo sich der Imperialismus auf Weltebene in der Defensive befindet, gewachsen". Das ist offenkundig grober Unfug. Je mehr die Imperialisten in die Defensive gedrängt werden, umso abenteuerlicher und unberechenbarer werden ihre Handlungen. Das zeigen auch die tatsächlichen Erfahrungen: Griechenland, Indonesien, Vietnam, Kambodscha, Dominikanische Republik usw. usf.

Woran liegt es wohl, daß trotz "wachsender Möglichkeiten" kein einziges Beispiel für den "friedlichen Übergang zum Sozialismus" vorliegt, wohl aber in wachsender Zahl Beispiele für die "wachsende" Brutalität der Imperialisten? Das liegt einfach daran, daß sich die Imperialisten um das "Kräfteverhältnis in der Welt" einen Dreck scheren. Wäre es nach dem Kräfteverhältnis gegangen, so hätte der deutsche Faschismus nicht die Sowjetunion angegriffen, und der US-Imperialismus hätte die Finger von Südostasien gelassen. Es ist einfach blödsinnig, anzunehmen, eine untergehende Klasse würde sich auf Grund des Kräfteverhältnisses mit ihrem Untergang abfinden. Darum hat auch die DKP Unrecht, die in ihrer Grundsatzerklärung der "sozialistischen und antimonopolistischen Volksbewegung" rät, diesolle "die Kraft erlangen, um die Reaktion an der Anwendung von Gewalt zu hindern". Das ist Augenwischerei. Die Imperialisten werde auf jede Veränderung des Kräfteverhältnisses zu ihren Ungunsten mit Gewalt antworten. Und selbst ein ungünstiges Kräfteverhältnis wird die Imperialisten nicht hindern, sich auf äußerste Abenteuer einzulassen, um ihren Untergang abzuwenden.

Gegenüber den Spekulationen auf "friedlichen Übergang zum Sozialismus" und eine "demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft" halten es die Kommunisten mit Lenin: "Jetzt kann man nicht mehr davon sprechen, daß man die kapitalistische Gesellschaft, die Hunderte Milliarden Rubel für den Krieg ausgegeben hat, durch Reformen ummodelln könne. Kann man nicht davon spre-

chen, daß amn die Gesellschaft ohne eine revolutionäre Staatsmacht, ohne Gewalt ohne riesige Erschütterungen umgestalten könne! Wer so redet und denkt, sinkt zur völligen Bedeutungslosigkeit herab." (Rede in einer Festsitzung des Moskauer Sowjets, 6. März 1920, Werke Bd. 30, S. 417).

Fehleinschätzung in der Beurteilung der Möglichkeiten des "friedlichen Übergangs" sind nur geeignet, die Arbeiterklasse in katastrophale Niederlagen hineinzutreiben. So war es in Griechenland. Mitglieder der revisionistischen KP Griechenlands prahlten vor dem faschistischen Staatsstreich: "Die KP Griechenlands stellte fest, daß der Übergang zunächst zu demokratischen und dann zu sozialistischen Umgestaltungen auf friedlichen Wege möglich ist. Diese Politik befügelte (?) die demokratische Bewegung, rüstete (?) die Partei zum Kampf für den Sturz der Karamanlis-Regierung und die Entwicklung des Landes auf dem Wege der Demokratisierung (?), entwaffnete (?) ideologisch die reaktionären Kräfte, die unsere Partei, unter Bezugnahme auf den Bürgerkrieg, verleumderisch als Unruhestifter im Lande bezeichneten, förderte (?) wirksam (?) den Kampf zur Wiederherstellung der Demokratie." (zitiert aus dem Artikel "Griechenland im Kampf um die Demokratie", in: PROBLEME DES FRIEDENS UND DES SOZIALISMUS, Prag, Januar 1966).

Der weitere Fortgang der Ereignisse ist bekannt. Das Beispiel zeigt, wohin es führen würde, wenn wir anfangen würden, vor den Realitäten die Augen zu verschließen, nur damit die Kapitalisten uns nicht als "Unruhestifter" verleumden können. Die Rederei vom "friedlichen Übergang" ist nichts anderes als eine Beschönigung des Kapitalismus, die letzten Endes zu abenteuerlichen Schlussfolgerungen und katastrophalen Niederlagen führen muß. Lenin sagte zu Recht: "Der Imperialismus... d.h. der monopolistische Kapitalismus, der erst im 20. Jahrhundert seine volle Reife erlangt hat, zeichnet sich infolge seiner grundlegenden ökonomischen Eigenschaften durch eine sehr geringe Friedens- und Freiheitsliebe und durch eine sehr große, überall zu verzeichnende Entwicklung des Militarismus aus. Das bei der Beurteilung, inwieweit eine friedliche oder gewaltsame Umwälzung typisch oder wahrscheinlich ist, nicht bemerken" heißt, zu einem ganz alltäglichen Lakaien der Bourgeoisie herabzusinken.

(Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky)

Aufgabe der Kommunisten muß sein, unter Ausnutzung des Spielraums der bürgerlichen Legalität bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein von der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze zu schaffen. Der "friedliche Möglichkeit" ist eine sehr geringe Möglichkeit,

die nicht außer Acht gelassen werden darf, sondern nach Möglichkeit zu erreichen ist - ohne aber diese Möglichkeit zu überschätzen und sie der weiteren Strategie zugrunde zu legen. Gegenwärtig sind die Illusionen über Möglichkeiten eines "friedlichen Überganges" (Wandel durch Veränderung usw.) ungleich größer und gefährlicher bei den Arbeitern als mögliche Überschätzung einer nichtfriedlichen Entwicklung. Daher muß gegen diese Illusionen vor allem die politische Arbeit geleistet werden.

Politik der ganz kleinen Schrittdchen

Die "Strategie der demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft" entlarvt sich als Politik der ganz kleinen Schrittdchen, als Hoffnung auf Reförmchen, die dann in der Summe plötzlich sich zur gesellschaftlichen "Erneuerung" addieren sollen.

Sehr klar brachte das der DKP-Vorsitzende Kurt Bachmann auf dem Essener Parteitag im April 69 zum Ausdruck: "Der Kampf um die demokratische Erneuerung beginnt jetzt und heute im Wirken für einzelne politische und soziale Forderungen." Und er sagte, an welche Forderungen er da denkt: eine europäische Sicherheitskonferenz (heute hätte er natürlich die Verträge von Moskau und Warschau an erster Stelle genannt!), die Anerkennung der DDR, Verbot der NPD, Aufhebung des KPD-Verbots, Unterstützung der gewerkschaftlichen "Mitbestimmungs"-Forderung, aktive (?) Lohn- und Gehaltspolitik.

Was ist los mit den Verträgen?

Die Revisionisten sind zu einer langfristigen, von Grundsätzen ausgehenden Politik weder bereit noch fähig. Von Augenblicks-Überlegungen geleitet, erheben sie bald diese und bald jene "zentrale Forderung" und versprechen, daß dann "die Arbeitsplätze gesichert" sind, "der Frieden erhalten" bleibt, usw. So war es jahrelang mit der Forderung nach Anerkennung der DM, die jetzt von den Verträgen und der "Sicherheitskonferenz" auf den dritten Platz verdrängt wurde.

Ihre ganze "demokratische Erneuerung" entlarvt sich als reformistische Schaumschlägerei, wenn es z. B. in einem Flugblatt des Landesvorstandes Schleswig-

Holstein der DKP vom 16. Januar heißt: "Frieden, Sicherheit und niedrige Lebenshaltungskosten, das sind Wünsche der Bevölkerung 1971." Die Verwirklichung dieser Wünsche hängt in erster Linie von der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau ab. Dauerhafter Frieden in Europa ist nur über die völkerrechtliche Anerkennung der DDR möglich. Die Inkraftsetzung der Verträge bringt Frieden und Sicherheit durch gutnachbarliche Beziehungen, bringen Rüstungsabbau und damit wirtschaftliches Wachstum."

Und dieses Flugblatt wurde ausgerechnet bei einer großen Demonstration gegen eine neofaschistische Versammlung verteilt! Die Verfasser des Flugblatts scheinen die faschistische Gefahr nicht sehr ernst zu nehmen.

Was sagen die Kommunisten zu den Verträgen?

Nach unserer Einschätzung entsprechen die Verträge der gesamten expansiven Wirtschafts- und Außenpolitik des westdeutschen Imperialismus. Das Ziel der Imperialisten ist im Wesentlichen das Gleiche wie früher: Aufsplitterung der Front der sozialistischen Staaten, Isolierung der DDR. Heute kommt in erhöhtem Maß die Jagd nach neuen Absatzmärkten und Rohstoffgebieten dazu.

Natürlich sollen die sozialistischen Länder mit den Kapitalisten Handel treiben. Aber die DKP-Führung sollte aufhören, sich als public relations-Büro des sowjetischen Außenhandels zu gebärden.

Da heißt es z. B. in der DKP-Werbeschrift "Die fünf großen Vorteile des Moskauer Vertrages" u. a. "Der Moskauer Vertrag öffnet den Zugang zum krisenfreien sozialistischen Weltmarkt, zu einem Ozean des Absatzes." Für wen soll das ein "Vorteil" sein? Für die Arbeiter, belehrt uns die DKP-Führung weiter in ihrer Werbeschrift. Denn wenn der westdeutsche Imperialismus "Zugang zum krisenfreien sozialistischen Weltmarkt" erhält, dann bekommen die Kapitalisten mehr Aufträge und machen mehr Profit. Und dann haben die Arbeiter endlich sichere Arbeitsplätze und kriegen mehr Lohn. So ist der Kapitalismus halt: Jeder hat eine Chance. ... Tatsächlich haben nun ein paar besonders stupide Leute ein Liedchen gemacht, das die DKP sogar auf ihren Veranstaltungen singen läßt, und da heißt es allen Ernstes: "Sind die Verträge erst Gesetze, sichern sie uns Arbeitsplätze..." So weit also ist der Unfug mit den Verträgen schon gediehen.

Diese ganze DKP-These läuft auf eine uralte Lüge der Kapitalisten hinaus: daß nämlich alles, was für den Kapitalisten von Vorteil ist, auch den Arbeitern Vorteil bringt, oder anders ausgedrückt: je voller

und reicher der Tisch der Kapitalisten gedeckt ist, umso mehr Krümel werden auch für die Arbeiter abfallen.

Daß diese Lüge von Leuten aufgewärmt wird, die sich für Kommunisten halten, ist nicht ohne Witz.

Aber wie ist denn die Realität? Kann es im Kapitalismus "sichere Arbeitsplätze" geben? Kann der Kapitalismus seinen eigenen Krisen überwinden, wenn man ihm "Zugang zum krisenfreien sozialistischen Weltmarkt" gewährt? Führen steigende Profite zu steigenden Löhnen?

Natürlich nicht. Es gibt im Kapitalismus keine "soziale Sicherheit", und wenn noch soviel Verträge unterzeichnet werden und wenn die Kapitalisten noch soviel "Zugang" in die sozialistischen Länder erhalten. Es gibt keinen "dauerhaften Frieden", trotz aller Verträge.

Nehmen wir das Beispiel des "Osthandels". Die Revisionisten behaupten, daß mit Hilfe des "Osthandels" die Kapitalisten alle ihre Probleme lösen könnten - und die Probleme der Arbeiter gleich mit.

Aber Tatsache ist, daß ein großer Teil des "Osthandels" und der verschiedenen Kooperations-Verträge zuerst einmal über langfristige Kredite, Waren-Vorauslieferungen o.ä. abgewickelt werden. Was glaubt die DKP-Führung, wo die Kapitalisten die Mittel für diese gesteigerten Investitionen hernehmen werden? Selbstverständlich werden sie aus der verschärften Ausbeutung der Arbeiter, Senkung des Real-Lohns usw. herausgezogen werden.

Weiter. Die Entwicklung der Beziehungen führt auch dazu, daß die Kapitalisten Teile ihrer Produktion in sozialistische Länder verlagern. z. B. werden in der VR Polen Waren für den westdeutschen Markt: "in Lizenz" hergestellt (d. h. nach westdeutschen Mustern). Ebenso werden in die VR Polen Rohstoffe (z. B. für Textilien) von den westdeutschen Kapitalisten geliefert, dort verarbeitet und nach Westdeutschland geliefert. z. B. lassen AEG-Telefunken und Grundig Plattenspieler und Tonbandgeräte in Polen produzieren.

Was das langfristig für die "Sicherheit des Arbeitsplatzes" bei uns bedeutet, ist klar. Ein weiteres Beispiel: der Handel mit Arbeitskräften. Einige hunderttausende jugoslawische Arbeiterinnen und Arbeiter sind bereits bei uns beschäftigt. Die westdeutschen Imperialisten hoffen indessen, Arbeitskräfte auch aus anderen Ländern beziehen zu können, wie etwa CSSR, VR Polen u. a. Es ist zu bedenken, daß z. B. die VR Polen mit 200 000 Arbeitslosen nicht nur einen "Ozean des Absatzes" bildet, sondern auch eine Reihe konkreter Probleme hat, von denen sich die Kapitalisten eine reiche Ernte erhoffen.

Die wirtschaftliche Expansion des Imperialismus geht stets auf Kosten der Arbeiter auch des eigenen Landes, statt ihnen "sichere Arbeitsplätze" und "höhere Löhne" zu bringen. Der "Osthandel" macht da keine Ausnahme!

Wir haben das Beispiel der Verträge von Moskau und Warschau aufgenommen, um zu zeigen, mit welchen Maßstäben von den Revisionisten bestimmt wird, was für sie "im Mittelpunkt" ihrer ganzen politischen Arbeit steht.

Bedenkenlos wird den Arbeitern das Blaue vom Himmel heruntergelogen, was sie alles nach Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau erwarten dürfen: höhere Löhne, sichere Arbeitsplätze, "Frieden und Entspannung" usw. usw.

Zugunsten des Rummels um die Verträge von Moskau und Warschau muß sogar der immer notwendiger werdende entschiedene Kampf gegen den Abbau unserer politischen Rechte, gegen die faschistische Gefahr, zurücktreten. "Der Feind steht rechts", murmeln die Revisionisten. Ja, aber das tut er immer. Die gegenwärtige wachsende faschistische Gefahr und Abbau der bürgerlichen Demokratie wird durch solche Phrasen geradezu verharmlost.

Keiner läßt sich gern einen Reformisten oder Revisionisten nennen, und das macht es der AMS verteuert schwer, in dieser Frage unbefangen zu diskutieren. Es stimmt eben nicht, wenn die Genossen in ihrem Papier schreiben: "Für die Reformisten haben dagegen Reformen genau das entgegengesetzte Ziel" (wie für die Kommunisten), nämlich die Aktivität der Massen zu verhindern, die Massen durch scheinbare Zugeständnisse zu beschwichtigen und sie vom Klassenkampf abzuhalten." (S. 43). Was AMS da schreibt trifft genau auf die SPD-Spitze zu, also waschechte und bewußte Lakaien der Kapitalistenklasse wie Schiller, der den Kapitalismus laut SPIEGEL-Interview "mit Zähnen und Klauen verteidigen" will. Dagegen haben ja die Reformisten den "ehrlichen, guten Willen", die kapitalistische Gesellschaft zu verändern oder sogar durch eine sozialistische Gesellschaft zu ersetzen (bzw. durch pervertierte Modelle eines "demokratischen Sozialismus", des "jugoslawischen Modells" u.ä.). Nur wollen sie diese Veränderungen "friedlich und demokratisch" auf dem Wege von Reformen, statt durch den revolutionären Sturz der Kapitalistenklasse!

In diesem Sinn ist auch das DKP-Schema der "demokratischen Erneuerung" zutiefst reformistisch,

well es seine "Strategie" auf die Durchsetzbarkeit von Reformen "im Rahmen der bürgerlichen Demokratie" aufbaut, sogar die "Macht der Monopole" "im Rahmen der bürgerlichen Demokratie" "zurückdrängen" (richtiger : Zurückdrängeln !) und "schließlich überwinden" will. Auf diese Weise soll sich der DKP zufolge die Arbeiterklasse an die sozialistische Revolution anschleichen, ohne daß weder sie selbst, noch die Kapitalisten etwas merken.

VR POLEN

KRISE DES REVISIONISMUS

Gegen die Wirtschaftspolitik der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) kam es zwischen 14. und 20. Dezember zu machtvollen Aktionen der Arbeiterklasse in den nordpolnischen Städten Gdansk, Gdynia, Szczecin und Eblag. Die polnische Staats- und Parteiführung sahen sich zum Rücktritt veranlaßt.

Die Ereignisse haben - wie der neue Erste Sekretär des ZK der PVAP, Edward Giersek, erklärte - "scharfe gesellschaftspolitische Konflikte" in der VR Polen sichtbar gemacht. Worin bestehen diese Konflikte und wo liegt ihre Ursache?

Unmittelbarer Anlaß für die Aktionen der Arbeiter waren krasse Preiserhöhungen, insbesondere eine Erhöhung der Lebensmittelpreise um durchschnittlich 19%.

Während die Industrie der VR Polen mit Riesen - schritten voranging und die VR Polen heute an zehn-

ter Stelle unter den Industrie-Nationen der Welt steht, vertiefte sich immer mehr die Krise der polnischen Landwirtschaft. Die Ursache dafür ist vor allem in der verfehlten Politik der Führung der PVAP zu sehen.

Durch das Dekret über die bürgerlich-demokratische Bodenreform (Verteilung adliger Güter und Großgrundbesitz) vom 6. September 1944 wurden über 200 000 neue Bauernwirtschaften mit einer Fläche von weniger als 2 ha neu geschaffen. Derartig kleine Bauernwirtschaften sind heute nicht mehr rentabel zu bearbeiten. Der Kapitalismus "löst" dieses Problem auf seine Art, indem er die kleinen Bauern gnadenlos ruiniert. Dagegen bedeutet sozialistische Landwirtschaftspolitik, daß die kommunistische Partei die Bauern von der Notwendigkeit genossenschaftlicher Zusammenschlüsse überzeugt.

In der VR Polen jedoch unterblieb nach 1945 jeder Versuch in dieser Richtung. Während schon im Dezember 45 die Verstaatlichung der Groß- und Mittelbetriebe des Bergbaus und der Energiewirtschaft, der Eisen- und Metallhütten in Angriff genommen wurde, war die politisch-ideologische Überzeugungsarbeit der Partei in der Bauernschaft äußerst schwach. Das war einer der Gründe für die Absetzung des damaligen Ersten Sekretärs Gomulka und die Ausschaltung seiner Fraktion im Dezember 1948.

Nach Ausschaltung der Gomulka-Gruppe begann die PVAP, das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen zu entwickeln.

Der Anteil des gesamten sozialistischen Sektors (Genossenschaften + Staatsgüter) an der landwirtschaftlichen Nutzfläche wuchs rasch von 12% im Jahr 1950 auf über 20% im Jahr 1956. Damit war eine fortschrittliche und effektive Entwicklung der polnischen Landwirtschaft eingeleitet. Dennoch litt - begründet in den Fehlern während der 1. Gomulka-Ära - die polnische Wirtschaft immer noch stark unter dem krass unterschiedlichen Entwicklungstempo von Industrie und Landwirtschaft und der Vernachlässigung der politisch-ideologischen Arbeit unter der Bauernschaft.

"Entstalinisierung"

Begünstigt durch das nach dem Tode Stalins (März 53) und dem XX. Parteitag der KPdSU (Februar 56) entstandene Klima der politisch-ideologischen Aufweichung und

des schrittweisen Zurückweichens vorm Klassenfeind bahnte sich die Rückkehr der Gomulka-Gruppe an die Macht an.

Ende April 56 wurden nacheinander der Minister für die Staatsgüter, der Justizminister, der Kulturminister, der Außenminister, der Minister für Öffentliche Dienste und der Bergbau-Minister abgesetzt und vor allem der Justiz-Apparat einer umfassenden "Säuberung" unterzogen. Anhänger der Gomulka-Gruppe und konterrevolutionäre Elemente, die sich an diese Gruppe anhängten, drangen im gesamten öffentlichen Leben der VR Polen vor. Im Mai 56 mußte der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats, Jakub Bermann zurück, der von der Gomulka-Gruppe als "Stalinist" und Hauptgegner ihrer revisionistischen Vorstellungen angesehen wurde.

Ende Juni kam es dann zu den Ereignissen von Poznan. Zur Unterstreichung von Lohnforderungen demonstrierten die Arbeiter der Lokomotivfabrik Cegielski. Bei Zusammenstößen der Arbeiter mit Polizei und Militär wurden 53 Menschen getötet und mehr als 300 verletzt.

Die Ereignisse von Poznan unterschieden sich jedoch grundsätzlich von den Aktionen der Arbeiter im Dezember 70. Die Cegielski-Werke waren vor dem Krieg in Polen führend im Bereich der Sozialpolitik und des vergleichsweise hohen Lebensstandards ihrer Arbeiter. Reaktionäre und nationalistische Vorstellungen waren unter den Arbeitern von Poznan stark verbreitet. Die Revolte der Arbeiter von Poznan war so in erster Linie auf die Verteidigung von Privilegien gerichtet.

Der "neue Kurs"

Die Ereignisse von Poznan stärkten die revisionistische Fraktion innerhalb der PVAP bei den scharfen innerparteilichen Auseinandersetzungen.

Das 8. Plenum des ZK der PVAP im Oktober 56 brachte Gomulka, sowie seine Parteigänger Spychalski, Kliszko und Loga-Sowinski zurück ins ZK. Gomulka wurde erneut Erster Sekretär der PVAP.

In seiner Rede vom 8. Plenum verkündete Gomulka: "Es ist nötig, binnen kurzem alle schlechten Teile unseres Modells des Sozialismus durch bessere Ersatzteile zu ersetzen."

Der "neue Kurs" wirkte sich zunächst vor allem auf die Landwirtschaft aus. Innerhalb eines halben Jahres wurden über 75% der landwirtschaftlichen Genossenschaften aufgelöst. Der sozialistische Sektor der

Landwirtschaft, 1956 noch über 20%, betrug 1957 nur noch 15%.

Die Folgen für die polnische Landwirtschaft im besonderen wie auch für die Wirtschaft im allgemeinen waren verheerend. Schon im November 1960 stellte die Zeitschrift "Woprosy Ekonomiki" fest: "Das übermäßige Zurückbleiben des sozialistischen Umbaus auf dem Lande hinter der Umwandlung in der Stadt wirkt sich nachteilig auf den Vorgang des sozialistischen Aufbaus aus. ... Jeder Versuch, die Gründung bäuerlicher Produktionsgenossenschaften hinauszuschieben, ... schadet der Sache des sozialistischen Aufbaus." Konkrete Taten in dieser Richtung unterblieben jedoch.

Gomulka mußte im November 1962 feststellen, daß die landwirtschaftliche Produktion um 7,8% gegenüber 1961 gesunken war. Vor allem fehlte es an Futtermitteln, da die pflanzliche Produktion sogar um 13% gesunken war.

Die Wirtschaftskrise wurde noch verschärft durch die ungünstige Struktur des polnischen Außenhandels mit den kapitalistischen Ländern, der zu 50% aus landwirtschaftlichen Produkten bestand. Während die VR Polen Fleisch und Geflügel in die kapitalistischen Länder exportiert, ist sie zum Import von Futtermitteln gezwungen, und zwar zu einem sehr ungünstigen Preisniveau. Gomulka erklärte damals, die VR Polen hätte durch Preissenkungen auf dem Weltmarkt in den Jahren 1958-61 rund 450 Mio. Dollar verloren. Auf dem 12. Plenum des ZK der PVAP Ende Februar 1963 erklärte Gomulka, die polnische Landwirtschaft sei "das schwächste Glied der Volkswirtschaft". Es sei an der Zeit, "die immer gefährlicher werdende Parzellierung der landwirtschaftlichen Ländereien zum Stillstand zu bringen". Gleichzeitig erklärte Gomulka aber, die "Zeit für einen grundsätzlichen Umbau der Landwirtschaft" sei "noch nicht reif".

Zunächst schaffte sich die Regierung durch Gesetz vom 29. Juni 1963 die Grundlage zur zwangsweisen Auflösung von Bauernwirtschaften unter 4 ha, die damals über 50% der Bauernwirtschaften ausmachten. Dieses Gesetz stärkte aber langfristig nur die Konzentration des privaten Bodenbesitzes und damit die Großbauernwirtschaft. Schon 1956 waren das Erbrecht und das Recht zum Verkauf von Grund und Boden wieder eingeführt worden. 1966 gab die polnische Nachrichtenagentur PAP bekannt, durch Verkauf staatseigenen Landes an Privatbauern seien 20 000 landwirtschaftliche Großbetriebe errichtet worden, darunter Höfenbetriebe, Viehzuchtbetriebe und Gemüseanbaubetriebe. Auch die Errichtung landwirtschaftlicher "Zirkel"

stärkte die Großbauern. In diesen Zirkeln, die 1966 fast 40% der Bauern umfaßten, und die den Bauern-Arbeitsgemeinschaften in den kapitalistischen Ländern ähnlich sind (also nichts mit Produktionsgenossenschaften zu tun haben), setzen sich langfristig die Großbauern durch, die über mehr finanzielle Mittel verfügen und allein in der Lage sind, auf ihren großen Ländereien Maschinen effektiv einzusetzen.

Gegenwärtig ist die Lage so, daß rund 3,6 Mio. privater Bauernwirtschaften - meist Familienbetriebe - über 85% der Anbaufläche bewirtschaften (=81,6% der agrarischen Marktproduktion), 13,5% sind Staatsgüter und nur 1,3% des Bodens gehören Genossenschaften. Etwa die Hälfte der Anbaufläche zerfällt in Kleinwirtschaften unter 7 ha.

UMFASSENDE KRISE

Die permanente Krise der polnischen Landwirtschaft schlägt auf die gesamte polnische Wirtschaft um. Der Zwang zum Import landwirtschaftlicher Produkte verschlechtert die Außenhandelsbilanz der VR Polen. Der Mangel an Futtermitteln führt zum Rückgang der Viehhaltung und schwächt damit die Ernährungsgrundlage der Bevölkerung. Während der private Handel im Zunehmen ist, gibt es auch einen "Schwarzen Markt", auf dem die Großbauern knappe Agrarprodukte zu hohen Preisen anbieten. Die Abwanderung der Landjugend in die Städte hat zu einer Arbeitslosigkeit von 300 000 Menschen und einer Überalterung der Landbevölkerung geführt.

Die krassen Preiserhöhungen vom Dezember waren der Versuch, die Krise kurzerhand auf die Arbeiterklasse abzuwenden, statt gemeinsam mit den Arbeitern Wege zu ihrer Behebung zu suchen. Derartige "Lösungsversuche" auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung machen deutlich, wie weit sich die Bürokratie der PVAP von den Massen isoliert hat. Daher ist all ein die Führung der PVAP für die Ereignisse verantwortlich, nicht aber angebliche "Emotionen" der Arbeiter, wie Gierek behauptete.

Die Krise der polnischen Landwirtschaft kann nur durch die Bodenkonzentration, durch den Übergang zur Großproduktion gelöst werden. Dafür gibt es zwei Wege, nämlich den sozialistischen (Stärkung des bäuerlichen Genossenschaftswesens) und den kapitalistischen (wachsende Konzentration des Bodens bei den Großbauern).

Gierek sprach viel von "Ruhe und Ordnung, Arbeit und Besonnenheit" (die jetzt den Arbeitern nötig täten), aber überhaupt nicht von den drängenden Fragen der polnischen Wirtschaft, vor allem der Landwirtschaft.

DER KAPITALISMUS MUß MIT DER WURZEL AUSGEROTTET WERDEN

Vor dem Plenum des ZK der KPdSU erklärte Stalin im November 1928: "Die Sowjetmacht und der sozialistische Aufbau können nicht endlos, das heißt für eine allzulange Zeitspanne, auf zwei verschiedenen Grundlagen basieren, auf der Grundlage der größten und konzentriertesten sozialistischen Industrie und auf der Grundlage der in höchstem Grade zersplitterten und rückständigen bäuerlichen kleinen Warenwirtschaft. Man muß die Landwirtschaft allmählich, aber systematisch und beharrlich auf eine neue technische Grundlage, auf die Grundlage der Großproduktion, überleiten und sie der sozialistischen Industrie nähern. Entweder lösen wir diese Aufgabe, und dann ist der endgültige Sieg des Sozialismus in unserem Land gesichert, oder wir kehren uns von ihr ab, lösen diese Aufgabe nicht, und dann kann eine Rückkehr zum Kapitalismus unvermeidlich werden." (Werke Stalins, Bd. 11, S. 225, deutsch).

Stalin zitierte dann Lenin: "Solange wir in einem kleinbäuerlichen Lande leben, besteht für den Kapitalismus in Rußland eine festere ökonomische Basis als für den Kommunismus. Das darf man nicht vergessen. Jeder, der das Leben auf dem Lande aufmerksam beobachtet und es mit dem Leben in der Stadt vergleicht, weiß, daß wir den Kapitalismus nicht mit den Wurzeln ausgerottet und dem inneren Feind das Fundament, den Boden nicht entzogen haben. Dieser Feind behauptet sich dank dem Kleinbetrieb, und um ihm den Boden zu entziehen, gibt es nur ein Mittel; die Wirtschaft des Landes, auch die Landwirtschaft, auf die technische Grundlage der modernen Großproduktion zu stellen." (Werke Lenins, Bd. 31, S. 483/84, russ.)

Die Landwirtschaftspolitik der PVAP - mit gewisser Einschränkung der Jahre 1949-55 - hat diese von Lenin und Stalin aufgestellten Grundsätze sträflich vernachlässigt. Ihre Politik war die einer "friedlichen Koexistenz" nicht einmal mit den Kleinbauern (die durch die Entwicklung schrittweise ruiniert werden), sondern mit den Großbauern. Die Lösung

der Bauernfrage wurde überhaupt nicht in Angriff genommen.

Die katholische Kirche

In ähnlicher Weise betrieb die revisionistische PVAP-Führung gegenüber der katholischen Kirche in der VR Polen eine Politik der "friedlichen Koexistenz". Wenn wir Kommunisten grundsätzlich für die Religionsfreiheit eintreten und Zwang in Fragen der Religion für schädlich halten, so ist das keineswegs gleichbedeutend mit einem Verzicht auf atheistische Überzeugungsarbeit.

Noch im Jahr 1961 ergab eine Umfrage des Polnischen Rundfunks unter Studenten des Instituts für Technologie: 65,5% der befragten Studenten erklärten sich für "religiös", 18,6% waren sogar "regelmäßige Kirchgänger". Als "Marxisten" bezeichneten sich dagegen nur 18,4%. Ganze 3,2% waren "überzeugte Atheisten". Diese Studenten gehören zu denjenigen, die einmal wesentliche Stellen in der Staats- und Parteibürokratie einnehmen werden.

Die Katholische Kirche ist in Polen seit 1945 die Speerspitze der Konterrevolution gewesen. 1945/46 unterstützte sie die reaktionären Banden, die in verschiedenen Landestellen im Auftrag der Londoner "Exilregierung" die Bevölkerung terrorisierten. Die Katholische Kirche, die in der faschistischen Ära (1926-39) die Rolle einer "Staatskirche" gespielt hatte, wollte diese Macht über die Menschen nicht aufgeben. Daher verlangte sie von den polnischen Kommunisten nicht nur die Einstellung der atheistischen Propaganda, sondern forderte sogar, die Regierung müßte "die nicht-katholischen Sekten bekämpfen".

Bei ihrer antisozialistischen Tätigkeit wurde die Katholische Kirche vom Vatikan unterstützt, der sich immer wieder in innere Angelegenheiten der VR Polen einzumischen versuchte. Das stärkste Stück war dabei das sogenannte "Dekret des Heiligen Offiziums" vom 1. Juli 1949. Dieses Dekret des Vatikans verbot allen Katholiken, in eine kommunistische Partei einzutreten.

Es wurde grundsätzlich verboten, "Flugblätter herauszugeben, zu verbreiten oder zu lesen (!!), die die

Lehre oder das praktische Vorgehen der Kommunisten verteidigen." Katholiken, die sich nicht an diese Vorschritt hielten, sollten aus der Kirche ausgeschlossen werden.

Die Führung der PVAP hat auch in den Jahren 48-56 (als also die revisionistische Gomulka-Gruppe ausgeschaltet war) darauf verzichtet, den unverschrämten politischen Anmaßungen der katholischen Kirche klar den Kampf anzusagen. So sieht etwa ein Gesetz vom August 49 eine Strafe für die "Verletzung religiöser Gefühle" vor.

Der vorübergehend aus dem politischen Leben ausgeschaltete Kardinal Wyszyński, einer der Hauptsprecher der antisozialistischen Kräfte, durfte im Oktober 1956 seinen Posten als Chef der Katholischen Kirche wieder einnehmen.

Im Jahr 1961 schien sich das ZK der PVAP endlich aufzuraffen zu wollen, mit dem offiziellen "Religionsunterricht" an den polnischen Schulen Schluß zu machen. Die Abschaffung des "Religionsunterrichts" wurde versprochen und dazu richtig festgestellt: "Der Religionsunterricht in der Schule führt eine erzieherisch und sozial schädliche Trennung unter den Kindern herbei und schafft den Boden für Fanatismus und Intoleranz." Indessen beschränkte sich das Gesetz vom August 61 darauf, den offiziellen "Religionsunterricht" auf zwei Stunden in der Woche zu beschränken.

In der VR Polen ist es durchaus an der Tagesordnung, daß die Katholische Kirche ihren Einfluß auf die Menschen mißbraucht, um gegen die Geburtenregelung zu hetzen, Ehepaare öffentlich anzuschwärzen, die eine kirchliche Trauung ablehnen und Kinder einzuschüchtern, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen wollen. Diese Haltung der Katholischen Kirche ist schon in den kapitalistischen Ländern eine Pest, aber mit der sozialistischen Staatsmacht und Gesellschaftsordnung ist sie überhaupt auf die Dauer unvereinbar.

KRISE DES REVISIONISMUS VERSCHÄRFT SICH

Die polnischen Revisionisten verfahren jetzt nach der Devise, den Brunnen zuzudecken, nachdem das Kind hineingefallen ist. Ein paar Figuren, die sich vor der polnischen Arbeiterklasse endgültig unmöglich gemacht hatten, sind

aus der Staats- und Parteiführung verschwunden. Nachgedrückt sind Leute, die von der bürgerlichen Presse als "Pragmatiker", "Manager" und "Flügel der flexiblen, dynamischen Technokraten" bezeichnet werden. Das bedeutet, daß die Kapitalisten in der neuen Staats- und Parteiführung der VR Polen im Grunde ihresgleichen sehen.

Bürgerliche Zeitungen schrieben, in der VR Polen handele es sich um eine "systemimmanente Mißwirtschaft". Die Bürgerlichen wollen uns einreden, Verhältnisse wie in der VR Polen seien "typisch für den Sozialismus".

Das ist eine genaue Umkehrung des tatsächlichen Sachverhalts. 85% des bewirtschafteten Bodens in Privatbesitz sind keine "sozialistische Mißwirtschaft", sondern ein Erbe des Kapitalismus, auf dessen Beseitigung die Führung der PVAP verzichtet hat.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten beruhen in erster Linie darauf, daß die Führung der PVAP in wesentlichen Fragen vom sozialistischen Weg abgegangen ist und den antisozialistischen Kräften gegenüber eine "Politik der friedlichen Koexistenz" betreibt. Dazu kommt, daß die Kapitalisten nichts unterlassen haben, um durch ein ungünstiges Preisniveau im Handel mit der VR Polen die Wirtschaft zusätzlich zu schaden.

Es ist allerdings schmerzlich, daß in der VR Polen die Entfremdung zwischen Partei und Arbeiterklasse einen solchen Punkt erreicht hat, daß es zu den provozierenden Preiserhöhungen und den anschließenden Aktionen der Arbeiter kam. Diese Vorgänge gehen aber eindeutig zu Lasten der revisionistischen Führung der PVAP, und nicht der Arbeiterklasse.

Diese Vorgänge machen die umfassende und tief gehende Krise des Revisionismus deutlich, die durch das Hervortreten der "Manager"-Fraktion um Gierek nicht gelöst, sondern verschärft worden ist.

Die neue Partei- und Staatsführung der VR Polen haben auf die Fragen der polnischen Arbeiterklasse bisher keine Antwort geben können.

Die Arbeiter von Gdansk und Szczecin haben Delegationen nach Warschau geschickt. Sie fordern, daß die Führung der PVAP den jetzt einzuschlagenden Weg ehrlich mit der Arbeiterklasse diskutiert. Es kam im Januar zu neuen Streiks. Was die Arbeiter wollen, ist nicht mehr Macht für ihre Direktoren, sondern eine Verbesserung ihrer Lebenslage. Was das angeht, sind die Arbeiter mit Recht skeptisch.

Kapitalisten wittern Morgenluft

Die westdeutschen Imperialisten sehen den Moment gekommen, unter Ausnutzung der wirtschaftlichen und innenpolitischen Krise in der VR Polen lang gehegte Wünsche zu verwirklichen. Sie möchten in der VR Polen Betriebe mit westdeutscher Beteiligung errichten, um die polnischen Arbeiter un-mittelbar ausbeuten zu können.

Bisher läuft dieses Geschäft auf der Basis von "Lizenz"-Verträgen: in der VR Polen werden "in Lizenz" auf westdeutschen Maschinen Waren hergestellt, die dann nach Westdeutschland "exportiert" werden.

So bezieht z. B. AEG-Telefunken Plattenspieler aus Lodz, Grundig Tonbandgeräte aus Warschau - während sie in ihren westdeutschen Betrieben Arbeiter auf Kurzarbeit setzen lassen. Kauf- und Versandhäuser "exportieren" Stoffe in die VR Polen, die dort zu Anzügen und Kleidern verarbeitet und dann zurück "importiert" werden.

Das langt den Kapitalisten aber noch nicht. Sie wollen eigene Betriebe in der VR Polen, aus denen sie nach Belieben Profit abziehen können, oder zumindest Beteiligungen.

Krupps Manager Berthold Beitz verkündet sprecherisch: "Wir müssen jetzt die Nägel für die nächsten Jahre einschlagen." Das sind "Nägel", die ins Fleisch des polnischen Volkes "eingeschlagen" werden.

Die westdeutschen Kapitalisten wollen die VR Polen verstärkt wie ein "Entwicklungsland" behandeln. Schon jetzt besteht 71% ihres Exports in die VR Polen aus industriellen Fertigprodukten und technischen Konsumgütern, während der Import aus der VR Polen zu 70,6% aus Nahrungsmitteln besteht.

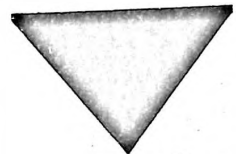
In diesem Zusammenhang muß es gesehen werden, wenn Barzel als erster westdeutscher Politiker zu Gesprächen mit der neuen Führung in die VR Polen gefahren ist.

★
**Iwan
Popow**

**Als die
Nacht
verging**

Teil 1 u. Teil 2 je 6,-

Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion“, dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte. Wie immer in Zeiten, in denen die Arbeiterklasse den härtesten Schlägen der Reaktion ausgesetzt ist, machen sich auch in ihren Reihen Tendenzen der Resignation und der Schwankungen geltend, für die besonders die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Elemente anfällig sind, die sich in Zeiten des Aufschwungs auf die Seite der Arbeiterklasse gestellt haben. Der Kampf gegen die Liquidatoren und Menschewiki, der Wiederaufbau des weitgehend zerschlagenen Parteiapparates unter den schwierigsten Bedingungen der Illegalität, das Wiedererlangen der revolutionären Arbeiter durch die Bolschewiki, all das – und daher auch der Titel: „Als die Nacht verging“ – wird in diesem Roman eindringlich dargestellt. Wir geben diesen Roman sowohl wegen seines hohen politischen Niveaus heraus, als auch um der Lehren willen, die aus ihm für die zukünftige Arbeit gezogen werden können.



**Erhältlich im
arbeiterbuch**

KG Politische Buchhandlung
GmbH & Co
2 Hamburg 13
Grindelhof 45

CHILE :

ANMERKUNGEN ZUR POLITIK DER KP CHILES

Wir beschäftigen uns im folgenden mit einigen Besonderheiten der Politik der KP Chiles, um damit einen Beitrag auch zur Diskussion der "Strategie der demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft" zu leisten.

Der XIV. Parteitag der KP Chiles erklärte, es sei in Chile "die wichtigste patriotische Aufgabe, der Herrschaft des Imperialismus und der wirtschaftlichen und politischen Macht der Monopole und Grundbesitzer ein Ende zu machen." Und : "In Chile gibt es heute keine revolutionäre Aufgabe, als den Kampf gegen den Imperialismus und die Beseitigung der Macht der monopolistischen und gutsererblichen Oligarchie".

Demnach steht in Chile nicht der Kampf um die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, der Kampf für den Sozialismus auf der Tagesordnung, sondern eine "Volksmacht" und "grundlegende Umgestaltungen".

In diesem Sinn erklärte der Generalsekretär der KP Chiles, Luis Corvalan, auf der sogenannten "Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien" im Juni 1969 :

"Die Haupttrichtung unserer Politik besteht darin, alle demokratischen und antimperialistischen Kräfte zu vereinen, um eine Volksregierung zu bilden, die fähig ist, die revolutionären Umgestaltungen zu verwirklichen, die auf der Tagesordnung stehen und deren Endziel der Sozialismus ist." Und auf dem XIV. Parteitag der KP Chiles hieß es : "Die aktuelle und unaufschiebbare politische Aufgabe im gegenwärtigen Zeitpunkt, die

sich aus dem Charakter des sozialen Prozesses in Chile selbst ergibt, ist die Vereinigung aller Kräfte, die Passivität ablehnen und revolutionäre Veränderungen anstreben." "Alle Kräfte, die ihren Beitrag zum Kampf gegen Imperialismus und Oligarchie zu leisten imstande sind", sollten "ihren Platz im Rahmen der Volkseinheit" einnehmen.

Luis Corvalan, Generalsekretär der KP Chiles, hat diese Auffassungen zusammenfassend dargestellt in dem Artikel "Das Bündnis der revolutionären antimperialistischen Kräfte in Lateinamerika" (in : Probleme des Friedens und des Sozialismus, Juli 1967). Er behauptet da, "die Triebkräfte der Revolution in Lateinamerika" seien : die Arbeiterklasse, die Bauernschaft, die Studentenschaft, die "Mittelschichten" und "einige Gruppen der nationalen Bourgeoisie". Corvalan gesteht immerhin zu, daß es zwischen diesen Klassen und Schichten noch einige Widersprüche gibt, meint aber : "Jeder Versuch der Kommunisten, ihren Standpunkt den übrigen Formationen der antimperialistischen Kräfte aufzuzwingen", würde nur die "Aktionseinheit" gefährden. Deswegen sollten "Aufgaben in den Vordergrund gerückt werden, die einen und nicht trennen, d. h. konkrete Aufgaben, deren Lösung von allen als notwendig empfunden wird." Das würde den Kampf der chilenischen Arbeiterklasse auf Reformen einengen, die auch von "breiten Schichten der

Geschäftsleute und Industriellen, die sich immer breiter in den sozialen Kampf einreihen" (Corvalan) für "notwendig empfunden" werden. Das ist die Methode des hinterherkriechens hinter den kompromisslerischen, rückständigsten Teilen der "antimperialistischen Kräfte". Das erinnert an die Auseinandersetzungen Lenins mit den Menschewiki, die darüber jammerten, die Arbeiter dürften keine allzu weitgehenden Forderungen aufstellen, "weil sonst die Bourgeoisie abschwenken könnte". So auch Corvalan, wenn er befürchtet, die besonderen Forderungen der Arbeiterklasse (die eben ihrer Natur nach nicht so sind, daß auch Geschäftsleute und Industrielle sie "für notwendig empfinden"!) würden "die Verbreiterung des Kampfes gegen den gemeinsamen Feind" in Frage stellen.

Corvalan seufzt dann tief und wirft den chilenischen Kapitalisten einen flehenden Blick zu : "Unser sehnlichster Wunsch ist, daß alle Revolutionäre, alle Antimperialisten, alle Volksbewegungen in Lateinamerika zu einer einheitlichen revolutionären Denkweise gelangen".

Die Kommunisten dürften nicht "versuchen, künstlich eine Denkweise vom gleichen Typ durchzusetzen", denn das würde "zur Entstehung neuer, ganz überflüssiger Meinungsverschiedenheiten" führen.

Vielmehr kommt es laut Corvalan darauf an, mit den Kapitalisten "gemeinsame Aktionen zur Lösung gemeinsamer Aufgaben zu entfalten, das uns Einende zu suchen und alles Trennende aus dem Wege zu räumen oder in den Hintergrund zu drängen". Was hier mit aller Gewalt "in den Hintergrund gedrängt" werden soll, ist der Klassenkampf zwischen Arbeitern und Kapitalisten.

In einem Land wie Chile, wo in der Tat die sozialistische Revolution noch nicht unmittelbar auf der Tagesordnung steht, werden die Arbeiter in dieser oder jener Frage auch gelegentlich mit Teilen der Bourgeoisie gemeinsam aktiv werden können. Niemals aber kann bei allen "Antimperialisten" (wozu ja auch "Mittelschichten" und "einige Gruppen der nationalen Bourgeoisie" gerechnet werden) eine "einheitliche revolutionäre Denkweise" erreicht werden. Erst recht nicht durch Verzicht auf offene Austragung der Klassengegensätze und Beschränkung der Arbeiter auf das auch für Geschäftsleute und Industrielle akzeptable Maß.

In der Resolution des XIV. Parteitags der KP Chiles wird offen der pluralistische Meinungsbrei propagiert: "Wir streben die Schaffung eines dauerhaften Bündnisses an... Wir denken an eine um die Arbeiterklasse zusammengeschlossene Einheit des Volkes und sind zugleich der Meinung, daß auch andere Klassen der Gesellschaft und die fortschrittlichen Schichten der Bevölkerung und deren politische Organisationen ihren Teil an Verantwortung auf sich nehmen müssen. Wir treten dafür ein, daß jede Linke (?) Partei und Gruppierung ihren Beitrag zu den gemeinsamen und einheitlichen Anstrengungen leisten soll, von ihren eigenen ideologischen Positionen ausgehend, daß sie dabei ihr eigenes Gesicht wahren und mit ihren Ideen und eigenen Ansichten nutzbringend mitwirken. Dies würde helfen, Faktoren zu beseitigen, die zu einer Isolierung führen könnten."

Aber mehr noch: die Resolution fordert "gegenseitige Loyalität" zwischen den "antimperialistischen Klassen und Schichten" der "Volkseinheit" und

die "Ablehnung von Fraktionen innerhalb der Volkseinheit".

Die "Volkseinheit" umfaßt aber mit Arbeiterklasse, Landproletariat und Kleinbauern einerseits - "breiten Schichten der Geschäftsleute und Industriellen" andererseits, eindeutig antagonistische Klassen. Was bedeutet denn unter diesem Gesichtspunkt die "Ablehnung von Fraktionen innerhalb der Volkseinheit"? Sie bedeutet Verzicht auf den Klassenkampf. Wie kann man zwischen antagonistischen Klassen "gegenseitige Loyalität" und "dauerhaftes Bündnis" proklamieren?

Beschränkung der Reformen auf das, was auch von den "antimperialistischen" Geschäftsleuten und Industriellen "als notwendig empfunden" wird, Predigt der Klassenharmonie und Klassenloyalität und des "dauerhaften Bündnis" zwischen Arbeitern und Kapitalisten - das ist der "chilenische Weg zum Sozialismus"!

Corvalan meint, "daß die Politik des Imperialismus... auch unter einem beträchtlichen Teil der nichtmonopolistischen Bourgeoisie Empörung auslöst". Ganz recht, die Kapitalisten sind "empört", aber gleichzeitig beuten sie die chilenischen Arbeiter aus. Sie sind ja gerade deswegen so "empört", weil sie sich nicht mit dem Imperialismus in die Ausbeutung "ihre" Arbeiter teilen wollen. Und genauso "empört" sind die Kapitalisten über den Kampf der Arbeiterklasse gegen diese Ausbeutung. Es ist völlig absurd, auf der "Empörung" der Kapitalisten eine Strategie aufbauen zu wollen. Es ist gut, wenn die Arbeiterklasse es versteht, die "Empörung" der Kapitalisten über den Imperialismus, Feudalismus usw., die Gegensätze zwischen nationalem und internationalem Kapital für ihren eigenen Befreiungskampf auszunutzen. Aber es ist ganz schlecht, wenn Corvalan aus dieser "Empörung" folgert: "In einem solchen historischen Augenblick wird das Problem des zeitweiligen Charakters der Bündnisse des Proletariats und der Kommunisten mit anderen Kräften, wenn man das so sagen darf, auf neue Art und Weise gestellt."

Corvalan meint, die Arbeiter dürften die "antimperialistischen" Kapitalisten nicht "in einer bestimmten Etappe ausnützen und in der nächsten ausbooten", sondern müßten "auf unbegrenzte Zeit mit ihnen zusammenarbeiten".

Die Geschichte zeigt ja gerade, daß die Arbeiter "in einer bestimmten Etappe" (nämlich in der bürgerlich-demokratischen Revolution) mit Teilen der Bourgeoisie

sie und den Kleinproduzenten gegen den gemeinsamen Feind gehen, sie aber "in der nächsten" (nämlich in der sozialistischen Revolution) "ausbooten" müssen.

Die Arbeiterklasse kann schliesslich nicht kapitalistische Ausbeutung und kleine Warenproduktion "auf unbegrenzte Zeit" mit sich herumschleppen, wie die ungelöste Bauern-Frage in der VR Polen.

Als Lenin die Bedingungen der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland analysierte, kam er zur Schlußfolgerung: "Ein Sozialdemokrat darf den unumvermeidlichen Klassenkampf des Proletariats für den Sozialismus gegen die Bourgeoisie und die Kleinbourgeoisie, mögen sie auch noch so demokratisch und republikanisch sein, nie und nimmer vergessen.. Daraus folgt, daß unser 'vereint schlagen' mit der

Bourgeoisie zeitweiligen Charakter trägt, daß wir die Pflicht haben, 'auf den Verbündeten wie auf den Feind' scharf aufzupassen usw." (Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution)

Corvalan aber meint, diese Frage "auf neue Art und Weise" stellen zu dürfen. Warum? Wegen der "Empörung" der Kapitalisten! Die KP Chiles hat schon Recht, wenn sie sich in der Resolution des XIV. Parteitags mit wohlwunder Bescheidenheit "ideologischen Reichtum" und "schöpferischen Geist" bescheinigt.

Corvalan hat es sich darüber hinaus nicht nehmen lassen, eine spezielle "Theorie der gemeinsamen Führung" aufzustellen. In dem erwähnten Artikel schreibt er: "Nur auf der Grundlage eines Bündnisses der Sozialisten und Kommunisten kann das chilenische Volk die politische Macht erringen. Weder die Kommunisten noch die Sozialisten können allein Anspruch auf die Führung der Geschichte des Landes erheben." Die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei wird von Corvalan kurzerhand vom Tisch gewischt: "Ihre Tätigkeit zur Führung des Proletariats und des ganzen Volkes leistet" die KP Chiles "in Zusammenarbeit mit der sozialistischen Partei". "Wir nennen das gemeinsame Führung, die unter den Bedingungen Chiles die konkrete Form darstellt, in der die kommunistische Partei ihrer Rolle als Avantgarde gerecht wird." Diese Argumentation ist geradezu artistisch.

Damit aber noch nicht genug, fordert Corvalan, daß "in den meisten lateinamerikanischen Län-

dern" eine "gemeinsame Führung des Befreiungskampfes eines jeden Volkes durch die revolutionären Kräfte erfolgen muß, die sich gewissermaßen in die Funktion der Vorhut teilen." Dabei muß die Arbeiterklasse noch froh sein, überhaupt an der Vorhut "beteiligt" zu werden, denn laut Corvalan hat das Kleinbürgertum "weitgehende Möglichkeiten, als revolutionäre Kraft zu wirken und in den Ländern, wo das Proletariat zahlenmäßig oder politisch relativ schwach ist, sogar die führende Rolle zu spielen".

Die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten - das Landproletariat und die Kleinbauern, haben die Kandidatur Allendes unterstützt. Sie erwarten, daß die Regierung Allende den Forderungen der Volksmassen mehr Rechnung tragen muß als das unter Frei der Fall war.

In Chile sind schon zweimal - 1936/41 und nach dem 2. Weltkrieg - die Erwartungen enttäuscht worden, die von der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten auf die Bildung sogenannter "Volksfront"-Regierungen gesetzt wurden. Die Arbeiterklasse kann sich in der bürgerlich-demokratischen Revolution nur behaupten, wenn sie sich eigene politische und militärische Machtorgane schafft. In dieser Richtung ist bisher wenig geschehen. Stattdessen heißt es in der Resolution des XIV. Parteitags der KP Chiles: "Wir Kommunisten sind nicht einseitig in unseren Ansichten über die Armee." und: "... eine künftige Volksregierung (die Resolution stammt aus der Zeit vor der Wahl Allendes) müßte dafür Sorge tragen, daß eine moderne, patriotische echte Volksdoktrin der nationalen Verteidigung realisiert wird, als unverrückbare Stärkung aller Waffengattungen und des nationalen Charakters der Armee".

Die Erwartungen des Volkes sind von zwei Seiten her bedroht. Erstens ist das Programm der Volkseinheit von vornherein begrenzt, denn es sieht vor: "Im Privatbesitz bleiben jene Betriebe der Industrie, des Bergbaus, der Landwirtschaft und der Dienstleistungen, die die Mehrheit der chilenischen Betriebe bilden... Die Gesamtplanung der Volkswirtschaft verbürgt den Gewinn der Privatbetriebe, denen der Staat finanziell und technisch hilft." Zweitens aber verstärkt sich der Druck der herrschenden Klassen Chiles, die getreu der Ideologie vom "demokratischen Weg" Chiles überhaupt nicht unterdrückt werden und die starke Stellungen in der Armee haben.

Die DKP auf dem Weg des Reformismus und Ökonomismus

Die modernen Ökonomen sagen, daß "unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus die Dialektik von politischem und ökonomischem Kampf neu durchdacht und neu bestimmt" werden muß, weil sich angeblich ein "neues Verhältnis von politischem und ökonomischen Kampf" ergeben hat.

Die alten Ökonomen um 1900 erkannten der Form nach immerhin einen Unterschied zwischen politischem und ökonomischen Kampf und auch die grundsätzliche Notwendigkeit des politischen Kampfes an. Die Ökonomen sahen indessen im ökonomischen Kampf "das weitest anwendbare Mittel der politischen Agitation", und man müsse daher "dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter verleihen", der ökonomische Kampf müsse dem politischen Kampf "vorangehen" usw.

Die modernen Ökonomen dagegen sind schon einen Schritt weiter, denn sie behaupten, daß der ökonomische Kampf "eigentlich immer schon der politische Kampf" ist, weil "jeder ökonomische Kampf die Frage des politischen Kampfes stellt" und ähnliche Dinge. Das alles macht angeblich der staatsmonopolistische Kapitalismus, d. h. die Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus möglich (die Lenin noch nicht analysiert hatte, als er 1901/02 "Was tun?" schrieb, worin er sich mit dem Ökonomismus auseinandersetzt).

Auf einer "wissenschaftlichen Tagung" der DKP zu Gewerkschaftsfragen im Dezember 1968 in Frankfurt (vgl. das Taschenbuch "Marx und die Gewerkschaften heute", Frankfurt 1969) erklärte ein Herr Petschik aus Nürnberg u. a., daß "heute im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus die sozialen Kämpfe objektiv politische Bedeutung erhalten", weil "mit dem ökonomischen und sozialen Klassenkampf für die Verteidigung und Verbesserung seiner Lage der Arbeiter an die politischen und ideologischen Kämpfe herangeführt wird... Der ökonomische Klassenkampf führt den Arbeiter... an die Erkenntnis heran, daß seine Lage... grundsätzlich nur dann verbessert werden kann, wenn das System der kapitalistischen Lohnsklaverei beseitigt wird... Der ökonomische Kampf - so erklärt Herr Petschik - "stimuliert auch den politischen und ideologischen

Klassenkampf". Herr Petschik sprach dann noch über "die politische Brisanz der ökonomischen Kämpfe". Leute wie Herr Petschik gehen über die alten Ökonomen weit hinaus, die immernoch die Notwendigkeit anerkannten, dem "eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter zu verleihen", denn für ihn hat der ökonomische Kampf schon ganz von selbst "politische Brisanz" und "führt" im Selbstlauf die Arbeiter an das revolutionäre Bewußtsein "heran".

Die Ökonomen sagen, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus durch wachsende und zunehmende Eingriffe des Staates in die gesamte Wirtschaft gekennzeichnet wird. Daher konfrontiert nach Meinung der Ökonomen jeder ökonomische Kampf der Arbeiter diese auch gleich mit der politischen Macht der Kapitalistenklasse, denn hinter dem einzelnen Kapitalisten wird der kapitalistische Staat in seiner Gesamtheit immer deutlicher. Daher wachsen nach Auffassung der Ökonomen die ökonomischen Kämpfe halbwegs automatisch in politische Kämpfe hinüber.

Die Ökonomen sagen weiter, daß "jeder ökonomische Kampf die Frage des politischen Kampfes stellt", weil nämlich jeder ökonomische Kampf auch politische Fragestellungen aufwirft, z. B. durch die enge Verknüpfung der Gewerkschaften mit der gegenwärtigen Regierung.

Nehmen wir ein Beispiel: Der Kampf der Arbeiter um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen (ein ökonomischer Kampf) stößt nicht nur auf den Widerstand einzelner Kapitalisten oder Kapitalistenverbände, sondern auf die "Lohnleitlinien" des Bundeswirtschaftsministeriums, d. h. auf die politische Macht des Staates. Dieser Kampf wird noch dadurch kompliziert, daß die Gewerkschaftsführung durch zahlreiche Ketten mit der gegenwärtigen Regierung verbunden ist. Der ökonomische Kampf der Arbeiter für höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen ist insofern auch politischer Kampf gegen die politische Macht des kapitalistischen Staates, gegen den die Arbeiter ihre Forderungen durchsetzen müssen.

Bedeutet das aber, daß deshalb "unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus die Dialektik von politischem und ökonomischen Kampf neu durchdacht und neu bestimmt" werden muß, weil der ökonomische Kampf die Arbeiter an den politischen Kampf herangeführt, oder weil der ökonomische Kampf "eigentlich immer schon der politische Kampf" ist bzw. "objektiv politische Bedeutung" hat?

Es zeigt sich genau das Gegenteil von dem, was die Ökonomen behaupten. Da die ökonomischen Kämpfe immer komplizierter werden und in der Tat immer mehr politische Fragen aufwerfen, wird die politische

Agitation und Propaganda nicht etwa überflüssig (als eine Sache, die vom ökonomischen Kampf im Selbstlauf erledigt wird), sondern gewinnt immer mehr an Bedeutung. Aus dieser Entwicklung läßt sich keinesfalls das blinde Nachtröten hinter der spontanen Arbeiterbewegung unter Verzicht auf "weitergehende politische Lösungen" (DKP) zu rechtfertigen; vielmehr erfordert er genau das Gegenteil, also ein immer stärkeres Hineintragen politischen Bewußtseins in die Arbeiterklasse.

Der spontane ökonomische Kampf der Arbeiter führt allerdings zu ihrer Konfrontation mit der politischen Macht des kapitalistischen Staates, der sich diesem Kampf durch Lohnleitlinien, Verschlechterung des BVG, Steuererhöhungen usw. entgegenstellt. Daraus entsteht aber durchaus nicht automatisch das politische Bewußtsein von der Notwendigkeit der Beseitigung des Kapitalismus. Der kapitalistische Staat tritt der Arbeiterklasse nicht abstrakt entgegen, sondern konkret in Gestalt seiner Minister, bestimmter Regierungsparteien, unter Umständen in Gestalt gewisser Gewerkschaftsführer. Allein der spontane ökonomische Kampf der Arbeiterklasse führt also nicht zum revolutionären Bewußtsein, sondern lediglich zur Unzufriedenheit mit dieser oder jenen Partei, die schließlich von der Regierung abgelöst wird durch die Oppositionspartei usw. Daher handeln die Super-"Linken" sehr kurzfristig, die auf die Manöver der Kapitalistenklasse eingehend den "Hauptstoß gegen die SPD" führen wollen. Nichts kann den Kapitalisten lieber sein, als wenn durch derartige Thesen vom revolutionären Kampf gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat abgelenkt wird. Die bürgerlichen Parteien sind nichts als die austauschbare äußere Hülle des kapitalistischen Staates, und die Ablösung der SPD-FDP-Regierung durch die CDU/CSU wird bereits von den Kapitalisten vorbereitet.

Auch die ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse erfordern erhöhte politische Anstrengungen der Kommunisten, der Arbeiterklasse ein umfassendes Bewußtsein ihrer gesellschaftlichen Lage zu vermitteln. Darüber hinaus gewinnt die Entfaltung politischer Kämpfe an Bedeutung, die als Kampf gegen den kapitalistischen Staat (und nicht primär gegen dessen äußere Hülle) bewußt gemacht werden müssen: Kampf gegen die zunehmende faschistische Gefahr und den Abbau demokratischer Rechte, Kampf für eine demokratische Betriebsverfassung, Kampf gegen das KPD-Verbot und die Versuche einer Illegalisierung antikapitalistischer Organisationen u. a. Eine revolutionäre Propaganda muß entfaltet werden, die - nicht durch Phrasen oder dümmliche Vereinfachungen, sondern durch Verbindung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der konkreten,

sinnlichen Erfahrungswelt der Arbeiterklasse - bei einer wachsenden Zahl von Arbeitern ein Bewußtsein der Unversöhnlichkeit der Klassegegensätze und der Notwendigkeit der revolutionären Beseitigung des Kapitalismus schafft.

Im Gegensatz dazu tritt die DKP-Führung immer wieder demagogisch gegen eine "Politisierung von außen" auf und befürwortet das Hinterdreintreten hinter dem spontanen ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse, der ja angeblich ganz automatisch die Arbeiter an die Revolution "heranführt". Während der Septemberstreiks 1969 rühmte sich die DKP-Führung gar ihres Verzehrs auf "weitergehende politische Lösungen", und verließ sich anscheinend auf die urwüchsig gegebene "politische Brisanz" der ökonomischen Kämpfe. Den Arbeitern wurde von der DKP-Führung unterschoßen, sie wären "zum politischen Kampf nicht bereit gewesen." Selbst wenn es so gewesen wäre, so wäre das nicht ein Grund gegen, sondern doch gerade für das Hineintragen politischen Bewußtseins in die Kämpfe. Es stimmt aber nicht einmal, die Arbeiter während der Streiks BILD-Zeitungen verbrannten, Stellschilder der NPD zertrümmerten und in Kiel eine Wahlversammlung des CSU-Führers Strauß sprengten. Wenn das kein politischer Kampf war - was dann? Der Hinweis auf das angeblich fehlende Bewußtsein der Arbeiter soll nur die politische Unfähigkeit und das bornierte Sektierertum der DKP-Führung selbst bemänteln. (vgl. auch die Fernhaltung der DKP-Führung von der Hamburger Mai-Demonstration, wo ebenfalls "fehlendes Bewußtsein" der Arbeiter als Begründung herhalten mußte!)

Lenin begründete in "Was tun?" aus der Notwendigkeit allseitigen politischen Kampfes bestimmte organisatorische Notwendigkeiten für die Revolutionäre, das Modell einer konspirativen Organisation des bewußten Teils der Arbeiterklasse.

Sehen wir nun, welche organisatorischen Konsequenzen die modernen Ökonomen aus ihrer Abkehr von Lenin ziehen!

In seinem Artikel "Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" (Mai 1904) setzte sich Lenin (ausgehend von der Diskussion auf dem 2. Parteitag der SDAPR, Juli/Aug. 1903) mit den organisatorischen Vorstellungen der Opportunisten auseinander, die am liebsten "jeden streikenden Arbeiter" in die revolutionäre Partei aufnehmen wollten. Lenin bezeichnete diese Haltung als Verwechslung von Partei und Klasse, die zwangsläufig dahinführt, die revolutionäre Partei als organisierten

Vortrupp der Arbeiterklasse zu liquidieren.

Heute gehen die Revisionisten der DKP-Führung aber noch einen Schritt weiter und wollen nicht nur "jeden streikenden Arbeiter", sondern überhaupt "jeden denkenden Arbeiter" zum Parteimitglied machen, wie aus Anzeigen in ihren Betriebszeitungen hervorgeht ("Der denkende Arbeiter gehört in eine Arbeiterpartei"). Damit einher geht die revisionistische Praxis, neue Mitglieder um jeden Preis anzuwerben, massenhaft neue Mitglieder aufzunehmen, ohne diese ausreichend zu schulen und schließlich sogar ihren Zeitungen gedruckte Antragsformulare ("Ich möchte Mitglied der DKP werden") beizulegen. Derartige Praktiken sind mit der Rolle der kommunistischen Partei als bewußter und organisierter Vortrupp der Arbeiterklasse unvereinbar.

Derselbe revisionistische Geist kommt im Statut der DKP zum Ausdruck. Das alte Statut der KPD (vom März 1951) legte fest: "Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands zu sein, ist eine große Ehre und Verpflichtung. Mitglied ... kann sein, wer die Ziele und das Statut der Partei anerkennt, sich den Beschlüssen der Partei unterordnet, aktiv in einer ihrer Organisationen arbeitet und regelmäßige Beiträge entrichtet." Der entsprechende Passus im Statut der DKP (vom April 1969) lautet dagegen: "Mitglied kann sein, wer das 16. Lebensjahr vollendet hat, die Grundsätze und Ziele der Partei, ihr ihr Statut anerkennt und regelmäßig seine Beiträge entrichtet." Fortgefallen sind also gegenüber dem Statut der KPD-Statut der Hinweis auf die große Verpflichtung, die sich aus der Parteimitgliedschaft ergibt, der Hinweis auf die Unterordnung unter die Beschlüsse der Partei und die aktive Mitarbeit in ihr. So wird ein kommunistisches Statut dem herrschenden revisionistischen Spießertum angepaßt! So wird die Kommunistische Partei auf das Niveau der spontanen, "allgemeinen" Arbeiterbewegung heruntergedrückt.

Fortfallen mußte natürlich auch der gesamte Artikel 31 des alten Statuts: "Als Mitglieder und Kandidaten des Parteivorstandes können nur Mitglieder gewählt werden, die ideologisch und politisch stark sind und große Erfahrung im Kampf um die Verwirklichung der Parteilinie besitzen." Durch die Beseitigung dieser äußerst wichtigen Vorschrift wird auch statutenmäßig der Weg frei für die Herrschaft der Revisionisten und Opportunisten über die DKP.

Artikel 51 bis 58 legt die Aufgaben der Grundeinheiten der Partei fest nämlich u. a. : ... die Durch-

führung einer systematischen marxistisch - leninistischen Schulung der Mitglieder" (54, b) und die "politische Erziehung" neuer Mitglieder (54, c). Auch diese Bestimmungen finden sich nicht mehr im DKP-Statut, obwohl die abenteuerliche "Aufnahmepolitik" der Revisionisten eine politische Erziehung und Schulung der neuen Mitglieder doppelt notwendig machen würde.

Die Revisionisten wollen und brauchen eine Partei, die an ihre Mitglieder kaum größere Anforderungen stellt als eine beliebige andere bürgerliche Partei; eine Partei, die möglichst "breit" und "allgemein zugänglich" - für die bürgerliche Ideologie! - sein soll.

Wir waren bisher der Meinung, kommunistische Parteien müßten nach dem leninistischen Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut sein.

Es heißt daher auch im Statut der KPD, Artikel 15: "Der Organisationsaufbau der Partei beruht auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus."

Im neuen Statut aber wird über die DKP gesagt: "Sie ist nach demokratischen Prinzipien aufgebaut."

Welcher Demokratie, der bürgerlichen, der proletarischen oder der freischwebenden "Demokratie als solche"? Offenbar nach der bürgerlichen, denn die Revisionisten haben auch den Artikel 19 des KPD-Statuts unter den Tisch fallen lassen, der alle Partei-Organisationen verpflichtete, "Kritik und Selbstkritik zu entfalten", weil diese "untrennbare Bestandteile der innerparteilichen Demokratie" sind.

Nicht nur das leninistische Prinzip des demokratischen Zentralismus, sondern der Leninismus überhaupt, sind für die Revisionisten untragbar und finden sich daher nicht im DKP-Statut.

Statt als marxistisch-leninistisch (wie im KPD-Statut und heute z. B. noch im SED-Statut!) bezeichnet sich die DKP schlichtweg als "marxistisch". Die Worte "Marxismus-Leninismus" des KPD-Statuts wurden ersetzt durch die Worte "wissenschaftlicher Sozialismus".

Als Marx und Engels die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus legten, hatte der Kapitalismus noch nicht sein höchstes Stadium erreicht, war der Kapitalismus noch nicht zum Imperialismus herangereift.

Der Leninismus ist die Weiterentwicklung der Theorie von Marx und Engels in der Periode des entwickelten Imperialismus und der sich entfaltenden proletarischen Revolution.

Der Leninismus entstand im unversöhnlichen Kampf mit dem Opportunismus der II. Internationale, dessen Bekämpfung notwendige Bedingung für den erfolgreichen Kampf gegen den Kapitalismus war und ist.

Mit ihrer Distanzierung vom Leninismus hoffen die Revisionisten anscheinend, sich bei den bürgerlichen Salon-"Marxisten" anbiedern zu können und den Geruch des "Dogmatismus" bei den Liberalen loswerden zu können.

Gleichzeitig entspricht es den natürlichen Interessen der Revisionisten, den Mitgliedern der DKP und SDAJ möglichst vorzuenthalten, daß und wie Lenin den Marxismus unter den Bedingungen des entwickelten Imperialismus, der sich entfaltenden proletarischen Revolution und im ständigen Kampf mit dem Opportunismus aller Schattierungen weiterentwickelt hat.

Daher auch, daß die Revisionisten die Genossen davor zu "schützen" versuchen, Lenin im Wortlaut zu lesen, und stattdessen Broschüren-Reihen herausgeben, die einen zurechtgefilterten "Lenin" nach den Vorstellungen der Revisionisten vermitteln sollen.

Folgerichtig versteht sich die DKP laut Statut nur noch als "eine politische Organisation der Arbeiterklasse", während es im alten Statut der KPD hieß:

"Die Kommunistische Partei Deutschlands ist die Partei der Arbeiterklasse, ihr bewußter und organisierter Vortrupp, die höchste Form ihrer Klassenorganisation."

Der Sinn der neuen Formulierung im DKP-Statut ist klar. Hier wird - wie in den übrigen Veränderungen gegenüber dem KPD-Statut - ganz bewußt die Rolle der revolutionären Partei der Arbeiterklasse auf ein spießbürgerliches Maß herabgedrückt, und somit die Partei als revolutionärer und organisierter Vortrupp der Arbeiterklasse liquidiert.

Die Revisionisten kommen damit den Bedürfnissen der Kapitalistenklasse entgegen und erkaufen sich dafür eine höchst zweifelhafte "Legalität", deren Grenzen vom aufrechterhaltenen KPD-Verbot gesteckt sind.

Revolution und Reform

Bei der Eröffnung des Essener Parteitags der DKP (12. April 69) erklärte Herbert Mies: "Unsere Kampfprogrammatik ist auf die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft gerichtet."

Der ganze Parteitag war von vornherein unter das Motto gestellt worden: "Einig handeln im Kampf für demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft."

Eine nicht geringe Zahl der Delegierten des Parteitags erkannte richtig, daß es die kapitalistische Gesellschaft und der kapitalistische Staat sind, die hier "erneuert" werden sollen, statt durch revolutionären Kampf beseitigt.

Dem Parteitag lag ein Antrag vor (Antrag Nr. 7 zur Grundsatzklärung der DKP), die Worte "Demokratische Erneuerung durchweg durch die Worte "demokratische Umgestaltung" zu ersetzen. Die Revisionisten würgten die Diskussion über diesen Antrag ab, unter dem Vorwand, "daß der Parteitag zeitlich begrenzt ist, da wir eine Kundgebung angesetzt haben" und "uns die Zeit flöten geht". In Wahrheit war die Entscheidung längst gefallen, da lange vor dem Parteitag von der revisionistischen Führung die "demokratische Erneuerung" schon in die Öffentlichkeit getragen worden war.

Daß die Revisionisten heute eine Parole wie "Erneuerung von Staat und Gesellschaft" in den Vordergrund stellen, ist in Zusammenhang zu sehen mit ihrer grundsätzlichen Einstellung zur Dialektik von Reform und Revolution.

Zur Erläuterung dieses Zusammenhangs ist es leider notwendig, etwas ausführlicher aus dem Buch zu zitieren "Die westdeutschen Gewerkschaften und das staatsmonopolistische Herrschaftssystem 1945-1966", Berlin/DDR, 1968. Es heißt da (Ss. 142/43): "Reformisten, die sich bislang mit wirtschaftlichen Teilerfolgen begnügten, geraten durch die Angriffe der Monopolherren und der mit ihnen verbundenen Staatsmacht auf alle demokratischen Rechte der Arbeiterorganisationen... immer mehr in Widerspruch zum Gesamtsystem des Imperialismus. Sie werden zu einem Hindernis für die totalitären Bestrebungen des Monopolkapitals... Somit entsteht die Möglichkeit, daß von der Position des Reformismus aus demokratische Alternativlösungen formuliert werden, die dem Klassenkampf gegen das imperialistische Herrschaftssystem immer größeren Spielraum verschaffen... Die Dialektik der geschichtlichen Entwicklung hat somit einen bestimmten Teil der reformistischen Kräfte, die einst mit ihrer Politik die hemmende, reaktionäre Linie in der Arbeiterbewegung verkörperten, zu Vertretern einer kämpferischen, antimilitaristischen und demokratischen Richtung werden lassen." Und an anderer Stelle desselben Buches (Ss. 21/22): "Unter den heutigen objektiven Bedingungen des staatsmono-

politischen Kapitalismus bildet sich ein neues Verhältnis zwischen Revolution und Reform heraus. Bei gründlegenden demokratischen Reformen wird die Grenze zwischen Reform und Revolution immer fließender."

Wichtig daran sind: Möglichkeit reformistischer "Alternativlösungen", "neues Verhältnis zwischen Reform und Revolution", Verfließen der Grenze zwischen Reform und Revolution.

Seit es den Imperialismus gibt, gibt es auch die Angriffe der Imperialisten auf die erkämpften Rechte der Arbeiterklasse und auf ihre Organisationen. Sind die Reformisten aber durch diese Angriffe "immer mehr in Widerspruch zum Gesamtsystem des Imperialismus" geraten? Im Gegenteil. Die Integration, die Eingliederung des Reformismus in die kapitalistische Gesellschaft hat ganz offensichtlich zugenommen. Trat etwa der ADGB in den 20er Jahren noch mit ausgesprochen "antikapitalistischer" Ideologie auf (sozialistische Revolution, Diktatur des Proletariats u. a.), so bekennt sich heute der DGB unmißverständlich zum Kapitalismus.

Lenin schrieb über den Reformismus: "Die Fragen, ob eine Änderung der Grundlagen des Imperialismus durch Reformen möglich sei, ob man vorwärts gehen solle, zur weiteren Verschärfung und Vertiefung der durch ihn erzeugten Widersprüche, oder rückwärts, zu deren Abstumpfung, das sind die Kernfragen der Kritik des Imperialismus. Da zu den politischen Besonderheiten des Imperialismus die Reaktion auf der ganzen Linie sowie die Verstärkung der nationalen Unterdrückung in Verbindung mit dem Druck der Finanzoligarchie und mit der Beseitigung der freien Konkurrenz gehören, so tritt mit Beginn des 20. Jahrhunderts in fast allen imperialistischen Ländern eine kleinbürgerlich-demokratische Opposition gegen den Imperialismus auf." (Lenin, "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus"). Lenin kritisiert dann den Fehler der Revisionisten (Kautsky & Co.), sich mit dieser kleinbürgerlichen Opposition nicht nur nicht grundsätzlich auseinanderzusetzen, sondern "sich im Gegenteil praktisch mit ihr vereinnahmen" zu haben.

Lenin schildert also die äußeren Bedingungen des Reformismus ähnlich wie die Revisionisten (Reaktion auf der ganzen Linie, Druck der Finanzoligarchie) - kommt aber zu genau entgegengesetzten Schlußfolgerungen. Erwarten die Revisionisten von den Reformisten "demokratischen Alternativlösungen" und sehen bereits "die Grenze zwischen Reform und Revolution immer fließender", so sagte andererseits Lenin, "daß der

Kampf gegen den Imperialismus ein hohle, verlogene Phrase ist, wenn er nicht unlöslich verknüpft ist mit dem Kampf gegen den Opportunismus."

Sollen wir den Super-"Linken" folgen, und jede Zusammenarbeit mit Reformisten ablehnen, "um unseren Standpunkt nicht zu verwässern"? - Natürlich nicht! Zusammenarbeit mit Reformisten - wo immer es dem Kampf der Arbeiterklasse nützt - setzt aber grundsätzliche Klarheit und Klarstellung über den unversöhnlichen Gegensatz von Reformismus und Marxismus-Leninismus voraus. Die Revisionisten aber verwischen den Unterschied zwischen dem Reformismus und dem revolutionären Marxismus-Leninismus, indem sie von Hinüber"fließen" des einen in den anderen schwärmen und bodenlose Illusionen über die Möglichkeiten des Reformismus zu "Alternativlösungen" verbreiten. Wenden sich Kommunisten gegen den Kampf um Reformen im Rahmen des bestehenden Systems, soweit diese der Arbeiterklasse dienen? Ebenfalls nein! Im Unterschied zu den Revisionisten ordnen sie aber den Kampf um Reformen dem sozialistischen Hauptziel unter, während die Revisionisten die Reformen zum Selbstzweck erklären. Der Kampf für Reformen noch auf dem Boden des Kapitalismus, für politische und ökonomische Erleichterungen und Verbesserungen ist nützlich, weil er die Ausgangsbasis der Arbeiterklasse für ihren Kampf gegen die Kapitalistenklasse zu stärken vermag. Niemals aber dürfen wir die Illusion zulassen, uns auf diesem Weg an der Frage der politischen Macht vorbeimogeln zu können. Demokratische Reformen können die Revolution unter Umständen erleichtern, aber niemals ersetzen.

Unser Sortiment umfaßt über 4000 Titel

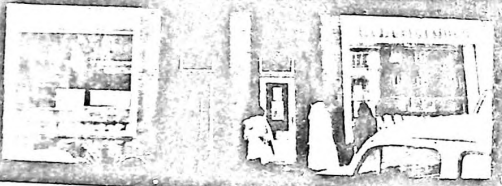
arbeiterbuch
KG Politische Buchhandlung GmbH & Co
2 Hamburg 13 - Grindelhof 45 - Telefon 45 38 81

Marx, Klassiker
Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao Tse Tung
Thomann, Luxemburg, Liebknecht u.a.
Arbeiterbewegung
Politik, Ökonomie
Geschichte der Arbeiterbewegung
Internationalismus
Schulungsmaterial
Kommunistische - Sozialistische Presse

Adressen von
ausländischen
Büchereien

Taschenbücher
Pädagogik
Psychologie
Soziologie
Kinderbücher

In allen Buchhandlungen
und in der KG
Politische Buchhandlung
GmbH & Co.



25 JAHRE

SED

Am 21. April 1946 vollzogen die beiden deutschen Arbeiterparteien in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands die Gründung der SED. In den westlichen Besatzungszonen konnte die Vereinigung der deutschen Arbeiterparteien von den Kapitalisten und der anti-kommunistischen SPD-Führung unter Kurt Schuhmacher verhindert werden.

Durch die Vereinigung von KPD und SPD entstand die stärkste Arbeiterpartei, die es bis dahin in der Geschichte Deutschlands gegeben hatte: die SED vereinte zum Zeitpunkt ihrer Gründung 1.330.000 Arbeiter und andere Werktätige in ihren Reihen. Die höchste Mitgliederzahl vor 1933 war bei der SPD 953 000 und bei der KPD 350 000.

Die Gründung der SED stand noch unter dem Eindruck und den Erfahrungen, die die deutsche Arbeiterklasse und darüber hinaus die Völker ganz Europas mit dem deutschen Faschismus gemacht hatten. Vor 1933 hatte die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse durch die Politik der SPD-Führung das Zustandekommen einer starken Einheitsfront

der Arbeiterklasse hintertrieben, die in der Lage gewesen wäre, die Kapitalistenklasse an der Errichtung ihrer faschistischen Diktatur zu hindern. Aus der mangelnden Einheit der Arbeiterklasse bei der Bekämpfung der faschistischen Bedrohung leiteten die Führungen von KPD und SPD in der damaligen SBZ den Schluß her, daß die Vereinigung nicht länger aufgeschoben werden dürfe.

Mit der Vereinigung von KPD und SPD zur SED war zwar die organisatorische und politische, aber noch nicht die ideologische Einheit hergestellt worden. Wichtige theoretische und ideologische Fragen waren zum Zeitpunkt des Vereinigungsparteitages noch unentschieden geblieben. (Weg zum Sozialismus, Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung, Rolle der Sowjetunion u. a.). Daraus ergaben sich naturgemäß eine Reihe von Problemen und Widersprüchen.

In den darauffolgenden Jahren stand die antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf der Tagesordnung. Um die Gefahr des Faschismus ein für alle mal zu bannen, war es notwendig, der Kapitalistenklasse die Staatsmacht zu entreißen und die wichtigsten Produktionsmittel in Staatseigentum zu überführen. Dagegen wurde in den westlichen Besatzungszonen die Herrschaft der Kapitalisten nicht angetastet. Vielmehr betrieben die westdeutschen Kapitalisten im Verein mit den westlichen Besatzungsmächten die Spaltung Deutschlands, die mit der Gründung der BRD im Jahre 1949 und mit der Eingliederung der BRD in die NATO ihren Abschluß fand.

Aufbau unter schwierigsten Bedingungen

Durch diese von den Imperialisten geschaffene Situation war die Gründung der DDR und die Entwicklung einer selbstständigen Wirtschaft erforderlich geworden, was die DDR vor besonders schwierige Aufgaben stellte, da eine eigene Grundstoffbasis sowie eine Schwerindustrie fast

völlig fehlten. Von der Vorkriegsproduktion Deutschlands entfielen bei Roheisen nur 1,3%, bei Steinkohle nur 2% und bei Stahl etwa 7% auf das Gebiet der DDR. So waren in der DDR nach 1949 zugleich mehrere wichtige Aufgaben in Angriff zu nehmen. Der Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Städte und der Wirtschaft, die Schaffung einer selbstständigen Schwerindustrie, die Zahlung von Reparationen für die vom deutschen Imperialismus verursachten Verwüstungen vor allem in der Sowjetunion und Polen, sowie die Errichtung der Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus in der DDR.

1950 waren mit Abschluß des ersten Zweijahresplanes in der DDR die schwerwiegendsten Kriegsschäden in der Wirtschaft notdürftig beseitigt, sodaß daran gedacht werden konnte, den Aufbau des Sozialismus auf die Tagesordnung zu setzen.

Im Jahre 1950 betrug der Anteil der sozialistischen Wirtschaft am gesellschaftlichen Gesamtprodukt 61,8%, der Anteil der verstaatlichten Betriebe an der industriellen Bruttoproduktion 76,5% sowie der Anteil des verstaatlichten Handels 47,3%. (Statist. Jahrbuch der DDR)

Bis Ende 1961 besserte sich die wirtschaftliche Lage der DDR nicht in dem erforderlichen Maße. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität blieb weit hinter den Erwartungen zurück und die Abwerbung von qualifizierten Arbeitskräften durch die Kapitalisten der BRD fügte der DDR erheblichen Schaden zu. "Wir haben... bis zum 13. August (1961) bedeutende ökonomische Verluste erlitten. Durch Abwerbung und organisierte Republikflucht haben wir Verluste im Umfang von mindestens 30 Milliarden Mark erlitten. Das entspricht etwa der Summe, die wir in den vergangenen zehn Jahren hätten investieren müssen, um eine hochmoderne, neu ausgerüstete, leistungsfähige Industrie zu besitzen..." (W. Ulbricht, Zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung, Berlin/DDR 1966, S. 17)

Die Folgen der Abwerbung und des imperialistischen Wirtschaftskrieges trafen die gesamte DDR-Wirtschaft schwer: "Es verlangsamte sich das Entwicklungstempo der Arbeitsproduktivität und der Akkumulation, während andererseits die Durchschnittslöhne schneller stiegen als geplant..." (um der Abwerbung entgegenzuwirken!) "... Dadurch verringerte sich das Wachstumstempo wichtiger Zweige der Grundstoffindustrie und verzögerte sich die Lösung anderer Schwerpunktaufgaben der Wirtschaft, was sich unweigerlich auf die weitere Erhöhung des Lebensstandards auswirken mußte." (Stefan Doernberg, Kurze Geschichte der DDR, Berlin/DDR 1969)

Hinzu kam, daß das Jahr 1961 eine Mißernte brachte, was eine "äußerst angespannte Futterlage" zur Folge hatte. "Hieraus ergaben sich Schwierigkeiten in der Fleischversorgung der Bevölkerung."

Primat der Politik!

Lenin betonte stets, daß die Politik gegenüber der Wirtschaft das Primat (Vorrangstellung) hat. Das bezeichnete Lenin überhaupt als das "ABC des Marxismus". In der DDR wurde diese Auffassung Lenins auf den Kopf gestellt und ein angebliches Primat der Wirtschaft propagiert. Tendenzen dazu hatte es schon immer gegeben. In Stefan Doernbergs "Kurze Geschichte der DDR" heißt es über die Zeit 1946-48 bereits: "Immer stärker entfaltete sich in Ostdeutschland der neue Inhalt der Arbeiterbewegung: die Mobilisierung der Massen zur planmäßigen Mehrung der Produktivkräfte im Interesse des Volkes, die Vervollkommnung der neuen Produktionsverhältnisse..." (S. 133)

In der Krise 1960/61 wurde die revisionistische These vom Primat der Wirtschaft noch weiter getrieben. Mit Bezug auf November 1960/61 schreibt Doernberg: "Das Zentralkomitee der SED forderte alle Parteiorganisationen auf, sich vor allem auf die Lösung der ökonomischen Aufgaben zu konzentrieren und dabei die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität als das wichtigste Anliegen zu betrachten." (S. 471) Und einige Seiten weiter noch schlimmer: "Die Wirtschaft ist die wichtigste Sphäre des Aufbaus des Sozialismus. Im Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus ist demnach - auf deutschem Boden wie im Weltmaßstab - die Wirtschaft das Hauptfeld der Auseinandersetzung der zwei Gesellschaftssysteme." (S. 495)

Die revisionistische, anti-leninistische These vom Primat der Wirtschaft hat in der ökonomischen Ausgangssituation und Entwicklung der DDR ihre materielle Basis. Die DDR mußte den Aufbau des Sozialismus unter schwierigsten wirtschaftlichen Bedingungen in Angriff nehmen, sodaß im Bewußtsein auch vieler ehrlicher Staats- und Parteifunktionäre die Politik hinter die Lösung der brennenden wirtschaftlichen Probleme zurücktrat.

Die These vom Primat der Wirtschaft umgeht aber die Kernfrage, für wen produziert wird, für wel-

che gesellschaftliche Entwicklung. In Wahrheit hat die Politik immer das Primat, unabhängig von den Erklärungen und Absichten einzelner Leute. Wenn also nicht die proletarische Politik das Primat hat, so hat die bürgerliche Politik den Vorrang. Das angebliche "Primat der Wirtschaft" bedeutet eben in Wahrheit Primat der bürgerlichen Politik.

Aus Mißtrauen gegenüber den politischen Meinungen und Gefühlen der Volksmassen erklärten die Revisionisten die "materielle Interessiertheit" der Menschen für die entscheidende Triebkraft der Produktion. Die These vom "Primat der Wirtschaft" leugnet den dialektischen Zusammenhang von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Wenn behauptet wird: "Die Wirtschaft ist die wichtigste Sphäre des Aufbaus des Sozialismus", so wird konsequenterweise die Steigerung der Produktion um jeden Preis (Förderung des bürgerlichen Egoismus, "Prestige"-Denken, Akkord-System u.a.) zum Hauptziel. Aber der Sozialismus, die sozialistischen Produktionsverhältnisse - das sind nicht nur und nicht einmal in erster Linie die verstaatlichte Produktivkräfte. Er erfordert vielmehr einen besonderen politischen, juristischen, kulturellen u.a. Überbau. Es ist gerade dieser Überbau, was den entscheidenden Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus ausmacht.

Auch auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU vor einigen Wochen war wieder davon die Rede, daß in der Sowjetunion "die materiell-technische Basis für die kommunistische Gesellschaft" geschaffen wird. Das ist erstaunlich genug, wenn man bedenkt, daß sich in der Sowjetunion die Lohnunterschiede immer mehr vergrößern, daß die Privilegien und der Lebensstil der Führungsschicht immer unerträglicher werden, daß über eine "Verschlechterung der Arbeitsmoral" und "Zunahme der Trunksucht" offiziell geklagt wird usw. In dem, was die Revisionisten die "materiell-technische Basis für die kommunistische Gesellschaft" nennen, sind ihnen die Kapitalisten weit voraus, wie auch im sogenannten "wissenschaftlich-technischen Fortschritt". Ein Wettlauf auf diesem Gebiet kann im Grunde nur so aussehen, wie unter Chruschtschow, der einmal in der Woche versprach, "demnächst die USA zu überholen".

Die Revisionisten sehen nicht, daß sie im "Wettbewerb" mit den Kapitalisten entweder der revolutionären Initiative der Massen Raum geben müssen (was sie nicht wollen und als revisionistische Bürokraten auch nicht können) oder aber letzten Endes völlig zu den Ausbeutungsmethoden, Akkord-System, Entlohnungs-System usw. der

kapitalistischen Gesellschaft, zur Autonomie der Betriebsführungen usw. übergehen müssen. Auch wirtschaftliche Schwierigkeiten - die in einer sozialistischen Gesellschaft natürlich möglich sind - erfordern, daß alle Anstrengungen auf die politische Seite konzentriert werden. z.B. Die der DDR durch den westdeutschen Imperialismus zugefügten Schäden und die damit verbundenen Probleme (Abwerbung, niedrige Arbeitsproduktivität u.a.) waren im Grunde politischer Art (falsche Vorstellungen bei DDR-Bürgern über die kapitalistische Gesellschaft der BRD, Entfremdung zwischen SED und Volksmassen, falsche Einstellung zum sozialistischen Staat usw.). Entsprechend hätten diese Probleme vor allem politisch angegangen werden müssen, statt durch Anwendung des "Prinzips der materiellen Interessiertheit", (das allenfalls vorübergehend eine Hilfsrolle hätte spielen dürfen!)

Die chinesischen Genossen haben dieses Verhältnis so zum Ausdruck gebracht: "Wenn wir den Klassenkampf vergessen, die Revolution nicht machen und nur einseitig von der Produktion von Material, der Herstellung von Material und der eifrigen Beschäftigung mit der Mechanisierung in Anspruch genommen werden, werden unsere sozialistischen Unternehmen zu kapitalistischen entarten, wird die politische Macht ihre Farbe ändern, und alle Errungenschaften des wirtschaftlichen Aufbaus werden der Bourgeoisie in die Hände fallen und zur Unterdrückung und Ausbeutung der breiten Massen der Werktätigen benützt werden. Daher ist es notwendig, zuerst die Revolutionierung durchzuführen und die Revolutionierung die Mechanisierung leiten zu lassen." (Der Weg der sozialistischen Industrialisierung Chinas, PEKING: RUND-SCHAU, Nr. 43/ 1969)

In der Volksrepublik China wird ständig daran gearbeitet, die sozialistische Wirtschaft nicht nur "schneller, besser und ökonomischer" als die kapitalistische aufzubauen, sondern auch sozialistische Verhaltensweisen und Überbau-Strukturen zu entwickeln. Vom marxistischen Standpunkt aus entspricht diese Zielsetzung der Erkenntnis der historischen Notwendigkeit, daß die Produktivkräfte sich ohne radikale Veränderung sowohl der Eigentumsverhältnisse als auch der gesamten Produktionsweise und Überbaustrukturen der Gesellschaft entweder überhaupt nicht oder nur in widersprüchlicher Form weiterentwickeln können (d.h. indem sie zunehmend sowohl auf materieller Ebene als auch im Bereich des Menschlichen selbst destruktive Kräfte hervorbringt.)

Die sozialistische Produktionsweise kann sich nur dann behaupten, kann nur dann Fortschritte machen, wenn sich die "Überbaustrukturen" in Form von sozialistischen

Einstellungen, Verhaltensweisen und gesellschaftlichen Vorstellungen herausbilden. Ohne adäquate Überbaustrukturen wird die ökonomische Basis, auf der man den Sozialismus aufzubauen versucht, durch rückläufige Veränderungen bedroht (Rückkehr zu "materiellen Anreizen", Prämiensystemen etc.), und zwar sowohl im Bereich der Produktivkräfte selbst, als auch im Bereich der Produktionsverhältnisse (Wiederzulassung erst kleiner, dann größerer Privatbetriebe etc.). Denn die Produktivkräfte laufen Gefahr, ihre Entwicklung zu verlangsamen, wenn sich die Einstellungen und Verhaltensweisen, die für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft erforderlich sind, nicht schnell genug entwickeln, oder wenn sich Einstellungen und Verhaltensweisen sowie Wertesysteme rückläufig zu solchen entwickeln, die die kapitalistische Produktionsweise kennzeichnen (materielle Interessiertheit, Egoismus etc.).

Unter den extrem schwierigen Bedingungen der Jahre 1960-62 begann in der DDR der schrittweise Übergang zum sogenannten "Neuen ökonomischen System der Planung und der Leitung" (NÖSPL). In einer ähnlichen Situation war auch in der von Lenin geführten Sowjetunion ein Rückzug angetreten worden, nämlich 1921 der vorübergehende Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) vollzogen worden. Aber im Unterschied zu den Revisionisten pflegte Lenin die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Er sagte: die NÖP bedeute "einen Schritt zurück für unsere sozialistische Staatsmacht". Es ist klar, daß eine solche Maßnahme ein Kompromiß, eine Abweichung von den Prinzipien der Pariser Kommune und jeder proletarischen Macht ist. (Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, Ausgewählte Werke, Bd. II, S. 744 ff.).

Wir sehen daran, wie Lenin über Notwendigkeiten den Arbeitern die Wahrheit sagte. Er sah die NÖP als "Schritt zurück" an, und er sagte das auch ohne Beschönigung. Das war Lenin!

Die Revisionisten aber behaupten, daß ihr NÖSPL geradezu ein Schritt vorwärts sei. Sie sagen, daß die Vergrößerung der Lohnunterschiede, der Übergang zum System der "materiellen Anreize", die Stärkung der Autonomie der Betriebsführungen usw. ein Schritt vorwärts sei.

Lenin stellte das Problem der NÖP ehrlich dar, sodaß es möglich war, den Rückzug an einem bestimmten Punkt zu beenden und wieder zum Vormarsch über zu gehen; es war damit eine Garantie gegeben, daß der Schritt zurück nicht weiter als notwendig gegangen werden würde.

Die Revisionisten dagegen bezeichnen das NÖSPL als Schritt nach vorn, und das bedeutet, daß sie diesen Weg ohne Umkehr immer weiter gehen wollen.

Der Übergang der DDR zum NÖSPL erfolgte seit Anfang 1962. Es besteht u. a. in der "Anwendung eines geschlossenen Systems ökonomischer Hebel zur Durchsetzung des Prinzips der materiellen Interessiertheit, in der "konsequenten Konzentration der Mittel und Kräfte auf die führenden Wirtschaftszweige" und im Übergang "von einer vorwiegend mengenmäßigen Planung... zu einer in erster Linie auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt gerichteten Perspektivplanung..." Unter "ökonomischen Hebeln" werden Kosten, Preise, Gewinn, Kredit, Zins, Lohn und Prämie verstanden, wobei der Gewinn "eine zentrale Stellung im System der ökonomischen Hebel" hat.

Die Revisionisten erklären dazu, die Wirtschaftsleitung sollte "auf der Grundlage der wissenschaftlichen fundierten Planung nunmehr vorwiegend mit ökonomischen Mitteln erfolgen", d. h. nach im Grunde marktwirtschaftlichen Prinzipien wie "Angebot und Nachfrage", Kredit-Politik, Nachfrage-Steuerung durch Werbung, Verhandlungen zwischen relativ selbstständigen Betriebs-Führungen, differenziertes Lohnsystem u. a.

Zwar sind in der DDR die wesentlichen Produktionsmittel in Staatseigentum überführt. Auch war die Kollektivierung der Landwirtschaft 1960 abgeschlossen. Es handelt sich dabei aber nur um die Änderung der "juristischen Formen", d. h. der Eigentumsverhältnisse. Es sind dies die notwendigen Voraussetzungen, um die Produktionsverhältnisse zu sozialistischen umzuwälzen, d. h. die unmittelbaren Produzenten zu den tatsächlichen Herren über die Produktion und die von ihnen erarbeiteten Produkte werden zu lassen. Die chinesische Kulturrevolution hat in der Praxis belegt, daß auch unter den Verhältnissen des Staatseigentums und des genossenschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln nicht von selbst gewährleistet ist, daß sich die Massen zu den unmittelbaren Herren der Produktion - gewissermaßen im Selbstlauf - entwickeln. Nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats geht der Klassenkampf unter anderen Bedingungen weiter. Wenn die Kapitalistenklasse ihre ökonomische Basis verloren hat, so hat sie noch starke Positionen auf dem Gebiet der Kultur, der Wissenschaft etc. Auch nach der Entmachtung der Bourgeoisie bleibt die bürgerliche Arbeitsteilung in körperliche und geistige Arbeit noch für längere Zeit bestehen und kann in den proletarischen Kadern bürgerliche Be-

wußtseinsformen hervorbringen. Letztlich ist der Sozialismus eine Übergangsgesellschaft, die nach Lenins Worten "mit den Muttermalen der kapitalistischen Gesellschaft behaftet" ist. Der Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft kann nur erfolgreich vonstatten gehen, wenn die Überreste der kapitalistischen Produktionsverhältnisse völlig überwunden werden.

Die DDR-Theoretiker versuchen den Schluß nahezu legen, daß sich mit dem Übergang der Produktionsmittel in gesellschaftliches und genossenschaftliches Eigentum schon sozialistische Produktionsverhältnisse durchgesetzt hätten:

"In der DDR ist das sozialistische Eigentum an Produktionsmitteln in der Form des Volkseigentums und des genossenschaftlichen Eigentums zur festen ökonomischen Grundlage der Gesellschaft geworden... Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in allen Bereichen der Volkswirtschaft sind in der DDR die sozialen und ökonomischen Möglichkeiten für die Wiederherstellung des Kapitalismus ein für alle mal beseitigt." (Programm der SED, Berlin 1963, S. 45)

Daß sich aber mit der Enteignung der meisten Kapitalisten noch lange nicht sozialistische Produktionsverhältnisse durchgesetzt haben, ist schon von Marx und Lenin hervorgehoben worden. Die Veränderung der Eigentumsformen ist nicht gleichbedeutend mit der Errichtung der gesellschaftlichen Fähigkeit und Macht, die Produktionsmittel in Bewegung zu setzen und über die Produkte zu verfügen. Sie ist weit davon entfernt, eine Vergesellschaftung im eigentlichen Sinn des Wortes zu sein. Aber nur diese kann bedeuten, daß sich sozialistische Produktionsverhältnisse durchsetzen, und daß die arbeitenden Massen zu den tatsächlichen Herren in allen Bereichen der Gesellschaft werden.

Die Gleichsetzung von sozialistischen Eigentumsformen, d. h. der juristischen Hülle, und sozialistischen Produktionsverhältnissen verschleiert die Tatsache, daß die Massen noch nicht die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben, daß die Erringung der Verfügungsgewalt über die Produktion noch aussteht.

In dem Maße aber, in dem sich in der DDR die Verhältnisse verfestigen und geradezu als "Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse" verherrlicht werden, der eine "Wiederherstellung des Kapitalismus ein für alle Mal unmöglich gemacht" hat - im selben Maße also konsolidiert sich auch die Herausbildung neuer Klassenverhältnisse, die Herrschaft der Spitzen der

Partei-,Staats- und Wirtschaftsbükratie, die eine neue Revolution notwendig macht.

DIE WARE IM NEUEN ÖKONOMISCHEN SYSTEM

Die DDR-Theoretiker wenden sich direkt gegen Marx, indem sie behaupten, es handle sich um eine "undialektische Interpretation etwa der Bemerkungen Marx' zum Gothaer Programm", für "den Sozialismus die Bedeutung z. B. der Ware-Geld-Beziehung zu unterschätzen..." Vielmehr gelte es, "Warenproduktion, Wertgesetz, Preis, Gewinn etc. ... durch richtige Ausnutzung" erst voll "zur Wirkung" zu bringen. (nach W. Kallweil, in EINHEIT, hrsg. vom ZK der SED, Januar 1968, S. 68)

Auch Walter Ulbricht ist der Ansicht, daß flächlicherweise "... Häufig die Kategorien, die formal den Kategorien der kapitalistischen Ökonomie ähnlich sind (Geld, Preis, Gewinn und andere) als 'unvermeidliche Übel' betrachtet werden, deren Wirksamkeit überwinden werden muß... Deshalb besteht die Aufgabe beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsformation nicht darin, diese Kategorien zu überwinden, sondern darin, sie im Interesse der Werktätigen voll auszunutzen." (W. Ulbricht, Zum ökonomischen System des Sozialismus in der DDR, Bd. 2, Berlin 1968, S. 520)

Marx hat die Analyse der Ware an den Anfang des "Kapitals" gestellt. Er war der Ansicht, daß die Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft im Keim in der Existenz der Warenproduktion enthalten sind, d. h. in den Widersprüchen, die in der Ware selbst angelegt sind. Marx hat die "verdinglichten" Bewußtseinsformen, den "Fetisch-Charakter der Ware", die im Kapitalismus den gesellschaftlichen Charakter der Produktion verschleiern, hervorgehoben. Er hat das falsche Bewußtsein der Menschen aus dem Warencharakter der Produkte hergeleitet und eindeutig darauf hingewiesen, daß die Warenproduktion im Sozialismus schrittweise abgebaut werden muß. Mit Marx waren alle revolutionären Marxisten der Ansicht, daß im Sozialismus der Warencharakter der Produkte absterben wird. Engels z. B. stellte fest: "Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten." (Anti-Dühring).

Die Revisionisten indessen sind anderer Meinung. Sie reden vom "Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse" und von der "Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus", ohne dabei den

Warencharakter der Produkte zu beseitigen. Im Gegenteil wird die Arbeitskraft selbst immer mehr wieder zu einer Ware (Festsetzung der Löhne und Prämien durch die Betriebsführung, gegenseitige Abwerbung von Arbeitskräften zwischen den Betrieben und Branchen, Akkord-System u. a.)

DER BETRIEB IM NEUEN ÖKONOMISCHEN SYSTEM

Das NÖSPL räumt dem Betrieb eine größere Selbstständigkeit ein, als das in den 50er Jahren in der DDR der Fall war. Das hängt mit der neuen Gestalt des Plans zusammen, die sich herausbildete. Die Lenkung der Betriebe erfolgt im NÖSPL nicht mehr durch direkte Material-Kennziffern, die vornehmlich auf den Gebrauchswert ausgerichtet waren, sondern mittels sogenannter "ökonomischer Hebel" wie Gewinn, Preis, Kredit, Zins etc., also durch Größen, die am Tauschwert orientiert sind.

Dabei hat der Gewinn "eine zentrale Stellung im System der ökonomischen Hebel". Von der Höhe des Gewinns des Betriebs hängt die Höhe der an die Arbeiter geleisteten Prämien und sozialen Leistungen ab. Vom Gewinn hängt aber auch ab, welche Mittel der Betrieb für neue Investitionen bereitstellen kann. Wurden früher die Investitionen im wesentlichen zentral geplant und aus dem Staatshaushalt abgedeckt, so müssen die Betriebe im NÖSPL aus ihrem Gewinn die notwendigen Ausgaben für die Neuanschaffung moderner Maschinen und Einrichtungen, für Rationalisierungsmaßnahmen und andere Maßnahmen zur Erhöhung und Verbesserung der Produktion bestreiten.

Die Ausrichtung der Betriebe auf den Gewinn ging einher mit der Umstellung der Planerstellung. Auch hier wurde der Gewinn zum entscheidenden Kriterium. Eine auf einen Zeitraum von 20-25 Jahren ausgerichtete Prognose soll die ökonomischen und strukturellen Veränderungen der Volkswirtschaft analysieren, die erforderlich sind, um bei einem Minimum an Kosten ein Maximum von Gewinn zu erzielen. Auf der Grundlage dieser Prognostik werden dann die Perspektivpläne erstellt, die einen Zeitraum von 5 Jahren umfassen. Die dritte Stufe ist dann der jährliche Plan.

Die Tatsache, daß der Gewinn das Haupt-Kriterium für die Prognose und die Pläne ist, "verstärkt die Gefahr, daß der Plan nur 'Begleiter' einer Entwicklung ist, die nicht durch ihn, sondern durch die Warenverhältnisse bedingt ist. Wenn nämlich 'geplant' wird, was ohnehin kraft Reproduktion der Warenverhältnisse eintreten wür-

de, wird die reale Bedeutung des Plans unterminiert. Der Plan bekämpft nicht mehr die Wirkung des Wertgesetzes, sondern er verdoppelt nur dessen Wirken." (W. Lindner, Aufbau des Sozialismus oder kapitalistische Restauration?, Erlangen 1971, S. 37)

So zeigt sich auch auf dem Gebiet der Planung, daß die Warenverhältnisse - die nach Meinung der DDR-Theoretiker "voll zur Geltung gebracht werden müssen" - mit der Existenz eines Planes, der als politisches Instrument Ausdruck der ökonomischen und gesellschaftlichen Umgestaltung in Richtung auf den Sozialismus, d.h. vornehmlich auf den Gebrauchswert gerichtete Produktion unvereinbar ist. "Die Warenverhältnisse dehnen sich aus, greifen um sich. Die notwendige Transformation der Produktionsverhältnisse und der Produktivkräfte (als bewußt gestaltete, d.h. geplante) werden unmöglich." (Lindner, S. 37)

Die größere Selbstständigkeit der Betriebe äußert sich im Prinzip der "Eigenverantwortlichkeit" und in der "eigenverantwortlichen wirtschaftlichen Rechnungsführung der Betriebe. Die Lenkung der Betriebe mittels "ökonomischer Hebel" und die staatlichen Plan-Normative stecken den Rahmen ab für die Verwendung der in eigener Verantwortung erwirtschafteten Gewinne. Die Akkumulation der Betriebe wird auf diese Weise nur noch indirekt gesteuert, wobei es mehr oder minder große Spielräume gibt. Die Grenzen dieses Spielraums ergeben sich:

"... durch den Spielraum zwischen staatlich gesetzten Normativen und der eigenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Der sozialistische Warenproduzent (der Betrieb) kann durch Qualifizierung seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit diesen Spielraum ausdehnen." (Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin/DDR 1969, S. 357)

Die Orientierung auf den Gewinn verbunden mit der "Eigenverantwortlichkeit" der Betriebe hat die Herausbildung von eigenständigen Interessen der Betriebe gegenüber dem Staat und den Arbeitern zur Folge. Sie führen zu einer zunehmenden Pervertierung der bereits erreichten sozialistischen Formen und zu einer verstärkten Macht der Betriebsleiter, die die eigentliche Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben.

"Die relative Eigenständigkeit der materiellen Interessen der Betriebe ist die Ursache der Warenproduktion im Sozialismus". (Harry Nick, Gesellschaft und Betrieb im Sozialismus, Berlin 1970, S. 64)

Der auf einen hohen Gewinn orientierte Betrieb hat ein natürliches Interesse an hohen Verkaufspreisen und niedrigen Fertigungspreisen. Auch eine Verschlechterung der Qualität der Produkte kann den Gewinn erhöhen. Auch der Drang, das staatliche Außenhandelsmonopol zu unterlaufen und zu durchbrechen, ist in

der Ausrichtung der Betriebe auf den Gewinn angelegt. Nicht zuletzt hat der Betrieb das Bestreben, die Löhne und anderen Zuwendungen möglichst niedrig zu halten.

DAS "SYSTEM DER MATERIELLEN INTERESSIERTHEIT"

Das "System der materiellen Interessiertheit" wirkt also auf Betriebs-Ebene hauptsächlich durch die Orientierung am Gewinn. Die Eigeninteressen der Betriebsführungen sind im NÖSPL bewußt verstärkt worden. Die Eigeninteressen sind die Basis, auf der die "Stimulierung" mittels "materieller Interessiertheit" und "ökonomischer Hebel" im Rahmen der staatlichen Normative zur Wirkung gebracht wird.

Für den einzelnen Arbeiter realisiert sich das System der "materiellen Interessiertheit" durch die Prämien, die zum Lohn gezahlt werden und durch wachsende Differenzierung der Löhne.

Es ist besonders hervorzuheben, daß die Prämien aus einem betrieblichen Prämienfond gezahlt werden, dessen Höhe von der Betriebsführung nach dem Gewinn festgelegt wird. Die Prämie ist also eine Art betrieblicher Gewinnbeteiligung, allerdings differenziert nach Qualifikation, Arbeitsleistung, Stellung in der betrieblichen Hierarchie u.a. Ebenso richtet sich die Höhe des betrieblichen Fond für soziale u.a. Zuwendungen und für soziale Leistungen (z.B. Betriebs-Kindergärten) nach der Höhe des Gewinns.

Das ist im Grunde ein Schritt zurück hinter das Prinzip "Jedem nach seiner Leistung", denn die Einflußmöglichkeiten der Arbeiter auf die Höhe des Gewinns und damit der betrieblichen Fonds sind sehr begrenzt. Wie wir sahen, müssen auch die Mittel für Rationalisierung, Anschaffung neuer Maschinen usw. aus den vom Betrieb selbst erwirtschafteten Mitteln bestritten werden, sodaß sich ein unrentabel oder wenig rentabel arbeitender Betrieb gewissermaßen in einem Teufelskreis bewegt, dem er aus eigener Kraft nicht entgehen kann. Das wiederum bedeutet Abwertung der betroffenen Arbeiter in Betrieben mit besseren Bedingungen, also die Ausdehnung eines Arbeitsmarktes, auf dem die Arbeiter ihre Arbeitskraft den Betriebsführungen anbieten müssen.

Auch hier kommt wieder zum Ausdruck, daß nicht die Arbeiter, sondern die Wirtschafts-Bürokraten die wahren Herren der Produktion sind.

ARBEITSTEILUNG IM NEUEN ÖKONOMISCHEN SYSTEM

Die Arbeitsteilung im NÖSPL hat eindeutig bürgerlichen

Charakter. Das zeigt sich besonders in der krass unterschiedlichen Bewertung der "geistigen" und der "körperlichen" Arbeit. Es wird in zunehmendem Maße gefordert, die Löhne stärker zu differenzieren und die geistige Arbeit gegenüber der körperlichen höher zu bewerten.

"Man beklagt sich, daß bestimmte einfache, körperlich schwere Arbeiten zu hoch bewertet werden, und fordert, daß die qualifizierte Arbeit aufgestuft wird. Je höher die Technik in einem Betrieb, umso höhere Löhne sollen gezahlt werden." (Philip Neumann: Der "Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsformation", Kursbuch 23, S. 114)

"Der höchste Basislohn der jeweiligen Lohngruppe wird bei vollautomatisierten Prozessen mit zeitlichem Zwangsablauf, der niedrigste Basislohn bei manuellen Arbeiten und niedrigen Formen der Produktionsorganisation angewandt." (Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin/DDR 1969, S. 814)

Die Interessen, die hinter einer besonders hohen Bewertung der geistigen und der besonders qualifizierten Arbeit stehen, sind die der Kader in der Staats-, Partei- und Wirtschaftsbürokratie, sowie die der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz, also jene Gesellschaftsschichten, die mehr und mehr zu einer führenden Klasse verschmelzen (obwohl zwischen diesen Gruppen natürlich auch Widersprüche bestehen).

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß die in der DDR getroffenen Maßnahmen zur Stärkung der "Eigenverantwortlichkeit" der Betriebe und Aufhebung der staatlichen Investitionsplanung und -lenkung sowie die verschärfte Anwendung des "Prinzips der materiellen Interessiertheit" auf Löhne und Prämien letzten Endes eine Rückkehr zur kapitalistischen Anarchie der Produktion und zur Spaltung der Arbeiterklasse bedeuten.

BESTELLT

DEN



Abonnement
6 Ausgaben
4,80 DM
(incl. Porto)

Ausgaben an:
1. Reich
2. Hamburg 13
Kutschke 95

Zahlung bitte im voraus auf das Postcheckkonto Hmb. 340 596 (f. Dienst)

KRITIK DES THESEN- ENTWURFS DES PARTEIVORSTANDES DER DKP ZUM DÜSSELDORFER PARTEITAG DER DKP (25. - 28. November 1971)

Zum kommenden Parteitag der DKP im November hat der Parteivorstand auf seiner 9. Tagung (3./4. Juli) einen Thesenentwurf vorgelegt. Die vorgelegten 44 Thesen sollen dazu dienen, die mittlerweile zweieinhalb Jahre alte Grundsatzerklärung der DKP vom April 69 auf der Grundlage neuer Gegebenheiten (u. a. Regierungsantritt der SPD und "neue Ostpolitik") zu aktualisieren.

PV-Mitglied Mies stellte den Thesenentwurf auf einer Pressekonferenz als "marxistische Analyse neuer Entwicklungen der Wirtschaft und des Staates, der Politik und der Gesellschaft unseres Landes" vor (UZ, 7.8.). Wie Mies sagte, ist der Entwurf das "Ergebnis der mehrmonatigen Arbeit einer vom Parteivorstand gewählten Kommission und einer zehntägigen Beratung des Parteivorstandes".

Die Arbeit an den Thesen scheint sich auf ein verkürzendes Zusammenfassen einer theoretischen Arbeit des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED beschränkt zu haben (siehe "Der Imperialismus der BRD", herausgegeben vom IIG beim ZK der SED, erschienen 1971 beim Verlag Marxistische Blätter in Frankfurt/M., 655 Seiten). Gegenüber dieser Arbeit enthält der Thesenentwurf nicht einmal neue Formulierungen, geschweige denn neue Inhalte.

Wie es heißt, sollen die Thesen "eine Anleitung zum Handeln, ein Kampfprogramm" sein, und weiter: "Mit den Thesen profiliert sich unsere Partei erneut als die marxistische Kampfpartei der Bundesrepublik, die als einzige Antworten auf die Gegenwart und Zukunft geben kann!" (Präsidiums-Mitglied Noetzel, UZ, 10.7.).

Das ist ein großer Anspruch. Prüfen wir die Thesen also daraufhin.

"Demokratische Erneuerung" im Mittelpunkt

Es wird davon ausgegangen, "daß das nächste strategische Ziel unserer Partei die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft ist" (PV-Mitglied Gerns auf der 9. PV-Tagung). Der PV hat dieser "demokratischen Erneuerung" - wie Gerns weiter ausführte - in den Thesen einen "zentralen Platz" eingeräumt, und zwar auch deshalb, weil angeblich in der DKP zuviel "vom sozialistischen Ziel gesprochen" wird, "aber nicht genügend auf die notwendige vermittelnde Rolle des Kampfes um eine antimonopolistische Demokratie und konkrete antimonopolistische Kampfforderungen verwiesen wird." (Text des Beitrages von Gerns in UZ, 24.7.).

Der DKP-Vorstand legt Wert darauf, daß es vom staatsmonopolistischen Kapitalismus (= Imperialismus) zum Sozialismus keinen "unvermittelten Übergang" geben kann und erklärt von daher die Notwendigkeit einer "Durchgangsphase", nämlich der "antimonopolistischen Demokratie", die durch die "Zurückdrängung und schließliche Überwindung der Macht des Monopolkapitals" erreicht werden soll, und zwar "auf der Basis der im Grundgesetz verkündeten demokratischen Prinzipien und Rechte" (These 10).

Anscheinend muß hier geklärt werden, was denn überhaupt sozialistische Revolution heißt. Es ist ganz undenkbar, daß die sozialistische Revolution jemals mit einem Sprung aus dem Kapitalismus heraus den Sozialismus total verwirklichen könnte. In der sozialistischen Revolution wird die Herrschaft der Kapitalistenklasse gestürzt, aber Elemente des Kapitalismus werden langfristig weiter existieren. Niemand wird bezweifeln, daß z. B. die Oktoberrevolution in Rußland 1917 eine sozialistische Revolution war, aber sie ließ die privatwirtschaftende Bauernschaft noch bestehen. In der VR Polen ist noch heute die Landwirtschaft zu über 80% in privater Hand, aber die VR Polen wird dennoch von der DKP dem "sozialistischen Lager" zugerechnet. In der DDR selbst ist das Handwerk zu über 50% noch privatwirtschaftlich, der Einzelhandel zu 11%. Von den Industriebetrieben der DDR sind 12% halbstaatlich oder privat. Neben dem Volkseigentum besteht in Landwirtschaft und Handwerk das genossenschaftliche Eigentum.

Keine Revolution kann auf Anhieb den Privatbesitz an Produktionsmitteln völlig aufheben. Insofern kann die sozialistische Revolution stets nur die Voraussetzungen für den Sozialismus schaffen, aber noch nicht unmittelbar diesen selbst. Neben dem Volkseigentum bleiben andere Eigentumsformen noch längere Zeit bestehen.

Aus der ganz allgemeinen Tatsache, daß die sozialistische Revolution nur an den Sozialismus heranzuführt, aber noch keineswegs diesen selbst "in einem großen Sprung", "mit einem großen Schritt" (Gerns) verwirklicht, folgt an sich noch nicht die Notwendigkeit einer besonderen strategischen Etappe vor der sozialistischen Revolution.

Es ist zu fragen, was die Einführung des Begriffs "demokratische Erneuerung" für die BRD konkret bedeuten soll.

Imperialismus ist unmittelbare Vorstufe des Sozialismus

In der BRD befanden sich schon 1966 knapp 75% des gesamten Produktivvermögens im Besitz von 1,7% der privaten Haushalte (laut FR vom 28. Juli). Aus derselben Untersuchung geht hervor, daß über die Hälfte (54%) des gesamten Produktivvermögens im Besitz von 0,15% der Haushalte ist. Diese Zahlen zeigen, daß die Konzentration von Kapital und Produktion in der BRD bereits einen so hohen Grad erreicht hat, daß die Aufhebung des monopolkapitalistischen Eigentums der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln überhaupt schon sehr nahe kommt. Das bestätigt die Voraussage Lenins: "In seinem imperialistischen Stadium führt der Kapitalismus bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran, er zieht die Kapitalisten gewissermaßen ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen in eine Art neue Gesellschaftsordnung hinein, die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet." (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus).

Daraus kann nicht die Erfindung einer besonderen Etappe oder "Durchgangsphase" ("antimonopolistische Demokratie") folgen. Es zeigt sich im Gegenteil, daß die Entmachtung des Monopolkapitals heute nur noch als sozialistische Revolution denkbar ist. Würden diese 75% des Produktivvermögens dem Monopolkapital entrissen und in Volkseigentum verwandelt werden, so würde das - auch bei zeitweiliger Fortexistenz anderer Eigentumsformen

insbesondere des Einzelhandels, Handwerks und Landwirtschaft - bereits den Sozialismus im Sinne der üblichen Definition bedeuten müssen.

Lenin hat das so ausgedrückt: "... der staatsmonopolistische Kapitalismus (ist) die vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare Vorstufe ..., denn auf der historischen Stufenleiter gibt es zwischen dieser Stufe und derjenigen, die Sozialismus heißt, keinerlei Zwischenstufen mehr ... Oder mit anderen Worten: Der Sozialismus ist nichts anderes als das staatsmonopolistische Monopol, das zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird und dadurch aufgehört hat, kapitalistisches Monopol zu sein..." (Lenin, Werke Bd. 25, S. 369/70).

Daß Lenin hier gegen die Strategie der "demokratischen Erneuerung" spricht, ist offensichtlich, und hat auch den Revisionisten einiges Kopfzerbrechen gemacht.

Revisionistische Haarspalterei

Mit dem folgenden politisch-ideologischen Salto Mortale versuchen sie aus der Klemme zu kommen: Zwischenstufen zwischen Kapitalismus und Sozialismus könne es allerdings nicht geben, aber die "demokratische Erneuerung" sei auch keine Stufe, sondern vielmehr "realer Übergang von einer Stufe zur anderen" (Der Imperialismus der BRD, s.o., S. 564), oder - anders ausgedrückt - eine "Durchgangsphase, in der die Herrschaft des Monopolkapitals beseitigt und der Weg zum Sozialismus geöffnet wird" (These10).

Im Begriffsgebrauch der Thesen selbst liegt eine Zweideutigkeit, die eine derartige Argumentation ermöglicht. Gleichzeitig werden nämlich die Begriffe "demokratische Erneuerung" und "antimonopolistische Demokratie" in den Thesen verwendet, von denen die erste Bewegung, die zweite einen Zustand bedeutet. Man könnte meinen, daß die "demokratische Erneuerung" der Weg ist, um zur "antimonopolistischen Demokratie" zu gelangen. Aber das entspricht nicht dem Sinn der Thesen, die beide Begriffe in der Regel synonym (mit gleichem Wort-Inhalt) verwenden. Sonst wäre es auch nicht sehr sinnvoll, die "demokratische Erneuerung" als ein "strategisches Ziel" zu bezeichnen (Gerns). Denn von strategischen Zielen kann nicht mit Bezug auf Bewegungen (Entwicklungen) gesprochen werden, sondern nur in Bezug auf bestimmte Etappen.

Keinerlei Mißdeutungen sind mehr möglich, wenn ausdrücklich von der "Errichtung einer antimonopolistischen Demokratie", von der "Konstituierung einer antimonopolistischen Demokratie", von einer "anti-imperialistisch-demokratischen Ordnung" gesprochen wird (BRD-Imperialismus, S. 567). Wenn von der "Errichtung der neuen Staatsmacht antimonopolistischer Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse (BRD-Imperialismus, S. 567) und von der "Ersetzung" der Macht des Großkapitals "in dieser Kampfetappe ... durch eine antimonopolistische Macht" (Gerns) gesprochen wird, muß das Gemeinte noch eindeutiger werden. Festzuhalten ist schließlich folgende Kennzeichnung:

"(Die antimonopolistische Demokratie) ist zwar noch kein Sozialismus, es bestehen auch noch keine sozialistischen Eigentumsverhältnisse, sie ist aber auch nicht als Etappe oder Phase des Kapitalismus möglich" (BRD-Imperialismus, S. 567).

Wenn die "antimonopolistische Demokratie" einen besonderen Staat mit besonderen Eigentumsverhältnissen voraussetzt, die sich sowohl von den kapitalistischen wie auch von den sozialistischen Gegebenheiten unterscheiden, so ist es zweifellos nicht einfach Übergang, eine Bewegungsform, sondern in der Tat eine eigene Zwischenstufe, die hier angestrebt wird. Andernfalls wäre es unsinnig von der Errichtung einer besonderen Staatsmacht zu reden. Die Kennzeichnung dieses besonderen Staats und dieser besonderen Eigentumsverhältnisse nicht als Stufe, sondern als "Durchgangsphase" ist eine sophistische Haarspalterei mit dem einzigen Zweck, die Abkehr von Lenin zu bemänteln.

Bekanntlich sah Marx den Sozialismus insgesamt nur als "Übergangsperiode" an, und Lenin erklärte, daß die Diktatur des Proletariats "bereits ein Übergangsstaat, kein Staat im eigentlichen Sinne mehr" sei (Staat und Revolution, Kap. V). Niemand hat deswegen bisher behauptet, daß der Sozialismus keine besondere historische Stufe, sondern nur ein "Übergang von einer Stufe zur anderen" sei. Eine besondere gesellschaftliche Ordnung, mit besonderer Staatsmacht und besonderen Eigentumsverhältnissen zwischen Kapitalismus und Sozialismus - das ist eben eine Zwischenstufe, in dem Sinn, wie Lenin das Wort gebraucht.

REVOLUTION

TABU

Diese Zwischenstufe wird von den Revisionisten zu dem Zweck eingeführt, über die sozialistische Revolution hinwegzureden, die in ihrer Programmatik schlechterdings nicht mehr vorkommt. Die Zwischenstufe nämlich wird durch eine "antimonopolistische Umgestaltung" erreicht, und wächst dann ihrerseits in den Sozialismus hinüber.

Der Begriff "Revolution" selbst kommt in den Thesen des Parteivorstandes überhaupt nicht vor. Dieses Wort mögen die Revisionisten überhaupt nicht, es sei denn in der historischen Vergangenheitsform. Offenbar gab es eine deutsche Revolution von 1848, eine russische Revolution von 1917 - aber in der Zukunft scheint es keine Revolutionen mehr geben zu sollen. Da taucht selbst die deutsche Übersetzung von "Revolution", nämlich Umwälzung, nur ein einziges Mal in den Thesen auf.

Ansonsten ist immer von "Umgestaltung" und "Erneuerung" die Rede, die ebenso wie die Formel vom "Zurückdrängen" des Monopolkapitals eindeutig auf Evolution (reformistische Entwicklung) statt auf Revolution (gewaltsame Umwälzung) hinweisen. Durch den "Kampf um Reformen" will der DKP-Parteivorstand "allmählich das Kräfteverhältnis zugunsten der demokratischen Kräfte verändern" (These 11).

Eine ganz neue "Theorie"

über den Reformismus

"Der Kampf um Reformen wird zur Bewegungsform der Revolution" (BRD-Imperialismus, S. 623) - das ist eine zentrale These des Revisionismus. Wer so redet und entsprechend handelt, muß in letzter Konsequenz zur "Schlußfolgerung" kommen, daß Reform und Revolution "unter den aktuellen Bedingungen" wohl gar nicht so sehr voneinander unterschieden, sondern fast identisch sind. Und das wird wirklich behauptet:

"Unter den heutigen objektiven Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus bildet sich ein neues Verhältnis zwischen Revolution und Reform heraus. Der wachsende Einfluß des Sozialismus und der Druck der inneren Widersprüche des staatsmonopolistischen Kapitalismus führen dazu, daß der Kampf um echte politische

und ökonomische Reformen zu einer ernsthaften Gefahr für die Monopole wird. Die demokratischen Alternativforderungen der Arbeiterklasse und aller mit ihr verbundenen Volksschichten gehen über den Rahmen üblicher Reformen hinaus. ... Bei grundlegenden demokratischen Reformen wird die Grenze zwischen Reform und Revolution immer fließender." (Die westdeutschen Gewerkschaften und das Staatsmonopolistische Herrschaftssystem 1945-1966, Berlin/DDR 1968, S. 21/22).

Warum soll dann nicht auch - wie die Revisionisten ihren Traum weiterspinnen - die Möglichkeit bestehen, "daß von der Position des Reformismus aus demokratische Alternativlösungen formuliert werden, die dem Klassenkampf gegen das imperialistische Herrschaftssystem immer größeren Spielraum verschaffen (ebenso, S. 143). Das läßt dann die Reformisten, "die einst mit ihrer Politik die hemmende, reaktionäre Linie in der Arbeiterbewegung verkörperten, zu Vertretern einer kämpferischen, antimilitaristischen und demokratischen Richtung werden" (ebenso, S. 143). Auch der Reformismus hätte dieser These zufolge seinen Charakter geändert und hätte somit eine historische Berechtigung gewonnen.

Es ist demnach konsequent, daß in den Thesen des Parteivorstandes der DKP die Gefährlichkeit des Reformismus und zwar gerade unter den Bedingungen des Imperialismus, mit keinem Wort auch nur erwähnt wird. Kritisiert wird ausschließlich die "Ideologie der rechten SPD-Führer" (These 40), nicht aber auch der "linke" Reformismus (Jusos, Teile der Gewerkschaftsführung) als Stütze dieser Ideologie.

Kennzeichen des Reformismus ist aber gerade, daß er Forderungen aufstellt, die "über den Rahmen üblicher Reformen hinaus" zu gehen scheinen. Denn diese Forderungen sollen ja angeblich "das System sprengen", "systemtransformierend", "systemüberwindend" wirken. Natürlich wäre z.B. die Forderung nach "Wirtschaftsdemokratie" wie sie in den 20er Jahren von den Reformisten erhoben wurde - niemals im Kapitalismus zu verwirklichen gewesen. Das änderte aber ihren reformistischen Charakter nicht, sondern machte ihn geradezu aus. Ebenso ist es heute mit der "Mitbestimmungs"-Programmatik, die nichts anderes als eine kaum veränderte zweite Auflage der "Wirtschaftsdemokratie" ist.

Die "demokratische Erneuerung" - das ist die Ersetzung der sozialistischen Revolution durch eine Strategie der Reformen, wobei die "Mitbestimmung" eine zentrale Rolle spielt. Die Grenzen des modernen Revisionismus zum Reformismus "werden immer fließender" - die beiden verschmelzen miteinander.

GEFÄHRLICHE ILLUSIONEN !

Mit seiner "Umgestaltung" und "Erneuerung" verbreitet der DKP-Parteivorstand gefährliche Illusionen über den Charakter des Kampfes gegen das Monopolkapital. Denn je höher der Grad der Konzentration der Produktion und Zentralisation der Produktion im Imperialismus ist, um so klarer ist auch, daß dessen Macht nur durch eine gewaltsame Revolution gebrochen werden kann.

Davon will der DKP-Parteivorstand nichts wissen. In der "demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft", in der "antimonopolistischen Demokratie" hat er eine "Durchgangsphase" erfunden, in der angeblich unter Vermeidung einer sozialistischen Revolution der Imperialismus fast schon bruchlos in den Sozialismus "hindüberwächst". In seiner Rede auf dem VII. Kongress der KOMINTERN (August 1935) wies Dimitroff darauf hin: "die Rechtsopportunisten versuchen... ein besonderes demokratisches Zwischenstadium zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats herzustellen, um in der Arbeiterklasse die Illusion eines friedlichen parlamentarischen Spaziergangs aus der einen Diktatur in die andere zu wecken." Darum geht es also bei der "demokratischen Durchgangsphase" des DKP-Parteivorstandes. Daß dabei mit den Begriffen "Umgestaltung" und "Erneuerung" statt "Revolution" bzw. "Umwälzung" gearbeitet wird, ist nur konsequent.

In der DKP-Grundsatzserklärung vom April 1969 fand sich immerhin noch der folgende wichtige Hinweis: "Die DKP erstrebt den für das arbeitende Volk der Bundesrepublik günstigsten Weg zum Sozialismus, einen Weg ohne Bürgerkrieg. Es waren immer die herrschenden reaktionären Klassen, die zur Rettung ihrer Macht und ihrer Vorrechte blutige Gewalt gegen das Volk anwandten." (Abschnitt 3).

In den jetzt vorliegenden Thesen dagegen ist jeder Hinweis auf die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit einer gewaltsamen Konfrontation mit dem Imperialismus unter den Tisch gefallen. Hierin macht sich wohl auch der Erfolg der imperialistischen Taktik bemerkbar, die DKP-Führung durch Verbotsdrohungen immer weiter in die rechtsopportunistische Ecke zu drängen.

Diese Leute maßen sich aber an, der Arbeiterklasse "als einzige Antworten geben zu können". Was sie in Wirklichkeit tun, ist: Verwirrung stiften, um die entscheidenden Dinge herumreden, Illusionen verbreiten !

"Wer so redet und denkt, sinkt zur völligen Bedeutungslosigkeit herab."

Wenn es richtig ist, daß der Imperialismus den Drang zu Gewalt und Unterdrückung nach innen und außen beinhaltet, so kann nicht bezweifelt werden, daß eine gewaltsame Konfrontation mit dem Imperialismus unvermeidlich oder jedenfalls sehr wahrscheinlich ist. Der Imperialismus läßt sich nicht "zurückdrängen". Wo seine Macht ernsthaft in Frage gestellt wird, da reagiert der Imperialismus mit Gewalt. "Jetzt kann man nicht mehr davon sprechen, daß man die kapitalistische Gesellschaft, die Hunderte Milliarden Rubel für den Krieg ausgegeben hat, durch Reformen ummodelln könne, kann man nicht davon sprechen, daß man die Gesellschaft ohne eine revolutionäre Staatsmacht, ohne Gewalt, ohne riesige Erschütterungen umgestalten könne! Wer so redet und denkt, sinkt zur völligen Bedeutungslosigkeit herab." (Lenin, Rede in einer Festsitzung des Moskauer Sowjets, 6. März 1920, Werke Bd. 30)

Den Arbeitern eine Antwort, eine Perspektive für die Zukunft zu geben, das erfordert, die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit einer gewaltsamen Konfrontation mit dem Imperialismus ernsthaft und verantwortungsbewußt darzulegen.

Wir haben heute in drei Ländern Europas den offenen Faschismus, nämlich in Spanien, Griechenland und Portugal. In Frankreich zeigte der Imperialismus im Mai 1968 durch Bereitstellung von Fallschirmjägern und Panzertruppen seine konterrevolutionäre Entschlossenheit. In Italien ist die Existenz imperialistischer Staatsstreich- und Bürgerkriegspläne wiederholt nachgewiesen worden. In der BRD sind bzw. werden mit den Notstandsgesetzen, Umrüstung des Grenzschutz zur Bürgerkriegstruppe, Zentralisierung der Polizei u. a. entsprechende Maßnahmen getroffen.

An diesen Tatsachen muß die Strategie einer "demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft" gemessen werden.

Die Begründung der Revisionisten für die Einführung einer besonderen Zwischenstufe, d. h. der "antimonopolistischen Demokratie" zwischen Imperialismus und Sozialismus, ist im wesentlichen die folgende:

- ① Der Kampf der Arbeiter "richtet sich zwangsläufig zunächst auf Teillösungen und nach erreichten

Teilerfolgen wiederum auf das nächste Problem und auf den Ausbau und die Sicherung des Erreichten" (BRD-Imperialismus, S. 565). Daher sei es notwendig, die Arbeiter und übrigen Werktätigen "durch das Ringen für grundlegende antimonopolistische Umgestaltungen an die Notwendigkeit des Sozialismus und den Kampf um den Sozialismus heranzuführen" (These 10).

- ② "Die durch den staatsmonopolistischen Kapitalismus potenzierte Macht des imperialistischen Herrschaftssystems ist die entscheidende Ursache dafür, daß es... nicht möglich ist, mit einem Sprung zur Diktatur des Proletariats, zum Sozialismus, zu kommen" (BRD-Imperialismus, S. 566).
- ③ die Existenz "defer ökonomischer und auf Grundlage unvermeidlicher politischer Widersprüche" zwischen 99% (!) der Bevölkerung einerseits und der Monopolbourgeoisie andererseits. Dadurch ergeben sich angeblich völlig neue Perspektiven für die Bündnispolitik bei Durchführung "antimonopolistischer Umgestaltungen" (BRD-Imperialismus, S. 339)

Die "Klassenanalyse" des Revisionismus

Betrachten wir hier zunächst das dritte Argument. Bekanntlich machen die Revisionisten einen grundsätzlichen Unterschied zwischen der Kapitalistenklasse insgesamt einerseits und dem Monopolkapital im besonderen andererseits. Die nichtmonopolistische Bourgeoisie (kleine und mittlere Unternehmer) verbindet nach Meinung der Revisionisten mit der Arbeiterklasse "das gemeinsame Interesse an Frieden und Demokratie". Daher ist dieser Teil der Kapitalistenklasse "in die demokratische Bewegung einzubeziehen" (DKP-Grundsatz-erklärung, Abschnitt 4). Als Hauptwiderspruch wird derjenige zwischen der "Mehrheit des Volkes" (genannt werden: Arbeiterklasse, Intelligenz, Bauern und Mittelschichten) einerseits und der "zahlenmäßig kleinen Spitzengruppe der Herrscher von Industrie, Banken und Staat" andererseits aufgefaßt. (These 35). Die Differenzierung zwischen verschiedenen Schichten der Kapitalistenklasse ist sinnvoll. Wie Lenin schrieb, ist der Imperialismus "der Wendpunkt vom alten zum neuen Kapitalismus, von der Herrschaft des Kapitals schlechthin zu der Herrschaft des Finanzkapitals", und weiter: "Die grundlegende Besonderheit des modernen Kapitalismus ist die Herrschaft der Monopolverbände der Großunternehmer" (Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus.)

Dennoch spricht Lenin durchgehend von der Herrschaft der Bourgeoisie (= Kapitalistenklasse) und von der bürgerlichen Diktatur. Und auch das erscheint sinnvoll. Zwar übt natürlich nicht die gesamte Bourgeoisie die Herrschaft aus, sondern eben die Monopol-Bourgeoisie. Aber sie tut das im Interesse der gesamten Klasse.

Der kleine und mittlere Kapitalist stöhnt unter der Konkurrenz der "Großen" - aber zugleich garantieren ihm diese seine Fortexistenz als Ausbeuter fremder Arbeitskraft. Vor die Wahl gestellt zwischen Diktatur des Proletariats und der Diktatur der Bourgeoisie (der Monopol-Bourgeoisie) entscheidet er sich in der Regel für letztere. Die Einbeziehung der nichtmonopolistischen Bourgeoisie in eine demokratische Bewegung ist illusorisch - sofern hier von ihrer Einbeziehung als Klasse, nicht aber vom Herausfallen einiger Individuen aus ihrer Klasse gesprochen wird. (Friedrich Engels z.B. war Fabrik-Besitzer).

Wir Kommunisten halten es mit der Aussage von Marx und Engels: "Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich... dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat." (Manifest der Kommunistischen Partei). Der Hauptwiderspruch liegt zwischen jenen, die die Produktionsmittel besitzen, und jenen, die zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungen sind.

DKP kontra Marx & Engels

Dieser Aussage von Marx und Engels stellt der Parteivorstand der DKP offenbar ganz bewußt - unter Benutzung fast des gleichen Wortlautes! - seine These 35 entgegen: "Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus spaltet sich die Gesellschaft immer sichtbarer in zwei objektiv feindliche Lager: die mächtige, aber zahlenmäßig kleine Spitzengruppe der Herrscher von Industrie, Banken und Staat auf der einen und der Mehrheit des Volkes auf der anderen Seite." In der Thesen-Vorlage des SED-Instituts heißt es noch um einiges deutlicher: "Heute stehen sich nicht mehr nur Kapital und Arbeit, Bourgeoisie und Proletariat als unversöhnliche Antipoden gegenüber; heute hat sich dieser Widerspruch ausgeweitet zu einem Antagonismus zwischen der staatsmonopolistischen Oligarchie und allen nichtmonopolistischen Klassen" und weiter: "Zwischen der Monopolbourgeoisie, die nur 0,02% der Bevölkerung ausmacht, und allen übrigen Klassen und

Schichten, die über 99% der Bevölkerung umfassen, bestehen tiefe ökonomische und auf ihrer Grundlage unvermeidlich politische Widersprüche."

Hier ist also die Frage des Besitzes an Produktionsmitteln bzw. des Zwangs zum Verkauf der Arbeitskraft nicht mehr das entscheidende Kriterium. Die "orthodoxe" Unterscheidung zwischen Bourgeoisie und Proletariat wird weitgehend hinfällig. Indessen waren Marx und Engels durchaus imstande, die zukünftige Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus richtig einzuschätzen. Daß die Bourgeoisie "die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert", daß hieraus als "notwendige Folge" auch "eine politische Zentralisation" folgt, daß die Mittelschichten und kleinen Industriellen "der Konkurrenz mit den größeren Kapitalisten erliegen" und ruiniert werden, steht bereits im "Manifest der Kommunistischen Partei".

Marx und Engels sahen aber auch - was die Revisionisten nicht wahrhaben wollen - daß "von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen... nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse" ist. "Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen." (Manifest). Revolutionär - so Marx und Engels wüßten - sind diese Klassen nur, wenn sie sich "im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Übergang ins Proletariat" auf dessen Klassenstandpunkt stellen.

(Diese Problematik soll hier nicht weiter vertieft werden, da sie in unserer "Kritik am Studienmaterial Nr.1 des AMS-Spartakus" ausführlicher behandelt worden ist.)

Was ist die langfristige Tendenz des Imperialismus?

In den Thesen vermißt man jeden Hinweis darauf, daß es in Deutschland einmal die faschistische Diktatur, die Zerschlagung der Arbeiterbewegung gegeben hat, und daß eine solche Gefahr auch für die Zukunft besteht. Das aber hat auch Konsequenzen für den demokratischen und Friedenskampf in der BRD. Dieser kann in der langfristigen Perspektive nur als sozialistischer Kampf erfolgreich geführt werden.

Was aber in den Thesen über den demokratischen- und Friedenskampf ausgesagt wird, widerspiegelt nur die Unsicherheit und Konfusion des Parteivorstandes der DKP. Einerseits werden die allgemeinen Tendenzen des Imperialismus einigermaßen richtig bei Lenin abgeschrieben: die Angriffe auf die demokratischen Rechte werden verstärkt, die Verflechtung des Monopolkapitals mit der Staatsbürokratie werden immer enger (These 1), die zunehmende Militarisierung (These 23).

Es heißt aber dann, "im System imperialistischer Machtausübung" sei "gegenwärtig das Bemühen in den Vordergrund getreten, die Arbeiterklasse durch Reformversprechungen... an das staatsmonopolistische System zu binden" (These 5). Es seien - vor allem durch die Verträge von Moskau und Warschau - "günstige Möglichkeiten für einen gesicherten Frieden in Europa" entstanden (These 21). "Von den beiden stets gleichzeitig vorhandenen Methoden imperialistischer Herrschaft, der Methode der Gewalt und der Methode der Kompromisse und Zugeständnisse, muß der Imperialismus entgegen seinem Wesen immer häufiger der zweiten einen gewissen Vorzug geben... Insgesamt gewinnt... als Mittel staatsmonopolistischer Machtausübung die Reformpolitik in verschiedenen Schattierungen deutlich an Gewicht." (BRD-Imperialismus, S. 121). Wie sich das mit einer andern Äußerung verträgt, wo auf die "stärkere Orientierung des Monopolkapitals auf die Methode der Gewalt" (BRD-Imperialismus, S. 219) hingewiesen wird, ist ungewiß.

Es kann schwerlich Hauptaufgabe der Kommunisten sein, darüber zu reden was "im Vordergrund" steht, d.h. über die momentane äußere Hülle des BRD-Imperialismus. Vielmehr haben sie zu zeigen, was im Hintergrund steht und damit ausschlaggebend ist für die gegenwärtige und zukünftige gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes. Hier scheinen sich die Revisionisten jedoch selbst nicht ganz sicher zu sein. Die Reformpolitik des Imperialismus scheinen sie für eine langfristige Tendenz zu halten, obwohl das ihren eigenen Analysen widerspricht.

Diese Tendenz sei begründe in der Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt, der erfolgreichen Entwicklung in der Sowjetunion und DDR und auch (!) in der wachsenden "Unruhe" in der Arbeiterschaft. "Diese Entwicklung zwingt das Großkapital, sich der neuen Lage anzupassen" (These 5). Ebenso wird die Tendenz der Verträge von Moskau und Warschau zur "Anerkennung der Realitäten" als langfristig dargestellt, eine Tendenz also, die "günstige Möglichkeiten für einen gesicherten Frieden" noch bei Fortexistenz des Imperialismus bieten soll (These 21).

"ZWEI FRAKTIONEN"-

THEORIE spukt weiter

Unvermeidlich, daß hier auch die Theorie von den "zwei Fraktionen der Großbourgeoisie" aufgewärmt wird. Eine Fraktion (Teil, Gruppierung) des Imperialismus sei "über die mögliche Dynamik der Entwicklung besorgt". Das seien "vornehmlich die Vertreter der Rüstungsmonopole", aus Furcht, "daß ihnen die Verträge Fesseln für ihre aggressiven Ziele anlegen" könnten. Dagegen sei eine andere Fraktion des Imperialismus "zu einer mehr realistischen Beurteilung der Situation" gelangt. (These 25) Diese Erklärung ist zumindest - wohlwollend ausgedrückt - arg mißverständlich. Denn diese Erklärung beinhaltet ja, daß die eine Fraktion des Imperialismus in den Verträgen von Moskau und Warschau wohl keine Fessel für ihre aggressiven Ziele sieht und deshalb nicht besorgt ist. Und von dieser Fraktion wird gesagt, sie habe "eine mehr realistische Beurteilung der Situation"!

Seltsam genug. Bisher hatte die DKP noch behauptet: "Der Moskauer Vertrag bedeutet eine Fessel für die Militaristen, für die Kräfte des Krieges, für die Feinde jeder demokratischen Reform... Er schadet denen, die sich an der Rüstung gesund stoßen, die den Profit über das Leben der Mitmenschen stellen" (Werbeschrift der DKP für die "Fünf großen Vorteile des Moskauer Vertrages") Wäre das richtig, so wäre doch offensichtlich jene Fraktion des Imperialismus die realistischere, die "über die mögliche Dynamik der Entwicklung besorgt" ist? Indessen ist das ganze Gerede von "Fraktionen" unsinnig, ebenso wie die Revisionisten auch einen sehr seltsamen Begriff von "Realismus" haben.

LENIN —

Original und Fälschung

Zur Rechtfertigung ihrer seltsamen Theorie von den "zwei Fraktionen" schrecken die Revisionisten nicht einmal davor zurück, die Aussagen Lenins zu verfälschen.

So fabulierte DKP-Vorsitzender Kurt Bachmann in seinen Ausführungen zum Thesen-Entwurf auf der 9. PV-Ta-
gung am 3. Juli:

"Wir beachten die Hinweise Lenins, daß es der Arbeiterklasse nicht gleichgültig sein kann, welche Fraktion der Bourgeoisie die Macht ausübt..."

Es gibt keine solchen "Hinweise"! Was Lenin sagte, war

vielmehr: Die Kapitalistenklasse hat zwei Methoden des Regierens entwickelt, nämlich die der offenen Gewalt einerseits und die der Scheinzugeständnisse und Reformversprechungen andererseits. Von diesen sei die letztere Methode die für das Proletariat günstigere. Lenin wies die Auffassungen einiger Anarchisten zurück, "daß die Form der Unterdrückung dem Proletariat gleichgültig sei" (das Wort "Form" ist bei Lenin hervorgehoben!), denn - so begründete Lenin - "eine breitere, freiere, offenere Form des Klassenkampfes und der Klassenunterdrückung bedeutet für das Proletariat eine riesige Erleichterung im Kampf um die Aufhebung der Klassen überhaupt." (Staat und Revolution, Kap. IV, Abschn. 5). Lenin spricht hier also von der Form der Klassenherrschaft, nicht aber von der Existenz von Fraktionen der Kapitalistenklasse. Die Existenz von Fraktionen scheint eine Erfindung Dimitroffs zu sein, die von einigen Leuten seither beharrlich und unbelehrbar fortgeschleppt wird.

Lenin sprach auch davon, daß die Methode der Scheinzugeständnisse und Reformversprechungen für den Klassenkampf gewisse Schattenseiten birgt. Lenin zitierte hier Pannekok, der festgestellt hatte: "Das positive reale Ziel der liberalen Politik der Bourgeoisie ist die Irreführung der Arbeiter, ist das Hineintragen von Spaltung in ihre Mitte, ist das Verwandeln ihrer Politik in ein ohnmächtiges Anhängsel des ohnmächtigen, stets ohnmächtigen und ephemeren Scheinreformertums". Lenin fügt hinzu: "Nicht selten erreicht die Bourgeoisie für eine gewisse Zeit ihr Ziel mit Hilfe der 'liberalen' Politik, die - wie Pannekok richtig bemerkt - eine 'schlauere' Politik darstellt. Die Zickzackwege der bürgerlichen Taktik haben eine Stärkung des Revisionismus in der Arbeiterbewegung zur Folge und führen nicht selten die Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung bis zur direkten Spaltung."

Lenin erklärt sogar unmißverständlich: als die deutsche Bourgeoisie im Jahre 1890 von der "harten" Politik des Sozialistengesetzes zur Methode scheinbarer Zugeständnisse überging, da "erwies sich - wie immer diese Wendung als noch gefährlicher für die Arbeiterbewegung, das sie den ebenso einseitigen Widerhall des bürgerlichen 'Reformertums' hervorrief: den Opportunismus in der Arbeiterbewegung." (vorstehende Zitate aus: Lenin, Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, Dezember 1910)

Nur die Vorteile der Methode der Scheinzugeständnisse und Reformversprechungen für das Proletariat hervorzuheben - wie das die Revisionisten zu allen Zeiten getan haben - muß notwendigerweise einseitig

und irreführend bleiben. Mit Bezug auf die Politik der SPD/FDP-Regierung müßte also gesagt werden, daß sie zwar günstigere Möglichkeiten für den Klassenkampf der Arbeiter und ihrer Organisationen eröffnet hat, auf der anderen Seite aber auch die gesteigerte Gefahr einer Irreführung der Arbeiter beinhaltet und daher besondere Anforderungen an die Agitation und Propaganda der Kommunisten stellt.

Die Legende vom "gemäßigten" Imperialismus

Die "Zwei Fraktionen"-Theorie hat ihren konkreten Ausdruck vor allem in der sowjetischen Außenpolitik gefunden. Unvergessen sind die Worte Chruschtschows, mit denen er die "Vernunft" und das "Verantwortungsbewußtsein" Präsident Kennedys anpries, während dieser den Krieg in Vietnam entscheidend ausweiten ließ, den Bürgerkrieg in Laos anheizen ließ, das sozialistische Kuba 1961 zunächst überfallen und ab 1962 blockieren ließ usw. usf. Und Breschnew erklärte auf der sogenannten "Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien" (Moskau, Juni 69): "Wir unterscheiden im kapitalistischen Lager auch einen gemäßigten Flügel. Die Vertreter dieses Flügels, die zwar unsere klassenmäßigen ideologischen Gegner bleiben, schätzen das gegenwärtige Kräfteverhältnis in der Welt nüchtern genug ein und sind geneigt, nach gegenseitig annehmbaren Lösungen für internationale Streitfragen zu suchen. Unser Staat trägt diesen Tendenzen in seiner Außenpolitik Rechnung."

Hierin ist bereits der Gedanke enthalten, daß bei Vorherrschaft dieser angeblichen "Fraktion" (Flügel) die Kriegsgefahr durch "gegenseitig annehmbare Lösungen" (d.h. Lösungen, die sowohl für das "sozialistische Lager" wie auch für die Imperialisten "annehmbar" sein sollen - das ist an sich schon recht seltsam!) endgültig gebannt werden könnte.

In Fortführung dieses Gedankens wird in den Thesen des DKP-Parteivorstandes behauptet: "Die Chancen sind gewachsen, den Imperialismus an der Anwendung militärischer Gewalt zu hindern. Es bestehen jetzt reale Möglichkeiten... zu Vereinbarungen über eine friedliche Zusammenarbeit aller Völker Europas vorwärtszuschreiten." (These 26)

LENIN...

Zwar war Lenin der Meinung, "daß Kriege unvermeidlich sind, solange die Gesellschaft in Klassen geteilt ist" (revolutionäre Armee und revolutionäre Regierung, Juli 1905), daß sich die Kommunisten von der bürgerlichen Pazifisten unterscheiden "durch die Erkenntnis der Unmöglichkeit, die Kriege abzuschaffen, ohne die Klassen abzuschaffen und den Sozialismus aufzubauen" (Sozialismus und Krieg, August 1915), Lenin war auch der Meinung: "Solange es den Kapitalismus neben dem Sozialismus gibt, können sie nicht in Frieden leben" (Rede in der Aktivversammlung der Moskauer Organisation der KPR/B, Dezember 1920).

... und seine "Widerleger"

Diese Auffassungen Lenins haben jedoch nach Meinung der Revisionisten heute keine Gültigkeit mehr, da das "sozialistische Lager" existiert und ein Weltkrieg zur atomaren Katastrophe führen müßte.

Tatsächlich ergibt sich unter den aktuellen Bedingungen, daß die Imperialisten einer direkten, massiven Konfrontation mit Gefahr einer atomaren Ausweitung aus dem Weg gehen müssen. Das bedeutet aber nicht, daß deshalb schon die Imperialisten an der Anwendung von Gewalt gehindert werden könnten. Es bedeutet vielmehr, daß die Imperialisten vorläufig andere Formen der Gewalt anwenden, die nicht zur massiven Konfrontation führen und unterhalb der "Atom-Schwelle" bleiben.

Die Legende vom "Realismus"

Gibt es überhaupt einen abstrakten Realismus, außerhalb der konkreten Klassenlage? Ganz sicher nicht.

Da sich die Menschen jeweils in einer bestimmten Klassenlage befinden, so kann es keine für alle verbindliche Vernunft, Moral usw. geben. Ein Mensch handelt vernünftig und realistisch, wenn er seinen Klasseninteressen entsprechend handelt.

Der Kapitalist ist also realistisch, wenn er die Ausbeutung und damit seinen Profit zu steigern versucht, und der Arbeiter ist realistisch, wenn er sich dagegen zur Wehr setzt.

Es ist daher falsch, den "Realismus" der Kapitalistenklasse mit einer bestimmten Form des Regierens zu identifizieren - etwa in dem Sinne, daß die "gemäßigte" Methode (Reformversprechungen und soziale Täuschungsmanöver bei relativ breiter Entfaltung der bürgerlichen De-

mokratie) immer auch die "realistische" ist. Unter Umständen kann gerade der Übergang zu terroristischen, repressiven Herrschaftsmethoden vom Standpunkt des Kapitals aus "realistisch" sein. In diesem Sinn ist z. B. das KPD-Verbot von 1956 ebenso "realistisch" wie seine teilweise Lockerung seit etwa 1967. Denn in beiden Fällen erreichte die Kapitalistenklasse zeitweise ihr Ziel. Ebenso ist der "Realismus" nicht gleichbedeutend mit dem Verzicht auf Gewalt. Die Anwendung von Gewalt unter gewissen Bedingungen kann für das Kapital ebenso "realistisch" sein wie der Verzicht auf Gewalt unter anderen Bedingungen. Vom Standpunkt der Imperialisten aus ist es durchaus "realistisch", die Konterrevolution in Indonesien, Griechenland, Sudan u. a. nach Kräften zu unterstützen.

Die Revisionisten indessen verabsolutieren das, was sie "Realismus" nennen. Sie identifizieren ihn ganz allgemein mit irgendeinem besonderen "gemäßigten", um den Frieden besorgten" (so Chruschtschow über Präsident Kennedy!) "Flügel" der Kapitalistenklasse. Würde tatsächlich eine besondere "Fraktion" ("Flügel") der Kapitalistenklasse existieren, die auf Grund ihrer "nüchternen", "realistischen" Einschätzung der äußeren Kräfteverhältnisse zur friedlichen Koexistenz bereit ist, - warum sollte diese "Fraktion" dann nicht auch bereit sein, sich von den Arbeitern bei "nüchternen" Einschätzung des inneren Kräfteverhältnisses "schrittweise zurückdrängen" zu lassen? Bereit, auf einen Bürgerkrieg zu verzichten? Dann wäre es in der Tat überflüssig und sogar schädlich, die Frage der bewaffneten Konfrontation mit der Kapitalistenklasse auch nur zu diskutieren.

BÜRGERKRIEG ÜBERFLÜSSIG?

— WUNSCH UND WIRKLICHKEIT

Und wirklich wird genau das von den Revisionisten behauptet: "Die neuen Bedingungen des Klassenkampfes, die durch den Einfluß des Sozialismus und die tiefen Widersprüche zwischen Monopolherrschaft und Volk entstanden sind, lassen Möglichkeiten entstehen, daß tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen ohne die äußersten Formen der Gewalt, ohne bewaffneten Aufstand und Bürgerkrieg erzwungen werden können."

(BRD-Imperialismus, S. 624) "Es wachsen die realen Möglichkeiten, die reaktionären Kräfte zu hindern, Bürgerkriege und bewaffnete imperialistische Interventionen zu entfesseln." (BRD-Imperialismus, S. 629)

In These 21 wird erwähnt, daß der Imperialismus seit 1945 über 30 "kriegerische Konflikte" in aller Welt vom Zaun brach, "während der Frieden in Europa... erhalten blieb", und zwar angeblich deshalb, "weil hier dem Imperialisten die geschlossene Front der sozialistischen Staatengemeinschaft gegenübersteht." Diese Darstellungsweise "übersieht" die simple Tatsache, daß in dieser Zeit in zwei Ländern Europas, die an das "sozialistische Lager" angrenzen - nämlich Griechenland und Türkei - mit aktiver Unterstützung der NATO reaktionäre Regimes (faschistischer Tendenz) an die Macht gehoben wurden, daß in Frankreich und Italien ähnliche Unternehmen jederzeit versucht werden könnten, daß der britische Imperialismus einen Kolonialkrieg in Nordirland führt, daß in Spanien und Portugal die faschistische Diktatur nach wie vor existiert.

Es ist daher unsinnig, pauschal zu behaupten, man könne heute "den Imperialismus an der Anwendung von Gewalt hindern". Erinnert sei ferner an die Rolle der Imperialisten bei verschiedenen konterrevolutionären Staatsstreich in Indonesien, Ghana, Marokko, Sudan, Bolivien u. a.

Es wurde bereits auf den Irrtum hingewiesen, aus der Anwendung verschiedener Formen der Kapitalistenherrschaft auf die Existenz verschiedener Fraktionen zu schließen, die jeweils die eine oder die andere Form bevorzugen würden. Allgemein wird dabei die "Rüstungsindustrie" mit jener "Fraktion" identifiziert, die repressiv nach innen und aggressiv nach außen sei, während die "gemäßigtere" Fraktion nicht näher benannt wird. Diese "Fraktionen"-Theorie verkennt die Verflechtung der Rüstungsproduktion mit allen Bereichen der monopolkapitalistischen Produktion. Diese Verflechtung ist gerade ein Kennzeichen des Imperialismus. Es gibt daher keinen Teil des Monopolkapitals, dem die Rüstungswirtschaft gleichgültig sein kann, ebensowenig wie es andererseits einen Teil gibt, der ausschließlich Rüstungs-Interessen verfolgen würde. Anders ausgedrückt: ein und derselbe Monopolkapitalist (z. B. Thyssen) ist sowohl an der Rüstung wie auch z. B. am "Osthandel" interessiert, sowohl an "Butter" wie auch an "Kanonen". Sieht man sich einmal die Kapitalisten an, die aus dem sich entwickelnden "Osthandel" die größten Profite ziehen, so sind das natürlich nicht die kleinen Kräuter oder bestimmte Zweige der Konsumgüter-Industrie (z. B. Textil), sondern die Chemische und die Schwer-Industrie, d. h. dieselben, die im Rüstungsgeschäft aktiv sind.

Wen vertritt die

SPD-FDP-REGIERUNG?

Es wäre besser, wenn nicht so viel über "Fraktionen" spekuliert, sondern die objektive Kapital-Entwicklung betrachtet würde. Hier zeigt sich nun, daß auch unter der SPD-Regierung die Konzentration des Kapitals anhält - wie ja auch in den Thesen richtig gesagt wird. Daß auf dieser Grundlage auch die Konzentration politischer Macht fortschreitet, ist zu vermuten und zeigt sich in der Tat. Auch das steht in den Thesen. Hier sei nur hingewiesen auf die Entwicklung des sogenannten "militärisch-industriellen Komplex", die in These 25 geschildert wird. Die Thesen erwähnen als besondere Maßnahmen der SPD/FDP-Regierung die Einsetzung eines militärischen Führungsstabes, "der praktisch einem neuen Generalstab entspricht". Die nächsten Sätze aus These 25 sollen wörtlich wiedergegeben werden:

"Mit der Ernennung des ehemaligen Wehrwirtschaftsführers und Thyssen-Managers Mommsen zum Staatssekretär für Rüstungswirtschaft und der Errichtung eines Arbeitskreises für Rüstungsbeschaffung, dem die Vertreter der wichtigsten Rüstungskonzerne angehören... wird der militärisch-industriellen Komplex weiter ausgebaut. Die Herausbildung des militärisch-industriellen Komplexes ist Ausdruck einer neuen Stufe der Militarisierung und Aggressivität des deutschen Imperialismus und bringt ernste Gefahren für den Frieden in Europa mit sich."

Richtig. Aber wie kann man uns dann andererseits erzählen, daß sich in der SPD/FDP-Regierung die Herrschaft einer "gemäßigteren" "Fraktion" der Kapitalistenklasse ausdrückt, daß sich "reale Möglichkeiten zu Vereinbarungen über eine friedliche Zusammenarbeit aller Völker Europas" (These 26) bieten? Das kann doch nur jemand behaupten, der seinen eigenen Analysen nicht traut. Oder sollte der Thyssen-Manager aus Gründen der "friedlichen Zusammenarbeit der Völker" ins Kriegsministerium geholt worden sein? Strebt Innenminister Genscher auf Wunsch eines "gemäßigten Flügels" der Kapitalistenklasse die Stärkung und Zentralisation der Polizei an? Oder auf wessen Wunsch?

Es ist offensichtlich, daß sich überall in den Thesen dort die Widersprüche auftun, wo das allgemeine revisionistische Geschwätz mit konkreten Analysen konfrontiert wird. Der Parteivorstand behauptet, den Arbeitern mit diesen Thesen eine "Antwort" gegeben zu haben. Aber was soll der Arbeiter sagen, dem erst von einer "neuen Stufe in der Militarisierung und Aggressivität des deutschen Im-

perialismus" erzählt wird, und dem dann gesagt wird, daß sich nunmehr "reale Möglichkeiten für einen gesicherten Frieden" ergeben? Das erzeugt keine Klarheit, sondern nur weitere Verwirrung.

Es entsteht der Eindruck, daß der Parteivorstand selbst nicht imstande ist, die z. T. widersprüchlichen Erscheinungsformen der imperialistischen Politik zu durchschauen und zu einer komplexen, allseitigen und umfassenden Einschätzung der Lage und zukünftigen Entwicklung der Dinge zu kommen.

Da wird z. B. ausgesagt, daß "im System imperialistischer Machtausübung, gegenwärtig das Bemühen in den Vordergrund getreten (sei), die Arbeiterklasse durch Reformversprechungen an das monopolkapitalistische System zu binden." (These 5). Richtig, aber das ist doch wohl eine Banalität. Daß das Bemühen heute im Vordergrund steht, kann jeder Arbeiter ohne weiteres sehen. Dazu braucht er die Kommunisten nicht. Aber die Arbeiter erwarten mit Recht nicht langatmige Erklärungen über die Dinge, die unübersehbar im "Vordergrund" stehen, sondern über das, was im Hintergrund vor sich geht.

IMPERIALISMUS BEREITET VERSCHÄRFTE KLASSEN- AUSEINANDERSETZUNGEN VOR

Wir haben da also eine Regierung, die sich der Reformversprechungen bedient, die nicht so offen arbeiterfeindlich auftritt, wie das vielleicht eine Regierung der CDU/CSU tun würde, die das KPD-Verbot nicht so scharf anwendet, wie die Adenauer-Regierung während der 50er Jahre usw. Das ist die Oberfläche. Zugleich aber geht die Konzentration des Kapitals und der politischen Macht weiter. Hier werden von der SPD/FDP-Regierung eine ganze Reihe konkreter Maßnahmen getroffen, vor allem, was die Bürgerkriegsvorbereitungen betrifft. Unter dem Schirm der reformerisch auftretenden SPD/FDP-Regierung betreibt die Kapitalistenklasse nicht einfach nur ihre alte Politik weiter, sondern bereitet sich sie sich so-

gar auf verschärfte Klassenausschärfungen vor. Entsprechendes gilt für die Außenpolitik.

Nur Phantasten können hier vom Wirken einer "gemäßigten Fraktion" des Kapitals reden, wo doch offensichtlich ist, daß sich hinter der "gemäßigten" Form ein äußerst aggressiver Inhalt verbirgt.

Dies also hätte eine Analyse deutlich zu machen: hinter der schein-reformerischen, liberalen Form des Itierens die Vorbereitung der Kapitalistenklasse auf eine Verschärfung der Klassenausschärfungen und den Übergang zu offen terroristischen Formen des Regierens. Das Gerede von den "Fraktionen des Kapitals" jedoch versperrt gerade den Blick auf diese Perspektive, statt zur Klärung beizutragen.

Wohin geht die Reise? Das ist die zentrale Frage der Arbeiter, auf die Kommunisten eine Antwort geben müssen. Die "Antwort" des DKP-Parteivorstandes auf diese Frage ist leichtfertig und oberflächlich. Wenn sich die Widersprüche des Imperialismus allseitig verschärfen - auch das wird in den Thesen gesagt (These 1), dann bedeutet das eben nicht "reale Möglichkeiten für den Frieden", "schrittweises Zurückdrängen" des Monopolkapitals und dergleichen. Es bedeutet vielmehr: das sehr rasche Herannahen umfassender und sehr scharfer Kämpfe, auf die die Arbeiterklasse zur Zeit noch vernunftschlecht vorbereitet ist.

IMPERIALISMUS GEHT AUF DIE KRISE ZU

Nehmen wir z. B. die Verschärfung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten, wie sie jetzt wieder in den Beschlüssen der US-Regierung deutlich geworden ist. Es wird dann klar, daß der Imperialismus sich einer sehr tiefen weltweiten Krise entgegengewagt, deren Ende und Höhepunkt nicht abzusehen ist. Diese Entwicklung kann sich sehr schnell zuspitzen und scheint das auch zu tun. Das bedeutet aber: Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne und allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter. Daß die Arbeiter dieser Entwicklung spontan Widerstand leisten werden, steht außer Zweifel. Aber unter welchen Bedingungen werden sie diesen Kampf führen? Offenbar unter sehr schlechten Bedingungen, wenn wir von der gegenwärtigen Lage ausgehen.

Die deutsche Arbeiterklasse hat 1933 eine vernichtende Niederlage erlitten, als sie eine Kommunistische Partei mit einem Millionenheer von Mitgliedern und Anhängern besaß. Um wieviel schlechter wäre heute ihre Kampfposition!

Eine nüchterne und ehrliche Analyse müßte auch diese Seite des Verhältnisses zwischen den Klassen aufzeigen

Es ist aber bezeichnend für die Thesen, daß darin überhaupt nicht von der Möglichkeit und Gefahr eines neuen Faschismus die Rede ist, und daß auch das sogenannte "Rechtskartell" nur beiläufig erwähnt wird. So wird die Perspektive einer endlos friedlichen Entwicklung gestellt, was nie und nimmer der Wirklichkeit entsprechen kann. Die ganzen Theorien über das "schrittweise Zurückdrängen", über "antimonopolistische Reformen" usw. gehen ja gerade aus von der Annahme einer friedlichen Entwicklung.

"Hier liegt der Hund begraben. Alle Ausflüchte, Sophismen, betrügerischen Fälschungen braucht Kautsky gerade, um über die gewaltsame Revolution hinwegzureden.... Der Imperialismus... zeichnet sich infolge seiner grundlegenden, ökonomischen Eigenschaften durch eine sehr geringe Friedens- und Freiheitsliebe und durch eine sehr große, überall zu verzeichnende Entwicklung des Militarismus aus. Das bei der Beurteilung, inwieweit eine friedliche oder eine gewaltsame Umwälzung typisch oder wahrscheinlich ist, 'nicht bemerken', heißt, zu einem ganz alltäglichen Lakaien der Bourgeoisie hinabsinken." (Lenin, "Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky").

Das Tolle ist, daß der DKP-Parteivorstand die Dinge durchaus "bemerkt", von der Entwicklung des Militarismus spricht (These 25) - dann aber trotzdem vom Frieden und der "Zurückdrängung" der Monopole schwätzt und die Möglichkeit einer bewaffneten Massenkonfrontation mit dem Imperialismus verschweigt, die immerhin noch in der Grundsatzerklärung vom April 1969 beim Namen genannt wurde. Ein solches Verhalten hat noch immer die Kräfte der Reaktion begünstigt und zu entscheidenden Niederlagen der Arbeiterbewegung beigetragen. (Indonesien, Griechenland, Sudan).

Wenn es richtig ist, daß jeder Schritt in Richtung "mehr Demokratie" mit den Grundinteressen des Imperialismus unvereinbar ist, dann ist zu erwarten, daß jeder derartige Schritt auf den äußersten Widerstand der Kapi-

talistenklasse treffen wird. Die Entwicklung des Imperialismus (Konzentration der ökonomischen und politischen Macht) hat zur Folge, daß die "Schwelle" immer niedriger wird, an der die Macht der Imperialisten in Frage gestellt ist und wo also die Imperialisten mit bewaffneter Gewalt jeden Schritt in Richtung "mehr Demokratie" zu blockieren versuchen.

Gerade unter dem Schirm der liberalen SPD-FDP-Regierung sind die Vorbereitungen der Kapitalistenklasse auf eine solche Entwicklung intensiviert worden. Die Kapitalisten verfügen über beträchtliche Mittel, jede demokratische Regung abzuwürgen. Sie werden von diesen Mitteln zweifellos Gebrauch machen. Man kann nicht "die Macht der Monopole zurückdrängen". Es sind die Monopole selbst, die jeden derartigen Versuch mit bewaffneter Gewalt zu unterdrücken versuchen. Es kommt dann unvermeidlich zur Massenkonfrontation mit dem Imperialismus, und die Frage der Macht ist unmittelbar gestellt, d.h. die Frage nicht des "Zurückdrängens", sondern der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten. Es ist der Imperialismus selbst - und nicht irgendwelche "Dogmatiker" - der dazu zwingt, die Frage auf diese Weise zu stellen.

Das "veränderte Kräfteverhältnis"

Hier tritt nun bei den Revisionisten an Stelle einer realistischen Einschätzung die famose Theorie vom "veränderten Kräfteverhältnis in der Welt" und von der "Anziehungskraft des realen Sozialismus". Es wird so getan, als könnte sich innerhalb des Imperialismus eine Tendenz ("Flügel") durchsetzen, die sich mehr oder weniger "auf Grund des internationalen Kräfteverhältnis" mit dem eigenen Untergang abzufinden bereit ist, während auf der anderen Seite die "Anziehungskraft des realen Sozialismus" verhältnismäßig rasch und leicht zu einer revolutionären, d.h. gesellschaftsverändernden Entwicklung führt.

Zum ersten ist zu sagen, daß das "veränderte Kräfteverhältnis in der Welt" u.a. nicht verhindern konnte, daß sich in den letzten Jahren unmittelbar an den Grenzen des "sozialistischen Lagers", nämlich in Griechenland und der Türkei, Regimes mit faschistischer Tendenz durchgesetzt haben. Die Sowjetunion war nicht einmal in der Lage, die VAR gegen die israelische Aggression entscheidend zu unterstützen, obwohl sie zuvor eine derartige Hilfe versprochen hatte. Wir sehen, daß Israel erhebliche Teile des Territoriums der VAR besetzt

hält, obwohl diese mit der Sowjetunion, "der wichtigste Garant des Friedens, der Sicherheit und des gesellschaftlichen Fortschritts" (These 17) verbündet ist.

Daß das internationale Kräfteverhältnis sich seit der russischen Oktoberrevolution und dem Sieg des chinesischen Volkes im Bürgerkrieg erheblich zuungunsten des Imperialismus verschoben hat, ist offensichtlich. Die Auswirkungen dieser Verschiebung sind jedoch begrenzt. Keineswegs kann davon die Rede sein, gegenwärtig die Imperialisten an der Entfesselung internationaler Konflikte oder an der Anwendung von Gewalt nach innen wirksam hindern zu können.

In den Thesen wird behauptet, die "Länder des Sozialismus" seien der "wichtigste Faktor des historischen Fortschritts und des ant imperialistischen Kampfes in der Welt". Unter diesen sei wiederum die Sowjetunion die "Hauptkraft... des Kampfes gegen den Imperialismus" (These 17).

Eine solche Einschätzung beinhaltet aber eine überhebliche, geringschätzige Einstellung gegenüber den nationalen Befreiungsbewegungen wie auch gegenüber dem Kampf der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern. Es wird geradezu so getan, als habe es in der Geschichte der Menschheit überhaupt nur ein Volk gegeben, das sich aus eigener Kraft seiner Kapitalisten entledigt hat, während alle anderen Völker nunmehr von der Hilfe der Sowjetunion abhängig seien. Ganz in diesem Sinn erklärte auf der 8. Tagung des DKP-Parteivorstandes (27. 2. 71) Willi Gerns:

"Wo wären denn Kuba und
... Indochina ohne die wirksame sowjetische Hilfe so
... reich der amerikanischen Aggression erwehren?"

Hier werden also die Verhältnisse auf den Kopf gestellt, als sei nicht der Mensch mit seinem Kampf für Gesellschaftsveränderungen das Entscheidende, sondern das Material aus der Sowjetunion. Es ist aber genau umgekehrt! Ohne die Menschen, ohne die heroische Bereitschaft zum Einsatz selbst ihres Lebens im ant imperialistischen Kampf sind die besten und modernsten Waffen nichts als ein Haufen Schrott.

Schließlich ist der effektive Einsatz von Waffen auch abhängig vom gesellschaftlichen System.

So hat z.B. die VAR insgesamt kaum weniger, sondern eher mehr militärische Unterstützung von der Sowjetunion erhalten als Vietnam, vor allem was die Ausstattung mit modernsten Waffen angeht. Aber in den Händen der reaktionären Regierung der VAR sind diese Waffen ebenfalls kaum mehr als ein Haufen Schrott, während sie in den Händen des vietnamesischen Volkes zu töd-

lichen Waffen im ant imperialistischen Volkskrieg geworden sind.

Wir sagen daher, daß - wenn es überhaupt sinnvoll ist, von einer "Hauptkraft" im ant imperialistischen Kampf zu reden - dies unter den gegebenen Umständen ganz eindeutig die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind, die die Hauptlast des Kampfes tragen und dem Imperialismus die schwersten Schläge versetzen. Wir meinen indessen, daß die besondere Hervorhebung der einen oder anderen Seite als "Hauptkraft" überhaupt schädlich ist, weil sie nicht der engen Verschmelzung von nationalem Befreiungskampf, Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern und den Bestrebungen der sozialistischen Länder dient.

Keinesfalls kann die bloße Existenz der Sowjetunion oder auch der DDR die faschistische Gefahr in der BRD gegenstandslos machen oder auch nur einen entscheidenden positiven Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land ausüben, ebensowenig wie sie das im Falle Griechenlands und der Türkei konnte.

Der "reale Sozialismus"

In den Thesen ist wiederholt zu lesen, daß die DDR "wachsende Anziehungskraft in Europa und in der Welt ausübt" (These 18), eine "wachsende ideologische Ausstrahlungskraft" (These 37) entwickelt. Allgemein wird behauptet, daß die "Ausstrahlungskraft des Sozialismus... günstigeren Möglichkeiten für den Kampf um Frieden und demokratischen Fortschritt in unserem Lande" schafft (Einleitung zu den Thesen).

Tatsächlich schreckt aber das Beispiel der DDR die Arbeiter eher ab, als daß es sie anziehen würde. Das hat verschiedene Gründe, von denen sehr viele ihre Wurzel in der systematischen Diffamierung der DDR durch die Kapitalistenklasse haben, während einige Kritikpunkte objektive Berechtigung haben. Keinesfalls kann eine Einschätzung weiterhelfen, die in weltfremder Leugnung der Tatsachen von einer angeblichen "Anziehungskraft" der DDR ausgeht und daraus "günstigeren Möglichkeiten" für den Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse herzuweisen versucht.

Wie ist denn die "Ausstrahlungskraft" des Sozialismus", wenn z.B. im vergangenen Dezember Arbeiterunruhen in Polen blutig unterdrückt wurden, weil Parteiführung und Regierung unfähig waren, ihre Politik in Diskussion und Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse zu gestalten? Wie ist die "Ausstrahlungskraft des Sozialismus", wenn zwar nach den blutigen Zusammenstößen sehr scharfe

Kritik an der Gomulka-Führung geübt wurde, aber offensichtlich niemand von Bedeutung in der polnischen Partei hat Einsicht, Mut und Gelegenheit hatte, diese rechtzeitig zu entwickeln?

Hierzu kommen die Ereignisse in der CSSR von 1968, die entscheidend auf das Bild wirken, das sich die Arbeiter unseres Landes vom Sozialismus machen. Eines "Sozialismus" nämlich, der ebenso wenig wie der Kapitalismus in der Lage zu sein scheint, innere Widersprüche anders als durch terroristische Unterdrückung der Volksmassen zu lösen. Bei dieser Lage der Dinge von "Ausstrahlungskraft des Sozialismus" daherzuschwätzen, ist eine offene antikommunistische Provokation.

Daß die Imperialisten sich hinter diese Widersprüche klemmen und durch wilde Hetze die Arbeiterklasse vom Kampf um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, vom Kampf um den Sozialismus abzubringen versuchen, ist selbstverständlich. Die Imperialisten lassen keine derartige Gelegenheit aus.

Kritik notwendig !

Aufgabe der Kommunisten ist, allen derartigen Verleumdungen entgegenzutreten. Das muß aber auch die notwendige Kritik an Vorgängen und Entwicklungen einbeziehen, die mit dem Sozialismus unvereinbar sind. Nur eine solche ehrliche Kritik kann einerseits die Verleumdungen des Imperialismus wirksam widerlegen und andererseits unser sozialistisches Ziel vor den Menschen glaubwürdig machen.

Die Revisionisten wollen diese Kritik nicht üben und können es wohl auch nicht. So greifen sie zum Mittel der Demagogie, indem sie kurzerhand jede Kritik insbesondere an der gesellschaftlichen Entwicklung in der Sowjetunion mit der Hetze der Kapitalisten und Rechtsradikalen in einen Topf werfen. So sprach z. B. Willi Gerns auf der 8. Tagung des Parteivorstands vom Angriff der "Strauß und Co." gegen die Sowjetunion und fuhr dann fort: "... In diesen Angriff reißen sich die unterschiedlichsten Kräfte ein, von den sozialdemokratischen Führern bis hin zu den trotzkistischen, ultralinken und maoistischen Verleumdern der Partei und des Landes Lenins."

Hier wird also so getan, als sei die KPDSU sozusagen gegen Fehler jeder Art "imprägniert", weil sie "die Partei Lenins" ist. Die KPDSU hat schon zu Lebzeiten Lenins verschiedene Fehler gemacht, und es entsprach der revolutionären Aufrichtigkeit Lenins, schonungslos über solche Fehler zu sprechen. Die KPDSU hat erst recht nach dem Tode Lenins Fehler begangen, und es waren und sind

unseres Wissens gerade die Revisionisten, die an diesen Fehlern eine weit über das Ziel hinausschießende, der Sache des Sozialismus schadenende Kritik seit dem XX. Parteitag der KPDSU geübt haben. (Kritik des "Stalinismus")

W. Gerns aber erklärte in der genannten Rede weiter:

"Wer gegen die Sowjetunion steht, gleichgültig mit welchen Gründen und mit welcher verbaler"

Abgrenzung gegenüber dem Imperialismus auch immer, der steht objektiv, ob er will oder nicht, in der Lage des Klassenfeindes."

Solche Äußerungen sind nicht Ausdruck der Stärke, sondern vielmehr der Schwäche des Revisionismus, der aus Mangel an Argumenten jeder sachlichen Diskussion ausweicht und jede Kritik "gleichgültig mit welchen Gründen" pauschal abdiffamieren muß.

Mit dieser Haltung wirken die Revisionisten dem Kampf der Kommunisten um die Gewinnung der Menschen für das sozialistische Ziel direkt entgegen und leisten dem Imperialismus Schützenhilfe bei deren Verleumdung des Sozialismus. Denn dem Imperialismus ist es nur recht, wenn der Parteivorstand der DKP in seinen Thesen die Entwicklung in der Sowjetunion, Polen, CSSR usw. völlig kritiklos, ohne jeden Ansatz einer kritischen Einschätzung, zum "Grundmodell" des Sozialismus überhaupt erhebt, das in diesen Ländern verwirklicht sei und offenbar vom Parteivorstand auch für die BRD angestrebt wird (These 40).

Nicht nur das Gesellschaftssystem der Sowjetunion, DDR usw. gilt als "Grundmodell", sondern auch die Durchführung der gesellschaftlichen Umwälzungen in den Volkedemokratien nach 1945. So schreibt Günther Judick in Erwiderung auf eine Kritik an den PV-Thesen (UZ 4.9.71, S. 10) u. a.:

"Nach unseren heutigen Erfahrungen kann man davon ausgehen, daß strategische Zwischen- oder Übergangsetappen

(also doch) zwischen Imperialismus und Sozialismus wahrscheinlich sind. ... Die DDR, die CSSR und andere Volkedemokratien durchliefen solche Übergangsetappen zum Sozialismus unter ganz bestimmten historischen Bedingungen."

Was kann uns das Beispiel der DDR, CSSR usw. für die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit sogenannter "Übergangsetappen" lehren? Überhaupt nichts! Denn durch die militärische Macht der Roten Armee war der Klassenkampf von vorneherein zugunsten der Arbeiterklasse entschieden und die Bourgeoisie faktisch entmachtet. Das hatte gerade in der DDR die schädliche Folge, daß die Umwälzung sozusagen "zu leicht" war, so daß die werktätigen Massen nicht in der erforderlichen Weise für diese Umwälzung mobilisiert wurden.

(Zu dieser Frage erscheint noch eine ausführliche Analyse - siehe Anzeige in diesem Heft).

Es ist unsinnig, die Entwicklung in einem Land unter militärischer Besetzung eines sozialistischen Landes zu vergleichen mit einem Land unter der Herrschaft des Imperialismus, wie also der BRD.

Das kann nur zu katastrophalen Fehleinschätzungen in Bezug auf die Möglichkeiten der "friedlichen Umgestaltung" durch Reformpolitik führen. Wer aber dauernd vom Kräfteverhältnis in der Welt spricht, das angeblich Möglichkeiten zur Vermeidung von Krieg und Bürgerkrieg schafft, der sei erinnert an die jüngsten Ereignisse in Sudan und Bolivien, wo in zwei Fällen die "demokratische Umwälzung" von der mit dem Imperialismus verbündeten Konterrevolution zerschlagen wurde. Illusionen werden niemals anders enden als in Katastrophen für die Arbeiterklasse.

Wem nützen die Bomben bei Springer?

Unter diesem Titel hielt der Kommunistische Bund am 29. Mai eine Informationsveranstaltung ab, auf der mehrere Referate zu folgenden Themen gehalten wurden:

1. Die Bomben vom 19. Mai; Widersprüche über den Ablauf und die Reaktion der Kapitalisten
2. Zur Provokationsstrategie der Kapitalisten; Infiltration der linken Bewegung und Provokation durch Verfassungsschutz und faschistische Agenten.
3. Kritik an der Roten Armee Fraktion (RAF)
4. Die Provokationsstrategie der italienischen Kapitalisten; als Beispiel, womit wir bei entfalteteren Klassenkämpfen zu rechnen haben
5. Zur kommenden Entwicklung in Westdeutschland und zu den Aufgaben der Arbeiterbewegung in der nächsten Zeit.

Bestellungen sind zu richten an:

Verlag Arbeiterkampf
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Außerdem erhältlich im

Arbeiterbuch
KG Politische Buchhandlung
GmbH & Co.
2 Hamburg 13
Grindelhof 45
Telefon 45 38 01

ZUR ENTWICKLUNG DER KPD SEIT 1933

Der alte Revisionismus in der SPD entstand u. a. auch als Folgeerscheinung der Unterdrückung der Sozialdemokratie durch die Bismarck-Regierung. Die Illegalisierung der Sozialdemokratie führte einerseits zu anarchistischen Stimmungen in der Partei, andererseits aber auch - besonders nach Lockerung der Verfolgung - zum opportunistischen Zurückweichen vor der Reaktion.

Lenin merkte an:

"... Als 1890 eine Wendung zu 'Zugeständnissen' eintrat, erwies sich diese - wie immer - als noch gefährlicher für die Arbeiterbewegung, da sie den ebenso einseitigen Widerhall des bürgerlichen 'Reformertums' hervorrief: den Opportunismus in der Arbeiterbewegung." (Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung)

Auch der Übergang des Kapitals zur faschistischen Herrschaft Anfang 1933 hatte eine Stärkung des Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung zur Folge.

Vor der faschistischen "Machtergreifung" hatte die KPD in der Einschätzung des Imperialismus allgemein sowie der Rolle von NSDAP und SPD eine Reihe "linker" Fehler gemacht.

Diese fanden vor allem ihren Ausdruck in der These von der SPD als "sozialer Hauptstütze der Bourgeoisie" und Hauptkraft der Faschisierung ("Sozialfaschismus"). Die KPD hielt auf Grund dieser falschen Einschätzung zu lange daran fest, den "Hauptstoß gegen die SPD" zu führen.

In der Bündnispolitik propagierte die KPD die "Einheit ausschließlich von unten", d. h. ohne die Einbeziehung der SPD-Führung in Bündnis-Angebote.

Ihre Fehler hinderten die KPD, rechtzeitig die Arbeiterklasse zum anti-faschistischen Kampf zu mobilisieren.

eine breite Einheitsfront der Arbeiterklasse herzustellen und auf der Basis einer konsequenten Politik die Führung in dieser Einheitsfront zu gewinnen.

Neue Strategie und Taktik

Der Sieg des Faschismus zwang zur Überprüfung der bisherigen Politik. Unter dem erdrückenden Eindruck des Sieges des Faschismus entwickelten sich jedoch innerhalb der KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE allgemein und in der KPD ganz besonders resignative, pessimistische Stimmungen in Bezug auf die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung, verbunden mit einer allzu optimistischen Einschätzung der zukünftigen Rolle der SPD und der bürgerlich-demokratischen Kräfte.

Aus den "Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis" wurde die Möglichkeit ganz neuer Dimensionen der Bündnispolitik hergeleitet und eine besondere "demokratisch-antifaschistische" Etappe erfunden.

Damals wurde von der KPD/SPD-Führung bereits der "Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion" und das Ende des Klassenkampfes verkündet. Daraus wurde nun eine "allgemeine Stärkung der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus in der Welt" gefolgert sowie eine "gewaltige Steigerung der Autorität und des internationalen Gewichts der UdSSR", und diese Einschätzung "wirkte auch unmittelbar auf die Strategie und Taktik der Kommunistischen Parteien, darunter auch der KPD, ein." (S. Vietzke, Die KPD auf dem Wege zur Brüsseler Konferenz, Berlin/DDR 1966, S. 88)

Es gab - wie einige Wortführer innerhalb der KOMINTERN behaupteten - "ein neues Kräfteverhältnis der Klassen im internationalen Maßstab, das die kommunistischen Parteien verpflichtet, eine Reihe grundlegender Probleme der Strategie und Taktik auf neue Art zu stellen" (Manullekt, VII. Kongress der KOMINTERN, August 1935) und daher "neue und größere Möglichkeiten der Gewinnung breiterer Massen, der Schaffung der breitesten Einheitsfront und Volksfront" (Ulbricht, Brüsseler Konferenz der KPD, Oktober 1935).

"Der Kampf um den Frieden bot die Möglichkeit,

breiteste Volksschichten gegen die faschistischen Kriegstreiber zu sammeln. Das hatte tiefgreifende Wirkungen auf die strategisch-taktische Konzeption der KPD" (Vietzke, S. 89)

Rechtsopportunistische Bündnispolitik

Das führte nicht nur zu opportunistischen Angeboten an die SPD-Führer, "sich für die Zeit des gemeinsamen Kampfes gegen das Kapital und den Faschismus jedes Angriffs auf die Sozialdemokratie (zu) enthalten" (Einheitsfrontangebot der KPD vom 10. März 1935), sondern zur Anbiederung sogar an Reaktionäre und faschistische Splittergruppen.

So erklärte man sich auf der Brüsseler Konferenz 1935 bereit, "auch mit Brüning zusammenzuarbeiten", dem Reichskanzler von 1930-32 und Wegbereiter des Faschismus (Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, Zusatzband, S. 84).

Die Kontaktaufnahme zur Strasser-Gruppe (Anfang der 30er Jahre aus der NSDAP ausgeschlossen - vertrat als "Schwarze Front" extrem reaktionäre Ziele, die sich am Wirtschafts- und Gesellschaftsleben des Mittelalters orientierten!) scheiterte nur deshalb, weil linke Sozialdemokraten - mit denen es sich die KPD-Führer nicht verderben wollten - entschiedenen Protest einlegten (Ulbricht, a. o., Bd. II, 2. Zusatzband, S. 64).

An die Stelle des "Links"opportunismus trat eine rechtsopportunistische Bündnispolitik der "Einheit um jeden Preis" gegenüber der SPD und der Spekulation auf reaktionäre bürgerliche Parteien und Politiker bis hinein in die Reihen des Faschismus.

"Lieber eine Niederlage im Kampf als ohne Kampf"

Die Durchsetzung dieser Politik in der KPD war mit einigen Schwierigkeiten verbunden, obwohl durch die Verhaftung Thälmanns (offenbar durch Verrat war er schon am 3. März 33 als erster Führer der KPD in seinem geheimen Quartier festgenommen worden) der wichtigste potentielle Gegner des neuen Kurses nicht mehr aktionsfähig war.

Letztmals am 7. Februar hatte Ernst Thälmann auf einer bereits illegalen Sitzung des ZK der KPD gesprochen. In einer langen Rede hatte er versucht, die sich aus dem Sieg des Faschismus ergebenden Aufgaben der KPD zu entwickeln. Thälmann konnte diese Rede nicht zu Ende halten, da er von Ulbricht - der den Vorsitz führte - mit der Bemerkung unterbrochen wurde, der geheime Sitzungs-ort sei verraten worden. Die ZK-Sitzung wurde aufgelöst. Mehrere Stunden später traf tatsächlich Polizei in dem inzwischen verlassenen Lokal ein.

Das ZK beschloß aber die "Verbreitung" der vollständigen Rede Thälmanns wegen deren politisch-theoretischer Bedeutung: "Die Rede wird illegal gedruckt und verbreitet". Das geschah indessen nicht. Der DDR-Historiker Vietzke kommentiert mit gespielter Naivität: "Offensichtlich gelang dieses Vorhaben unter dem Druck des faschistischen Terrors nicht mehr" (Vietzke, S. 101) - obwohl es zweifellos ein leichtes gewesen wäre, die Rede Thälmanns später vom Ausland aus illegal zu verbreiten.

Aus dieser offenbar strategisch und taktisch bedeutsamen Rede Thälmanns liegen bis heute leider nur isolierte Zitate vor, die u. a. im Artikel Ulbrichts "Wir erfüllen Ernst Thälmanns Vermächtnis" und im Offenen Brief "Ernst Thälmann ruft zur antifaschistischen Einheitsfront" vom 27. Februar eingesetzt worden waren, um den bei den Arbeitern populären Namen Thälmann für die rechtsopportunistische Linie zu beschlagnehmen.

Zu lebendig aber war in der deutschen Arbeiterklasse die Erinnerung an Ernst Thälmann:

"Die Leitung hatte große Mühe, die Genossen davon zu überzeugen, daß es falsch wäre, zum bewaffneten Aufstand überzugehen ..." (Vietzke, S. 102 - Fußnote)

Die kommunistischen Arbeiter Berlins sagten "Lieber eine Niederlage im Kampf als ohne Kampf" - "ähnliche Mitteilungen liegen aus Hamburg, Wanne-Eickel, dem Saargebiet und aus anderen Parteilorganisationen vor..." (Vietzke, S. 102, Fußnote).

Das Mitglied des Politbüro, Hermann Remmele, erklärte auf einer Sitzung des Politbüro am 20. März 33:



"... daß es besser gewesen wäre, eine Niederlage zu erleiden, als... in die Illegalität zu gehen".

Die Opportunisten setzen sich durch

Zumindest bis zum Herbst 1934 behielten im Politbüro des ZK der KPD (damals Sitz in Paris) die Gegner des neuen Kurses um Hermann Schubert und Fritz Schulte die Mehrheit, während Ulbricht und Pieck als Vertreter des Rechtsopportunisten isoliert blieben.

Das entsprach der Lage in Deutschland selbst, wo vor allem im Ruhr- und Saargebiet, in Berlin und Hamburg die illegalen Zellen den Kampf auf der Thälmannschen Politik fortsetzen wollten.

Entscheidend für die Durchsetzung der Ulbricht-Pieck-Gruppe war die Zerschlagung gerade der aktivsten, bewußten und militanten Partei-Zellen durch den Faschismus und der Bruch in der Kontinuität der politischen Leitungstätigkeit in Deutschland:

Bis Mitte 1935 waren von 422 führenden Funktionären der KPD mehr als die Hälfte - 219 - verhaftet; in einigen Bezirken waren von März 1933 bis April 1935 bis zu acht Leitungen nacheinander tätig!

Wie sich ganz allgemein das Kräfteverhältnis zu Ungunsten der Arbeiterklasse verschob, so wurde im besonderen die Avantgarde des Proletariats entscheidend geschlagen - physisch vernichtet oder demoralisiert. So war für die Durchsetzung des Rechtsopportunisten in der KPD eine objektive Grundlage gegeben. Dazu kam, daß die Ulbricht-Pieck-Gruppe der Unterstützung der KOMINTERN-Führung sicher war und dadurch die im Ausland hergestellte illegale Partei-Presse kontrollierte.

Die Tagung des Politbüros der KPD vom 19. - 23. Oktober 1934 endete noch mit einer mehrheitlichen Verurteilung der Ulbricht-Pieck-Gruppe als rechtsopportunistisch. Das Exekutivkomitee der KOMINTERN (EKKI) gab daraufhin am 27. Oktober eine Erklärung zugunsten der Ulbricht-Pieck-Gruppe ab und erklärte die Mehrheit des Politbüros der KPD zur "linksektiererischen Abweichung". Ein weiterer derartiger Beschluß des EKKI folgte am 19. Januar 1935.

Wenige Tage später, Ende Januar 1935, gelang es der Ulbricht-Pieck-Gruppe erstmals, auf einer Sitzung des ZK eine Mehrheit für ihren Kurs zu gewinnen (dies war

kein ordnungsgemäß zustande gekommenes, d.h. gewähltes ZK, da die meisten Parteiführer inhaftiert oder ermordet waren). "Nach der Januar-Tagung begann der Kampf der leninistischen Kräfte in der Parteiführung um die vollständige ideologische Zerschlagung des Sektiererturns und um die Durchsetzung der vom ZK beschlossenen Politik in der ganzen Partei." Hierzu wurden spezielle "Instrukteure" nach Deutschland geschickt, die die Partei-Einheiten im Sinne des neuen Kurses zu bearbeiten hatten. (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin/DDR, Bd. X, S. 95).

Nach dem VII. Weltkongress der KOMINTERN fand im Oktober 1935 in Moskau die sogenannte Brüsseler Konferenz der KPD statt, auf der ein Programm der KPD für den Sturz des Hitler-Regimes beschlossen wurde.

"Die Einschätzung des Kräfteverhältnisses der Klassen und die Klärung des Charakters des Faschismus als offener terroristischer Diktatur des Monopolkapitals führte die Konferenz zu der Erkenntnis, daß auch in einem hochentwickelten imperialistischen Land wie Deutschland, in dem schon seit der Jahrhundertwende die sozialökonomischen Voraussetzungen herangereift waren, die demokratische Umwälzung notwendig war... Unter den gegebenen objektiven und subjektiven Bedingungen konnte der Sturz der faschistischen Diktatur also nicht durch den unmittelbaren Kampf um die sozialistische Revolution und um die Errichtung der Diktatur des Proletariats geführt werden, sondern die Massen mußten auf der Grundlage eines demokratischen Programms für die nächsten Schritte zum Kampf gegen die Hitlerdiktatur gewonnen werden... Ausgehend von dem unüberbrückbaren Widerspruch zwischen den reaktionärsten Cliquen des Finanzkapitals und allen anderen sozialen Gruppen, legte die Parteikonferenz fest, die Volksfrontpolitik als eine spezifische Form der Bündnispolitik zu entwickeln..." (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. X, S. 119 und 123).

Diese Programmatik wurde vertieft auf der sogenannten "Bernener Konferenz der KPD", die Anfang 1939 in der Nähe von Paris stattfand. In einer Resolution dieser Konferenz hieß es u.a.:

"Das ZK der KPD wiederholt nachdrücklich vor allen Sozialdemokraten, Katholiken, Demokraten, vor allen verantwortungsbewußten Deutschen, daß die Politik der KPD fest und gradlinig darauf gerichtet ist, in engster Gemeinschaft mit allen fried- und freiheitsliebenden Deutschen Hitler zu stürzen und an die Stelle der Hitlerdiktatur eine

vom ganzen Volk frei gewählte Volkaregierung
in einer neuen demokratischen Republik zu setzen..."

Es wurden - wie oben aufgezeigt - in den Jahren 1934/35 und folgenden tiefgreifende Änderungen in der Strategie und Taktik vollzogen, die im wesentlichen mit angeblichen Veränderungen in der Sowjetunion begründet wurden. Indessen erweist sich die Verkündung des "Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion" zu jener Zeit als völlig willkürlich, - ebenso wie die Behauptungen, in der Sowjetunion seien "die kapitalistischen Elemente restlos liquidiert" (Geschichte der KPdSU/B, S. 414) und es gebe nunmehr "keine antagonistischen Klassen mehr" (Stalin, Über die Verfassung der UdSSR, 1936).

Gerade auf diese willkürlichen Festlegungen stützte sich aber die Theorie vom "veränderten Kräfteverhältnis in der Welt".

Die Strategie der "Volksfront" mußte - weil sie auf falschen Voraussetzungen basierte - notwendigerweise bankrott machen. Die "Volksfronten" in Spanien und Frankreich während der 30er Jahre waren nicht von langer Dauer. Allgemein gesprochen hat die Arbeiterklasse bis heute mit dieser glorreichen Strategie nur Mißerfolge erlitten.

DIE THEORIE VON DEN "ZWEI FRAKTIONEN"

Wesentliche Grundlage der "Volksfront"-Strategie war die Dimitroffsche "Zwei-Fraktionen"-Theorie. Unter dem Einfluß Dimitroffs (damals KOMINTERN-Vorsitzender) bezeichnete das XIII. Plenum des EKKI (Dezember 1933 den Faschismus als "die offen terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals", d.h. Diktatur

nicht der Bourgeoisie schlechthin, sondern eines Teils von dieser.

Der DDR-Historiker Vietzke schreibt dazu: "Das Neue bestand in der Feststellung, daß der Faschismus nicht eine terroristische Herrschaftsform der Großbourgeoisie schlechthin, sondern die offene terroristische Diktatur ihrer reaktionärsten und aggressivsten Clique darstellt. Diese präzisere Definition half den Kommunistischen Parteien, den Hauptstoß des Kampfes der Völker noch zielgerichteter gegen die ausgesprochen faschistischen Kreise der Monopolbourgeoisie zu richten und eine Bündnispolitik für den Kampf gegen den Faschismus auszuarbeiten, die auch auf die Gewinnung der nichtfaschistischen Teile der Bourgeoisie gerichtet war" (Vietzke, S. 45).

Vietzke konstruiert eine "Kräfteverschiebung im Lager des deutschen Monopol- und Bankkapitals", die angeblich der Regierungsübernahme des Faschismus zugrunde lag. Vietzke zufolge hätte in der Weimarer Republik "die gesamte in sich sehr differenzierte Großbourgeoisie" die politische Macht ausgeübt. In den letzten Jahren der Weimarer Republik (Regierungen Brüning, Papen, Schleicher) sei dann eine "Umgruppierung der Kräfte im Lager des deutschen Finanzkapitals vor sich gegangen", und zwar auf Kosten jener "Gruppierungen der Großbourgeoisie, ... die auf dem Gebiet der Innenpolitik noch nicht vollständig mit den bürgerlich-demokratischen Herrschaftsformen gebrochen hätten und außenpolitisch stärker am internationalen Handel als an bewaffneten Aggressionen interessiert waren." Im Januar 1933 schließlich hätten dann die "reaktionärsten und aggressivsten Teile" des Großkapitals "die politische Macht vollends übernommen" (Vietzke, S. 41).

Von seinen eigenen kühnen "Differenzierungen im Lager der Großbourgeoisie" mitgerissen, konstruiert Vietzke auch gleich noch "zwei Fraktionen" jenes zuletzt genannten "reaktionärsten und aggressivsten" Teils der Großbourgeoisie, zwischen denen dann ein "heftiger Kampf um den politischen Führungsanspruch im faschistischen Staate" stattgefunden habe (Vietzke, S. 43), nämlich:

- Dresdner Bank, Thyssen, Flick, Krupp, Blomberg (Reichswehrminister), Göring (Luftwaffe, Rüstungsindustrie) und die Vereinigten Stahlwerke - als die besonders reaktionäre "Fraktion"
- Deutsche Bank, Siemens, AEG, IG Farben (!), Schmitt und Darré (zwei später zurückgetretene Minister für Wirtschaft bzw. Landwirtschaft -

schaft), Schleicher (Reichswehr), Röhm (SA) und Gregor Strasser ("linker" Flügel der NSDAP)

(Vietzke, S. 43)

In der Zerschlagung der Röhm-Strasser-Gruppe und der SA im Sommer 1934 sieht Vietzke daher nicht in erster Linie die "Niederschlagung der kleinbürgerlichen Opposition" innerhalb des Faschismus, sondern den "Ausdruck des Machtkampfes zwischen den reaktionärsten und aggressivsten Gruppierungen des deutschen Finanzkapitals" (Vietzke, S. 43).

Aus der einfachen und von Marxisten nie bestrittenen Tatsache, daß innerhalb der Kapitalistenklasse zahlreiche zum Teil sehr scharfe Widersprüche bestehen, folgen die revisionistischen Theoretiker auf die Existenz immer neuer "Fraktionen des Kapitals", immer neuer "Differenzierungen" (vielleicht wird es eines Tages gelingen, den wirklich "allerreaktionärsten" Kapitalisten ausfindig zu machen und zu isolieren? ?), unter denen die Arbeiterklasse unter Hintanstellung ihrer eigenen Kampfsziele (Diktatur des Proletariats, Sturz der Bourgeoisie) ihre potentiellen Verbündeten zu suchen haben soll.

Es ist - einige Schritte in diese Richtung gegangen - nur konsequent, daß Walter Ulbricht die von der NSDAP abgespaltene faschistische Strasser-Gruppe (SCHWARZE FRONT mit Sitz in Prag) und Ex-Kanzler Brüning in eine "antifaschistische Volksfront" einbeziehen wollte.

Vietzke weist leider nicht aus, nach welchen Kriterien er seine "Differenzierungen" vorgenommen hat. So kommt z. B. der sowjetische Historiker Danil Melnikow zu ganz anderen "Differenzierungen" (M., 20. Juli 1944 - Legende und Wirklichkeit, Berlin/DDR 1964).

Melnikow meint nämlich:

"Um Krupp, Bosch und Reusch gruppierten sich jene Monopolisten, die sich Hitler gegenüber kritisch verhielten."
(s. o., S. 119)

Mit Krupp und Reusch (Vertreter der Gute-Hoffnungshütte) rechnet Melnikow also zwei Vertreter des schwerindustriellen, rüstungswirtschaftlich engagierten Teil des Großkapitals zum "kritischen Flügel", die Vietzke für Vertreter der "harten Fraktion" hält.

Tatsächlich stand z. B. der ehemalige Oberbürgermeister von Leipzig, Goerdeler (einer der Führer des Putsches vom 20. Juli 44) in engerer Verbindung zum Krupp-Konzern, für den er vor dem Krieg mehrere Geschäftsreisen ins Aus-

land unternahm (nebenbei dürften diese Reisen auch außenpolitischen Charakter gehabt haben). Mit Ewald Loeser war außerdem ein Vertreter des Krupp-Konzerns in Goerdeler's "Schattenkabinett" für den Fall eines Sturzes der Hitler-Regierung vorgesehen (Finanzministerium).

Melnikow kommt schließlich zur Feststellung, es sei "noch nicht detailliert erforscht, welcher Teil der monopolistischen Bourgeoisie das 'sinkende Schiff' Hitlers verlassen wollte und begann, die Verschwörung aktiv zu unterstützen" (Melnikow, S. 117).

Das kann wohl nichts anderes bedeuten, als daß es gar nicht möglich ist, die großkapitalistischen Hintermänner des 20. Juli (die es zweifellos gab!) mit dieser oder jener "Fraktion der Monopolbourgeoisie" zu identifizieren. Die Reihe der Rückversicherer für den Fall einer Niederlage der Faschismus ging quer durch das Großkapital hindurch. Ebenso finden sich vor 1933 Vertreter beider von Vietzke konstruierten "Fraktionen" unter den entschiedensten Förderern Hitlers.

Gegen die revisionistische "Zwei-Fraktionen"-Theorie sind außer den eindeutigen empirischen Fakten zwei grundsätzliche Überlegungen vorzubringen:

- Die verschiedenen Gruppen und Zweige der kapitalistischen Wirtschaft sind - namentlich im Stadium des Imperialismus! - viel zu eng miteinander verflochten, um grundsätzliche Interessen-Gegensätze (im Sinne von "Fraktionen") zu erlauben
- Die Gegensätze zwischen verschiedenen Teilen des Kapitals unter den Bedingungen der Anarchie der Produktion führen nicht zur Herausbildung fester, dauerhafter "Fraktionen", sondern zu sachlich und zeitlich begrenzten Interessengemeinschaften (A geht heute in dieser Frage mit B gegen C zusammen, während er morgen in jener Frage mit C gegen B zusammengeht usw.)

Was bedeutet:

Diktatur der Bourgeoisie?

So, wie die revisionistischen Ideologen an die Sache herangehen, muß es ganz unsinnig erscheinen, überhaupt von einer Diktatur der Bourgeoisie zu reden. Aber wenn z. B.

Lenin von der Diktatur der Bourgeoisie spricht, so ist doch klar, daß keinesfalls die gesamte Kapitalistenklasse, bis runter zum allerkleinsten Kräuter, kollektiv die politische Macht ausübt. Sondern die Macht wird selbstverständlich immer von den größten Kapitalisten ausgeübt, wobei die kapitalistische Konkurrenz sich auch in gewissen "Machtkämpfen" widerspiegelt. Sie üben diese Macht indessen aus im Grundinteresse der gesamten Kapitalistenklasse, und das ist für uns Kommunisten der Grund, von einer Diktatur der Bourgeoisie zu reden.

Natürlich ist es nicht so, daß sämtliche Kapitalisten plötzlich und zur selben Zeit beschließen, zum Faschismus überzugehen. Es gibt vielmehr einen Prozess des "Herankommens" der Kapitalistenklasse an den Faschismus, der individuell unterschiedlich verläuft. Der Übergang zur faschistischen Herrschaftsform bedeutet jedoch nicht, daß sich eine grundsätzlich und unter allen Umständen zum Faschismus drängende "Fraktion" des Kapitals durchsetzt gegen eine andere "Fraktion", die lieber an der bürgerlichen Demokratie festhalten würde. Er bedeutet vielmehr, daß die Kapitalistenklasse insgesamt den Faschismus zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft gegen die Arbeiterklasse braucht, daß sie ohne Faschismus nicht mehr weiter kann.

VII. Kongress der KOMINTERN

Meilenstein des Revisionismus

Die ideologischen Grundlagen der revisionistischen Strategie der "demokratischen Erneuerung" wurden bereits in den 30er Jahren gelegt - ganz abgesehen von ihren Vorläufern in der Politik der SPD und im Rechtsopportunistismus der Brandler-Thalheimer-Fraktion innerhalb der KPD-Führung (um 1923).

Völlig blind ist es, wenn z.B. einige super-"linke" Abbau-Organisationen immer noch darauf schwören, die Politik der KPD sei bis zum XX. Parteitag der KPdSU (1956) und noch darüber hinaus "absolut korrekt" gewesen.

Verbindlich für alle Parteien der KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE wurde die neue Strategie entwickelt auf dem VII. Weltkongress der KI im August 1935.

Der VII. KI-Kongress definierte den Faschismus als die "offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals". Diese Einengung des Faschismus des Finanzkapitals, sondern nur von Teilen (nicht Diktatur der Bourgeoisie, sondern nur von Teilen dieser) führte direkt zu einer Unterschätzung des Faschismus und zu einem leichtfertigen, abenteuerlichen Herangehen an die Frage des antifaschistischen Kampfes. Der VII. -KI-Kongress hielt den Faschismus für "eine grausame, aber keine feste Macht", wegen der "Meinungsverschiedenheiten" und "Gegensätze im Lager der Bourgeoisie", weswegen die "Partei der Faschisten ihr Monopol nicht lange aufrechterhalten" könne.

Es wurde auf ein rasches Zusammenbrechen des Faschismus gerechnet, was seinen konkreten Ausdruck fand u. a. in der Parole der Ulbricht-Pleck-Gruppe vom "Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften", die nur dazu geeignet war, hunderte fortschrittlicher Arbeiter zusätzlich den faschistischen Mördern ans Messer zu liefern, aber keinerlei praktischen Nutzeffekt hatte.

Als wichtigstes Mittel im Kampf gegen den Faschismus bezeichnete der VII. Kongress der KI die "Schaffung der Einheitsfront, die Herstellung der Aktionseinheit aller Arbeiter". "Die Herstellung der Aktionseinheit aller Teile der Arbeiterklasse, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Partei und Organisation, ist notwendig, noch bevor die Mehrheit der Arbeiterklasse sich zum Kampf für den Sturz des Kapitalismus und für den Sieg der proletarischen Revolution vereinigt haben wird."

Der Hauptinhalt der Einheitsfront müsse sein:

"Die Verteidigung der unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterklasse, die Verteidigung der Arbeiterklasse gegen den Faschismus"

"Bei der Mobilisierung der werktätigen Massen zum Kampf gegen den Faschismus" war nach Meinung des KI-Kongresses "die Schaffung einer breiten antifaschistischen Volksfront auf der Grundlage der proletarischen Einheitsfront eine besonders wichtige Aufgabe", d.h. die gemeinsame Front des Proletariats mit dem städtischen Kleinbürgertum und der Bauernschaft.

Der VII-KI-Kongress war der Meinung, "daß eine solche Lage eintreten kann, wo die Bildung einer Regierung der Proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront nicht nur möglich, sondern auch im Interesse des Proletariats notwendig sein wird". Das müsse eine "Regierung des Kampfes ge-

gen Faschismus und Reaktion" sein. "Im geeigneten Moment, gestützt auf die ansteigende Einheitsfrontbewegung, wird die Kommunistische Partei des gegebenen Landes für die Schaffung einer solchen Regierung auf der Basis einer bestimmten antifaschistischen Plattform eintreten."

Diese Perspektive stelle sich aber nur "unter den Bedingungen einer politischen Krise, wo die herrschenden Klassen bereits nicht mehr imstande sind, mit dem mächtigen Aufschwung der antifaschistischen Massenbewegung fertig zu werden", wenn erstens "der Staatsapparat der Bourgeoisie bereits genügend desorganisiert und paralysiert ist", und wenn zweitens "die breitesten werk-Massen der Werktätigen, besonders die Massengewerkschaften, stürmisch gegen Faschismus und Reaktion auftreten".

"Wann und in welchen Ländern eine solche Lage tatsächlich eintreten wird, in der diese Voraussetzungen in genügendem Maße gegeben sein werden, kann man im voraus nicht sagen".

"Die endgültige Rettung kann diese Regierung nicht bringen. Sie ist nicht imstande, die Klassenherrschaft der Ausbeuter zu stürzen und kann daher auch die Gefahr der faschistischen Revolution nicht endgültig beseitigen. Folglich muß man sich zur sozialistischen Revolution vorbereiten."

(alle Zitate aus dem Hauptreferat
Dimitroffs)

Im Vergleich hierzu haben die Revisionisten der DKP in ihrer Grundsatzklärung und verstärkt in ihren "Thesen" folgende Veränderungen unternommen :

- Die Darstellung der Perspektive der "Volksfront-Regierung nicht als Möglichkeit unter genau definierten Bedingungen, sondern als grundsätzliche Strategie, die in allen Phasen der Bewegung verfolgt wird - d.h. Festlegung auf die "Volksfront-Regierung" als einziges mögliches Modell der Entwicklung
- Die Einführung der "Volksfrontregierung" als eine besondere Etappe ("demokratische Erneuerung"), d.h. eine Zwischenstufe zwischen Imperialismus und Sozialismus und die Beseitigung des Kapitalismus durch die "Volksfrontregierung" bereits in der "Etappe" der "demokratischen Erneuerung"

DIE KPD 1945

Nach Kriegsende wandte sich die KPD am 11. Juni 1945 mit einem Aufruf "an das deutsche Volk zum Aufbau eines

antifaschistisch-demokratischen Deutschlands".

Es hieß darin u.a. :

"Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreussischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.

Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen (?) falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistisch-demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk."

Dieser Weg wird bereits in der Erklärung vom 11. Juni 45 als "demokratische Erneuerung Deutschlands" bezeichnet.

Völlig falsch eingeschätzt wurde die Rolle des US-Imperialismus als möglicher Schutzpatron der "Demokratisierung" in den westlichen Besatzungszonen und Teil des "Weltfriedenslagers". So heißt es in der Erklärung vom 11. Juni :

"Auf der Seite der Vereinten Nationen, mit der Sowjetunion, England und den Vereinigten Staaten an der Spitze, stand die Sache der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Fortschritts".

Diese Einschätzung gab dem Kampf der deutschen Arbeiterklasse in den drei Westzonen eine völlig falsche Orientierung - als könnten sie die "Demokratisierung" mit, statt gegen die westlichen Besatzungsmächte durchführen.

Es handelte sich dabei nicht um einen vereinzelt, isolierten Fehler, sondern um eine grundsätzliche Fehlposition. Hier spukte wieder die revisionistische "Zwei-Fraktionen"-Theorie herum. So wie die Revisionisten heute vom "gemäßigten Flügel" des Imperialismus reden, so wurde 1945 angenommen, daß eine führende "Fraktion" des US-Imperialismus die Zusammenarbeit mit dem "Weltfriedenslager unter Führung der Sowjetunion" bis in alle Ewigkeit fortsetzen wollte.

Indessen erwiesen sich die US-Imperialisten sehr rasch

als verschiedene Gegner einer Demokratisierung Deutschlands im Sinne des von ihnen mit unterzeichneten Potsdamer Abkommens und als ebenso verschiedene Förderer des deutschen Imperialismus.

Der Revisionismus in Frankreich

In den anderen Ländern Westeuropas verlief die Entwicklung ähnlich.

In Frankreich z.B. propagierte die revisionistische KPD Frankreichs PCF die Entwaffnung der Partisanen-Verbände der Resistance nach Vertreibung der faschistischen deutschen Wehrmacht. So wurde der französischen Arbeiterklasse ihr wichtigstes Kampfinstrument aus den Händen gefunden, von Leuten, in denen die Arbeiter ihre Führer sahen!

Auf der Sitzung des ZK der PCF vom 21.-23. Januar 1945 erklärte Parteichef Thorez ganz offen:

"Die Aufgabe der Kommunisten ist nicht, zu regieren, sondern denen zu helfen, die regieren",

was nach Lage der Dinge nur heißen konnte: den Gaullisten, der Regierung der Bourgeoisie.

Alle Anstrengungen der PCF wurden auf eine Kampagne für die "Produktionsschlacht" konzentriert. Ganz so, als wäre Frankreich bereits ein sozialistisches Land wurde die Parole ausgegeben: "Der klassenbewußte Arbeiter vervielfacht seine Produktionsanstrengungen".

Als das nicht wunschgemäß klappte, mußte Thorez im Juli 1945 im Auftrag der französischen Bourgeoisie eine Rundreise durch das nordfranzösische Kohlegebiet unternehmen, um gegen "trotzkistische (!) Elemente im Dienst der Konzerne (?), die die Arbeiter zu Streiks verleiten wollen", zu hetzen, um den Arbeitern Lohnverzicht und verschärfte Ausbeutung schmackhaft zu machen.

Eine weitere Anti-Streik-Kampagne mußten die Revisionisten im Frühjahr 1946 führen. Der Streik der Druckerei-Arbeiter im Januar 1946 war bereits von der revisionistisch bestimmten Gewerkschaft CGT boykottiert worden und PCF-Arbeitsminister Croizat (die PCF erhielt in dieser Phase von der Bourgeoisie einige Ministerposten eingeräumt) klagte die streikenden Arbeiter der "Trägheit, Habgier und Sabotage" an. Die betreffende Rede Croizats sollte zunächst in der Partei-Zeitung "l'Humanité" ab-

gedruckt werden, was aber von den Druckern verhindert wurde. Die Verbreitung der Rede durch Flugblätter scheiterte ebenfalls, weil die Verteiler von den empörten Arbeitern verjagt wurden.

Im Februar 1947 traten die Arbeiter der verstaatlichten Renault-Werke in den Streik. Die Revisionisten würgten diesen Streik zunächst dadurch ab, daß sie erklärten, die Renault-Werke "gehören dem Volk" und dürften deshalb nicht bestreikt werden.

Bis Ende April hatte sich der Streik jedoch erneut auf große Teile der Renault-Arbeiterschaft ausgedehnt. Die Presse der PCF wollte diesen Streik zunächst verschweigen, sah sich dann aber doch gezwungen, in diffamierender Weise von dieser "Provokation einer Handvoll Trotzkiisten" immerhin Notiz zu nehmen.

Diese Episode der französischen Arbeiterbewegung endete damit, daß die PCF-Minister nach Erledigung ihres schmutzigen Geschäftes von der Bourgeoisie den Fußtritt erhielten und aus der Regierung flogen - nachdem sich "die Lage beruhigt" hatte. Das geschah noch im Jahre 1947.

KPD propagiert "Unternehmerinitiative"

In Westdeutschland erhielt die KPD nicht einmal Regierungssitze - betrieb aber dieselbe Politik der Bindung der Arbeiterklasse an die Kapitalinteressen.

Schon in der oben erwähnten Erklärung der KPD vom 11. Juni 1945 wurde die "völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels (!) und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums" gefordert. Es wurde so getan, als seien nunmehr "freier Handel" und "private Unternehmerinitiative" die besten Mittel, "die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen" - das übrigens ganz im Sinne der Erhard'schen "Sozialen Marktwirtschaft", aber in Widerspruch zur marxistischen Grunderkenntnis, daß "Unternehmerinitiative" (d.h. anarchischer, unplanter Charakter der Produktion) und "freier" Handel Hemmschuh der Produktivkräfte sind, statt deren Entwicklung zu beschleunigen und voranzutreiben.

"Wir Kommunisten kritisieren nicht, um niederzureißen, sondern um aufzubauen", wurde erklärt (Aufruf der KPD, Bez. Ruhrgebiet-Westfalen, Dezember 45). Aber bevor aufgebaut wird (nämlich der Sozialismus?) muß

erst einmal niedergelassen werden (nämlich der Kapitalismus!). Die Anstrengungen der KPD-Führer waren aber tatsächlich darauf gerichtet, die Arbeiterklasse für den Wiederaufbau kapitalistischer Verhältnisse zu gewinnen. Zu diesem Zweck wurden die dümmlichsten Sprüche geklopft, wie etwa:



"Von unserer eigenen Arbeit hängt der Aufbau unserer Wirtschaft ab" (aus demselben Aufruf wie voriges)

Diese Parole hatte in der damaligen SBZ ihren Sinn, wo durch die Anwesenheit der Roten Armee eine Entwicklung gesichert war, in deren Verlauf die Betriebe sehr rasch den Kapitalisten entzogen werden würden. Die Parole war aber völlig unsinnig, wo es darum ging, dem Kapitalisten seinen Betrieb wieder in Gang zu bringen.

Keinesfalls handelt es sich um isolierte Ausrutscher verwirrter Partei-Funktionäre auf mittlerer und unterer Ebene, sondern um die Hauptagitationslinie der KPD zu dieser Zeit.

"In erster Linie muß alles getan werden, um unsere Wirtschaft bis zu ihrer äußersten Leistungsfähigkeit in Gang zu bringen" (Erklärung der Bezirkskonferenz Großhessen der KPD "zu dringenden politischen (!) Aufgaben", 5. Mai 1946). "Jeder Kommunist ist verpflichtet, für die Wiederankurbelung der Produktion... seine ganze Kraft einzusetzen.... Jeder Kommunist muß durch sein Verhalten beweisen, daß die Kommunisten zu den Besten der deutschen Nation gehören." (KPD, Bez. Mittelrhein, 23./24. Januar 1946).

Zu diesem Zweck "muß die private Unternehmerinitiative, die diesem Ziel dient, gefördert werden, Heute von 'sozialisieren' sprechen kommt einer Irreführung der Arbeiter gleich..." (Delegiertenkonferenz der KPD, Bez. Ruhrgebiet-Westfalen, 20. Jan. 1946). Ausdrücklich wurde eine "Ermütigung der privaten Initiative und des freien Handels" gefordert (Aufruf der Bezirksleitung Niederrhein der KPD zum Aufbau eines neuen, demokratischen Deutschland, Herbst 1945).

Solchen Parolen waren Ausdruck der verheerenden Illusionen innerhalb der KPD über den Charakter des US-Imperialismus und der zukünftigen Kampfbedingungen in den westlichen Besatzungszonen.

Als es darum ging, die Arbeiterklasse umfassend aufzuklären über die Problematik eines wirtschaftlichen Wiederaufbaus unter kapitalistischen Bedingungen und über die Vorteile einer Wirtschaftsplanung gegenüber der am Profit orientierten "privaten Unternehmerinitiative" - wurde gerade die letztere umfangreich propagiert.

Während in der SBZ bzw. seit 1949 DDR die demokratische Umwälzung als Teil der sozialistischen Revolution zügig und konsequent durchgeführt wurde, verhinderten die west- und konsequent durchgeführte, verhinderten die westlichen Besatzungsmächte in ihren Zonen jede demokratische Reform. Das war von der KPD-Führung völlig falsch eingeschätzt worden, die ihren eigenen opportunistischen Thesen vom "gewandelten (vernünftigen etc.) Imperialismus" und vom "Kräfteverhältnis in der Welt" aufgesessen war.

Der XX. Parteitag der KPdSU 1956 hat zweifellos die Herausbildung eines in sich geschlossenen politisch-ideologischen Systems des modernen Revisionismus enorm beschleunigt - er ist aber weder Ursache noch Anfang dieser Entwicklung.

DAS KPD-VERBOT UND SEINE FOLGEN

Vor 15 Jahren sprach das Bundesverfassungsgericht das Verbot der KPD aus und ordnete ihre Auflösung durch die Polizei an. Zur selben Stunde rollte unter Leitung des CDU-Innenministers Schröder eine bundesweite, zentrale Polizeiaktion gegen Büros, Zeitungshäuser und Mitglieder der KPD an, gegen die die Polizeiaktionen der letzten Wochen noch ein Kinderspiel gewesen sind.

Das Verbotsurteil war Teil des Kampfes des wiedererstehenden deutschen Imperialismus gegen die Arbeiterbewegung. Die KPD wurde verboten, weil sie am konsequentesten gegen das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus, gegen die Wiederaufrüstung und gegen die Einschränkung der demokratischen Rechte des werktätigen Volkes eintrat.

Der vom deutschen Imperialismus geführte Raubkrieg hatte am 8. Mai 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation der faschistischen Wehrmacht geendet. Es war der erklärte Wille der Völker der Welt, daß der deutsche Imperialismus ein für alle Mal vernichtet werden sollte, damit nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgehen konnte.

Die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens boten dafür eine gute Grundlage. Es waren nämlich vorgesehen:

- die Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands,
- eine planmäßige Entnazifizierung,
- Bestrafung der Kriegsverbrecher in der faschistischen Staats- und Wirtschaftsführung,
- Auflösung der Großkonzerne,
- Verbot jeder Rüstungsproduktion,
- Neuaufbau Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage.

An einer solchen Entwicklung war jedoch vor allem der US-Imperialismus nicht interessiert, der nunmehr den Hauptstoß gegen die Sowjet- und gegen die Volksbefreiungsbewegungen richtete. Ausdruck dieser Politik war die Truman-Doktrin im März 1947. Die US-Imperialisten mußten sich darin an, überall in der Welt zu-

gunsten der reaktionären Kräfte einzugreifen.

Deutschland spielte in den strategischen Überlegungen der Imperialisten eine besondere Rolle. Daher betrieben sie zügig die Wiederaufrichtung des deutschen Imperialismus.

Während in der sowjetischen Besatzungszone auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens die antifaschistische-demokratische Umwälzung durchgeführt wurde, blockierten in den drei Westzonen die Imperialisten die Durchführung des Abkommens. Es wurden so die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen für das Wiederentstehen des deutschen Imperialismus in der westlichen Hälfte eines geteilten Deutschlands geschaffen.

- Im September 1950 beschloß eine Tagung der westlichen Außenminister in New York die beschleunigte Wiederbewaffnung und Einbeziehung der BRD in die NATO.
- Als militärisches Organisationszentrum wurde das sogenannte "Sicherheitsamt" geschaffen, das direkt dem Bundeskanzler unterstellt war.
- Im Januar 1951 wurden die Verhandlungen über die Beteiligung der BRD an der NATO aufgenommen. Im Februar wurde die Aufstellung des sogenannten "Bundesgrenzschutz" als 1. Schritt zum Aufbau einer westdeutschen Armee beschlossen.
- Im Februar 1954 wurden die Wehrgesetze im Bundestag angenommen. Am 8. Mai 1956 trat die BRD der NATO bei. Am 7. Juli des gleichen Jahres wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt.

Das Wiederentstehen des deutschen Imperialismus, der Abbau demokratischer Rechte und die Wiederaufrüstung trafen auf den entschiedenen Widerstand der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Bevölkerung. So verteidigten z.B. die Arbeiter durch Streiks ihre nach 1945 erkämpften Rechte im Betrieb, kämpften gegen die Verschlechterung ihrer politischen Situation durch das Betriebsverfassungsgesetz von 1952, demonstrierten gegen Wiederaufrüstung und Atombewaffnung.

Die KPD erwies sich als aktive Kraft in diesem Kampf. Daher befand schon im August 1950 die Konferenz der 11 Innenminister der Bundesländer ein Verbot der KPD für notwendig. In dieser Zeit wurden fast alle kommunistischen, regionalen und überregionalen Zeitungen von mehrmonatigen Verböten betroffen.

Im Jahre 1951 verschärfte sich der Kampf gegen Kommunisten und andere demokratische und Friedenskräfte noch. Am 26. Juni wurde die FDJ verboten, am 29. Juli der Rat der "Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes". Ein weiterer Schritt war das Strafrechtsänderungs-Gesetz vom 30. August des Jahres. Es bedroht die sogenannten Tatbestände des "Hochverrats", "Landesverrats" und der "Staatsgefährdung" mit hohen Zuchthausstrafen. Hierunter fielen insbesondere das Eintreten für die Wiedervereinigung Deutschlands und Beziehungen jeder Art zu politischen Organisationen der DDR. In Anwendung dieses Gesetzes wurde z. B. 1954 das KPD-Programm von 1952 als "Vorbereitung zum Hochverrat" erklärt. Zahlreiche Funktionäre und Mitglieder der KPD wurden unter dem Vorwurf der Mitarbeit an dem Programm zu langen Freiheitsstrafen verurteilt.

Am 23. November 1951 stellte die Bundesregierung den Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD durch das Bundesverfassungsgericht. Am 31. Januar 1952 wurde als erster einer Reihe weiterer Übergriffe eine Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktion in den Geschäftsräumen der KPD durchgeführt. Am 23. November 1954 begann beim Bundesverfassungsgericht der KPD-Prozess, der am 17. August 1956 mit der Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD endete.

6 Jahre Vorbereitung

Spätestens seit der Innenministertagung vom August 1950 wurde das Verbot der KPD offen vorbereitet. Hier ist zu erwähnen, daß die Verfassung der Bundesrepublik zwei verschiedene Möglichkeiten für derartige Verbote vorsieht.

Artikel 9 besagt: "Vereinigungen, deren Zwecke oder Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten".

Das Verbot kann ohne juristische Umstände von der Bundesregierung bzw. den Länderregierungen ausgesprochen werden. Auf dieser Grundlage wurden FDJ und VVN verboten, ebenso wie 1970 der Heidelberger SDS.

Artikel 21 besagt: "Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der

Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig".

Die Verfassungswidrigkeit muß vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochen werden, nachdem sie in einem Prozess "nachgewiesen" worden ist. Bereits die Innenministertagung vom August 1950 war übereingekommen, gegen die KPD nicht den Artikel 9, sondern den Artikel 21 anzuwenden.

Dafür waren offenbar zwei Gründe ausschlaggebend:

- 1.) Schien es aufgrund des Kräfteverhältnisses ratsam, die Partei nicht sofort zu verbieten, sondern in einem langwierigen Verfahren schrittweise aus der Legalität zu drängen.
- 2.) sollte ein Musterprozess vor dem Bundesverfassungsgericht mit exemplarischer Wirkung für die fernere Zukunft durchgeführt werden.

Einige Aspekte des KPD-Urteils

Im Urteil vom 17. August 1956 heißt es:

1. Die KPD ist verfassungswidrig
2. Die KPD wird aufgelöst
3. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die KPD zu schaffen oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzusetzen...."

Das Gericht ging davon aus, daß die KPD auf Grundlage der Theorie von Marx, Engels, Lenin und Stalin die Errichtung einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung auf dem Wege über die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats anstrebt. Das Gericht faßte die grundsätzliche Entscheidung, daß die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats unvereinbar seien mit der sogenannten "freiheitlichen demokratischen Grundordnung".

Damit war nach Auffassung des Gerichts die Verfassungswidrigkeit der KPD gegeben. Ob die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats als Fernziel angestrebt werden, hielt das Gericht für unerheblich. Wesentlich sei, daß die KPD diese Zielsetzung

"systematisch zum Gegenstand ihrer parteipolitischen Schulung, Propaganda und Agitation macht".

Es ist offensichtlich, daß die Erklärung der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats als "verfassungswidrig" sich gegen jede Organisation richtet, die ihre Politik auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus bestimmt.

Das Gericht ging in seiner Auslegung aber noch erheblich weiter. Es war nämlich der Meinung, für die Verfassungswidrigkeit sei kein "konkretes Unternehmen" nötig, sondern es sei ausreichend, "wenn der politische Kurs der Partei durch eine Absicht bestimmt ist, die grundsätzlich und dauernd tendenziell auf die Bekämpfung der freien und demokratischen Grundordnung gerichtet ist".

Mit dieser Beurteilung sogenannter "tendenzieller Absichten" bewegt das Gericht sich bereits eindeutig auf dem Boden einer Gesinnungsjustiz.

Das Gericht sah auch grundsätzlich nicht für notwendig an, daß die Zielsetzung der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats tatsächlich aufgestellt sein muß. Es sei ausreichend, wenn sich diese Ziele sozusagen im Hinterkopf der fraglichen Organisation befinden: "Eine Dokumentation der Zielsetzung in dem Sinne, daß alle Ziele schriftlich niedergelegt oder sonstwie fixiert sein müßten, verlangt Artikel 21 des Grundgesetzes nicht... Im Einzelnen mag es schwierig sein, den wahren Inhalt der offenen und das Bestehen verborgener Ziele zu erkennen. Ohne weiteres leuchtet ein, daß Ziele, aus denen sich die Verfassungswidrigkeit einer Partei ergeben könnten, niemals offen verkündet werden..."

Diese Beurteilung des Gerichts läßt der Spekulation freien Spielraum. Sie bedeutet nämlich, daß im Grunde für die Feststellung der angeblichen Verfassungswidrigkeit einer Organisation irgend eine konkrete Beweisführung gar nicht notwendig ist. Zahlreiche Prozesse gegen fortschrittliche Organisationen und Persönlichkeiten seit 1956 haben gezeigt, daß oftmals nicht gerurteilt wurde aufgrund der konkreten Inhalte politischer Aussagen, sondern aufgrund ihres äußeren Stils und Aufbaus. Wurde eine formale, stilistische Ähnlichkeit mit Äußerungen der verbotenen KPD konstatiert, so reichte das oftmals schon zur Verurteilung aus. Die Existenz "verborgener illegaler Ziele" wurde in solchen Fällen jeweils ohne konkrete Beweisführung vorausgesetzt.

Als noch weitgehender anwendbar erwies sich jedoch die Zusatzbestimmung über das Verbot sogenannter

"Ersatzorganisationen" der verbotenen KPD. In einem Musterprozess stellte der Bundesgerichtshof dazu fest:

"Eine Ersatzorganisation ist ein Personenzusammenschluß, der anstelle der aufgelösten Partei deren verfassungsförmliche Nah-, Teil- oder Endziele, ganz oder teilweise, kürzere oder längere Zeit örtlich oder überörtlich, offen oder verhält, weiter verfolgt oder verfolgen will."

Ausreichend ist der bloße Wille, ein offenes Vertreten bestimmter Ziele ist nicht erforderlich.

Hier seien nur einige Maßnahmen gegen nichtkommunistische Demokraten und Aktionen für die Erhaltung des Friedens genannt, die im Windschatten des KPD-Verbots von der CDU/CSU durchgeführt wurden:

- Im März 1957 wurde der Sozialist Dr. Victor Agartz verhaftet. Agartz war ehemaliger Leiter des gewerkschaftlichen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB in Köln gewesen. Von der DGB-Führung wegen seiner kritischen Neigung gefeuert, hatte Dr. Agartz eine eigene sozialistische Zeitung herausgegeben. Ihm wurde nun 1957 vorgeworfen, für diese Zeitung Gelder aus der DDR erhalten zu haben. Da dieser Vorwurf natürlich haltlos war, mußte Dr. Agartz im Dezember des Jahres freigesprochen werden. Der Zweck der Diffamierung war aber erreicht worden.
- Ebenfalls 1957 wurde die IG-Metall wegen angeblicher Verletzung eines Schlichtungsabkommens zu einem Schadensersatz in enormer Höhe verurteilt. Hintergrund war der Streik von 34 000 Metallarbeitern Schleswig-Holsteins, der mit größter Zähigkeit und Ausdauer vom 24. Oktober 1956 bis Mitte Februar 1957 geführt worden war. Zwei von der IG-Metall-Führung ausgehandelte Abkommen waren im Januar 1957 mit 97% und 76% von den Arbeitern abgelehnt worden. Selbst die dritte Urabstimmung am 3. Februar ergab eine Mehrheit von 58% gegen das Abkommen. Damit war das Abkommen allerdings zustande gekommen, da zur Fortführung des Streiks eine drei-viertel-Mehrheit erforderlich gewesen wäre. Dieser Kampf - zusammen mit der späteren Verurteilung der IG-Metall - war von entscheidender Bedeutung für den allgemeinen Rückgang der spontanen Arbeiterbewegung in den kommenden Jahren.

■ Im April 1958 erklärte die Bundesregierung den Gesetzesentwurf der SPD zur Durchführung einer Volksbefragung über die Atombewaffnung für "verfassungswidrig".

Dennoch beschlossen die SPD-Regierungen in den Bundesländern Hamburg, Bremen und Hessen die Durchführung dieser Befragung. Auf Antrag der CDU/CSU-Regierung erklärte das Bundesverfassungsgericht am 30. Juli diese Befragung für "verfassungswidrig".

Wie wir sehen, sind die Bestimmungen des KPD-Verbots sehr weitgehend. Sie verbieten nicht nur das Propagieren der Diktatur des Proletariats und das offene Eintreten dafür, sondern untersagen auch jede sogenannte "verborgene" Zielsetzung dieser Art.

Das Urteil fordert nicht einfach Verzicht auf die Propagierung dieses Ziels, es verlangt Verzicht auf das Ziel selbst. So kann jede normale Handlung, z.B. des ökonomischen Kampfes, wie etwa das Aufstellen einer Lohnforderung, im Sinne des KPD-Urteils "verfassungswidrig" sein, wenn dahinter die Absicht vermutet werden kann, durch diese Handlung einer Gesamtpolitik im Sinne der Vorbereitung der proletarischen Revolution zu dienen. So enthält die Begründung zum KPD-Verbot ausdrücklich eine Formel, die von der "Verwendung sozialer Forderungen zur Tarnung der parteipolitischen Arbeit" spricht.

Ganz in diesem Sinne heißt es in der Broschüre "Die kommunistische Betriebsarbeit", herausgegeben vom Westdeutschen Wirtschaftsdienst Essen, im Jahr 1964:

"Die kommunistische Agitation ist ein wesentlicher Teil der Infiltration der Bundesrepublik. Sie dient der Vorbereitung zum Umsturz, dem die Machtergreifung durch die Kommunisten folgen soll. Dies soll durch das allmähliche Hinarbeiten auf eine Wirtschaftskrise eingeleitet werden, die die KP durch ständig steigende Lohnforderungen, durch Herabsetzen der Konkurrenzfähigkeit, durch Streiks u.a. Methoden zu erreichen sucht. Die mit ihr verbundene Unzufriedenheit der Arbeiter hofft sie dann zu entscheidenden Aktionen auszunutzen zu können..."

Offensichtlich wird hier jede gewerkschaftliche Lohnforderung diskriminiert, indem irgendwelche sogenannten "verborgenen Ziele" dahinter angedeutet werden. Konsequenterweise rät die genannte Broschüre

dann auch dazu, jeden Arbeiter, der - wie es heißt - "im Betrieb radikale Reden führt" in den Kreis derjenigen einzubeziehen, die der "kommunistischen Betriebsarbeit" verdächtig sind.

So heißt es dort weiter:

"In der kommunistischen Betriebsarbeit gehört der illegale Streik zu den Kampfmitteln, die den Kommunisten als besonders geeignet für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele erscheinen. Unter Berücksichtigung der äußerst ernstesten Folgen für Staat und Wirtschaft, die der illegale Streik mit sich bringen kann, ist es für jeden Betrieb von Wichtigkeit, sich mit allen Möglichkeiten und Formen solcher Aktionen auseinanderzusetzen und schon in ruhigen Zeiten ihre Abwehr vorzubereiten."

Hier zeigt sich die tatsächliche Stoßrichtung des KPD-Verbots. Das KPD-Verbot erwies sich von Anfang an als Waffe gegen jede politisch und ideologisch selbstständige Entwicklung der Arbeiterbewegung.

Im KPD-Verbot gipfelte 1956 zunächst der Versuch der Kapitalisten, angesichts heftiger Krisen jedes Wiedererwachen der Arbeiterbewegung, jedes Wiedererstarken ihrer Organisationen sowie ihrer möglichen Verbündeten im Keime zu ersticken.

Lockerung des KPD-Verbots - neue Taktik der Kapitalisten

Seit etwa Mitte der 60er Jahre ist eine gewisse Lockerung des KPD-Verbots und Abschwächung der Kommunisten-Verfolgung festzustellen.

Die Aufrechterhaltung des KPD-Verbots beweist allerdings, daß es sich dabei nur um eine vorübergehende Lockerung handeln kann. Das fortbestehende KPD-Verbot bietet die weitestgehende Handhabe, alle heute bestehenden sozialistischen und kommunistischen Organisationen jederzeit in die Illegalität zu drängen.

Warum geschieht das gegenwärtig nicht?

Das KPD-Verbot stärkt den Opportunismus in der Arbeiterbewegung. Das ist eine alte Erfahrung gerade der deutschen Arbeiterbewegung.

Im November 1967 erklärte Willi Brandt:

"Ich bin dafür, daß es wieder eine KPD gibt. Das könnte eine günstige Wirkung nach

innen und außen haben".

Hier hat Brandt schon auf den politischen Hintergrund der DKP-Gründung hingewiesen - die Kapitalistenklasse verspricht sich davon eine "günstige Wirkung". Nach außen hin: Vorsepiegelung demokratischer Zustände in der BRD, Erleichterung der "Neuen Ostpolitik" - nach innen hin: Kanalisierung und Desorientierung der antikapitalistischen Kräfte, Liquidierung der "APO".

Kurz nach der Ankündigung Brandt's hieß es dann in einer regierungsamtlichen Mitteilung vom 27. November: "Bundeskanzler Kiesinger, Bundesaußenminister Brandt, Bundesinnenminister Lücke und die Konferenz der Bundesinnenminister haben darauf hingewiesen, die KPD könne sich neu gründen und frei betätigen, wenn sie die verfassungswidrigen Ziele aufgibt, die zu ihrem Verbot führten."

So erreicht die Kapitalistenklasse durch geschickte Kombination von KPD-Verbot einerseits und Zulassung sogenannter "kommunistischer" Organisationen andererseits eine Deformierung der kommunistischen Ideologie selbst, indem sie den Kommunisten vorschreibt, welche Ziele sie anzustreben haben, bzw. welche nicht (z.B. Diktatur des Proletariats).

Die Kapitalistenklasse bringt einen Teil der sozialistischen und kommunistischen Kräfte dazu, im Interesse ihrer hauchdünnen "Legalität" immer weiter vom Marxismus-Leninismus abzurücken und traditionelle Grundziele der Kommunisten preiszugeben.

Jüngstes Beispiel dafür ist der kürzlich veröffentlichte Thesen-Entwurf des Parteivorstandes der DKP. Dort wird die Zielsetzung der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats ersetzt durch die reformistische Konzeption einer sogenannten "antimonopolistischen Demokratie".

Die Verbotsdrohungen gegen die DKP vor allem seitens der CDU/CSU und des "Verfassungsschutz" werden systematisch eingesetzt, um die DKP-Führung noch weiter in die rechtsopportunistische Ecke zu treiben.

Das gilt besonders im Hinblick auf den kommenden Parteitag der DKP im November dieses Jahres. Artikel der sozial-liberalen Presse fordern von der DKP-Führung, ihre Abgrenzung vom Sozialdemokratismus abzuschwächen, wobei unterschwellig wieder die Verbotsandrohung anklingt.

Andererseits hat das Gericht in Flensburg vor einigen Wochen entschieden, daß die Beschlagnahme des KPD-Programm-Entwurfs vom Jahre 1968 aufzuheben ist. In der Begründung hieß es u. a.:

"Das Propaganda-Material der KPD weist keine verfassungswidrigen Tendenzen auf." - Insbesondere wurde festgestellt, daß die in diesem Programmtext dargelegten gesellschaftspolitischen Vorstellungen mit der kommunistischen Zielsetzung der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats nicht identisch seien.

Das Flensburger Urteil wirft ein merkwürdiges Licht auf die Verbotsdrohungen gegen die DKP.

Es soll abschließend noch auf folgenden Punkt hingewiesen werden: Wie gezeigt wurde, hat das Bundesverfassungsgericht im KPD-Prozeß grundsätzlich festgestellt, daß die Zielsetzung der proletarischen Revolution und Diktatur des Proletariats "unvereinbar mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" seien.

Es ist aber selbstverständlich, daß sich Kommunisten gerade für diese Ziele einsetzen.

Demnach bedeutet die Aufforderung der Kapitalisten zur Neugründung sogenannter "kommunistischer" Parteien bei Fortführung des KPD-Verbots: Jeder hat das Recht, eine "Kommunistische Partei" zu gründen - mit Ausnahme der Kommunisten selbst, da deren grundsätzliche Zielsetzung ja als "verfassungswidrig" abgestempelt ist.

Wer eine "Kommunistische Partei" gründen will, mußte also zuerst einmal den Nachweis erbringen, daß er gar kein Kommunist ist, d.h. daß er nicht der für einen Kommunisten selbstverständlichen Zielsetzung des wissenschaftlichen Sozialismus folgt.

Das Widersinnige und Unverschämte dieser Tricks der Kapitalistenklasse ist offensichtlich.



Von Pinelli zu Feltrinelli

Eine Untersuchung der Zusammenhänge und Hintergründe um die Bombenanschläge des 12. Dez. 1969 in Italien. Anfangs wurde versucht, die Anschläge den „Anarchisten“ anzulasten. Inzwischen ist klar, daß sie auf das Konto der Faschisten gehen. Diese Verbrechen spielen im Rahmen des Vorhabens der italienischen Bourgeoisie, den „heißen Herbst“ 1969 zu beenden und die Arbeiterklasse wieder in die Defensive zu drängen, eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Wachsamkeit der Arbeiterklasse hatte zur Folge, daß dies nur „unzureichend“ gelang und die Hintergründe entlarvt werden konnten. Nun versucht die bürgerliche Presse Italiens massiv, zumindest eine Verbindung der Organisationen der bewußtesten Arbeiter mit den Faschisten zu unterstellen.



Wer ist Valpreda? Der Tod Pinelli's, Der unterbrochene Prozeß, Die wahren Schuldigen: Ventura, Freda, Rauti, Die Provokation (Infiltration faschistischer Provokateure in linke Gruppen), Wer sind die Mörder?

1,50

Im Arbeiterbuch sind alle Zeitungen des Kommunistischen Bundes erhältlich



**Arbeiterkampf, Unser Weg,
Metallarbeiter,
Chemiearbeiter, Druckarbeiter,
Hafenarbeiter, Flugblätter**



Außerdem führen wir ein großes Angebot an Schriften zur Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung, marx. Klassiker, Internationalismus, Schriften aus der VR China, Albanien, Nord-Korea, Literatur über Ausbildungswesen: für Studenten, Schüler, Lehrlinge, Soziologie, Pädagogik, Psychologie.



arbeiterbuch

Bremerhaven Flensburg Hamburg 13
Bürger 198 Norderstr. 10 Grindelhof 45



BESTELLT

DEN



Hiermit bestelle ich den "ARBEITERKAMPF" ab Nr.:

zum Abonnementpreis von DM 4,80 - incl. Porto - für 6 Ausgaben

Name: Thies, Angelika

Adresse: 2 Hamburg 61

Paul-Seyd.-Str. 72

Beruf: Studentin

Zahlung bitte im voraus auf das Postcheckkonto Hamb. 360 306 171. (J. Benda)